

**Der AStA der Universität Bielefeld dokumentiert:  
Arbeiten zum Nationalsozialismus in der Region**

## **Bethel zwischen Anpassung und Widerstand**

**Die Auseinandersetzung der von Bodelschwingschen Anstalten  
mit der Zwangsterilisation und den Kranken- und Behindertenmorden  
im Nationalsozialismus**

**von Stefan Kuhl**

**Herausgeber: Allgemeiner StudentInnen Ausschuss der Universität Bielefeld  
Universitätsstr. 25  
4800 Bielefeld 1**



## Bethel zwischen Anpassung und Widerstand

Die Auseinandersetzung der von Bodelschwingschen Anstalten  
mit der Zwangsterilisation und den Kranken- und Behindertenmorden  
im Nationalsozialismus

Verfasser: Stefan Küh!  
Herforder Str. 169  
4800 Bielefeld 1

Tele.: 0521/321520

### Gliederung

1.) Einleitung und Eingrenzung des Themas	S. 1
2.) Forschungsstand und Quellenlage	S. 4
3.) Bethels Auseinandersetzung mit der "Euthanasie-Diskussion" und die Implementierung des rassenhygienischen Paradigmas in die Arbeit der von Bodelschwingschen Anstalten	S. 10
4.) Die Umsetzung des "Gesetzes zur Verhütung erbkranken Nachwuchses" und anderer rassenhygienischer Maßnahmen der Nationalsozialisten in den von Bodelschwingschen Anstalten	S. 16
5.) Der Kampf um die Verlegung der PatientInnen aus den von Bodelschwingschen Anstalten während der Krankenmordaktion	S. 21
5.1.) Die ersten Informationen über die Krankenmordaktion	S. 22
5.2.) Intervention gegen die Krankenmordaktion und gegen die drohenden Verlegungen aus dem Bereich der von Bodelschwingschen Anstalten	S. 24
5.3.) Die Phase der Verhaltensunsicherheiten und der Zugeständnisse	S. 35
5.4.) Konzentration auf die Rettung der Betheler Anstaltsinsassen	S. 45
5.5.) Phase der Verlegungen aus Bethel während der "Wilden Euthanasie"	S. 61
6.) Gesamtbeurteilung des Verhaltens der von Bodelschwingschen Anstalten während der NS-Krankenmordaktion	S. 70
7.) Abkürzungen	S. 84
8.) Quellen- und Literaturverzeichnis	S. 85
8.1.) Ungedruckte Quellen	S. 85
8.2.) Zeitgenössische Zeitungen und Zeitschriften	S. 85
8.3.) Veröffentlichungen	S. 86

## 1.) Einleitung und Eingrenzung des Themas

In dieser Arbeit über die von Bodelschwingschen Anstalten in Bethel während der Zeit des Nationalsozialismus steht die Auseinandersetzung der Anstaltsmitarbeiter und Anstaltsmitarbeiterinnen mit der NS-Behindertenpolitik im Mittelpunkt. Dabei liegt die Konzentration auf den Konflikt um die Ermordung von psychisch Kranken und geistig Behinderten in der Zeitspanne von 1939 - 1945 als den einschneidendsten Eingriff in die Arbeit der von Bodelschwingschen Anstalten während der Herrschaft der Nationalsozialisten. Dieser Themenkomplex ist aber nur in einem breiteren historischen Kontext zu begreifen. Deswegen behandelt ein Kapitel die Übernahme von rassenhygienischen Ideen durch Mitarbeiter der Anstalten und ihre Haltung zur Idee der Euthanasie. Ein weiteres Kapitel beschäftigt sich mit den Zangssterilisationen in Bethel.

In dem Teil über die Auseinandersetzung der Anstalten mit der drohenden Verlegung von Kranken und Behinderten in Tötungsanstalten habe ich versucht, den Ablauf genau zu rekonstruieren. Dies erschien mir wichtig, da nicht unerhebliche Teile früherer Arbeiten über die von Bodelschwingschen Anstalten durch Ungenauigkeiten und Weglassungen in Bezug auf die Zeit von 1939 bis 1945 gekennzeichnet waren.

In einem letzten Kapitel versuche ich eine vorläufige Beurteilung unter besonderer Berücksichtigung der Person des Anstaltsleiters Fritz von Bodelschwingh.

Vorläufig kann diese Beurteilung nur sein, weil diese Arbeit zu einem frühen Zeitpunkt meiner Beschäftigung mit dem Thema geschrieben worden ist. Einer Phase in der von mir lediglich die wichtigsten Arbeiten und gut zugängliche Quellen ausgewertet wurden.

Aus diesem Grund wurde von mir eine handlungstheoretische Herangehensweise gewählt. Im Mittelpunkt meiner Betrachtungen steht die Darstellung der Ereignisse, ihrer ideengeschichtlichen Grundlagen und die Intention der handelnden Personen. Da Handlungen immer eine Selektion aus Handlungsalternativen ist, wird von mir am Ende dieser Arbeit relativ ausführlich diskutiert, welche Handlungsmöglichkeiten für die AnstaltsmitarbeiterInnen bestanden. Mit diesem Ansatz beschränke ich mich auf die Darstellung und Beurteilung von Handlungen einzelner Personen und verzichte auf einen sowohl strukturgeschichtlichen als auch alltagsgeschichtlichen Zugang. Diese vorläufige Herangehensweise an das Thema erschien mir akzeptabel, weil es bei den momentan kontroversen, fast gegensätzlichen Standpunkten über die Ereignisse in Bethel 1933 bis 1945 vorrangig darauf ankommt, den Ablauf der Ereignisse in den Anstalten möglichst genau und quellennah zu rekonstruieren. Es muß einer späteren Arbeit vorbehalten sein, die strukturellen Bedingungen der Handlungen genauer zu untersuchen.

Eine solche Arbeit könnte dann auch eine stärkere innerinstitutionelle Differenzierung vornehmen, in den gerade die spezifischen Entwicklungstendenzen und -bedingungen der einzelnen Gruppen in Bethel unter der NS-Politik untersucht werden müßte.

In dieser Arbeit beschränke ich mich auf die Interaktion des fokalen Systems der von Bodelschwingschen Anstalten mit ihrer äußeren Umwelt, die in dem von mir gewählten Kontext überwiegend aus den Behörden des NS-Staates und den evangelischen Dachverbänden bestanden. Eine Aufgliederung der Interaktion mit ihrer inneren Umwelt, also den Mitgliedern Bethels, erscheint mir insofern möglich zu sein, als daß es dem Anstaltsleiter von Bodelschwingh in Laufe der Auseinandersetzung mit dem NS-Staat gelungen ist, eine "Homogenisierung" der Positionen der AnstaltsmitarbeiterInnen zu erreichen.

Eine weitere Eingrenzung erfährt diese Arbeit durch die Ausklammerung des "Mikro-Makroproblems". Das heißt ich verzichte auf die theoretische Einordnung der Geschichte Bethels im Nationalsozialismus in größere Erklärungsansätze. Bisher ist es noch in keiner Arbeit über einzelne Heil- und Pflegeanstalten gelungen, eine überzeugende Verbindung zu allgemeinen Erklärungen des Krankemordes, herzustellen. Ich halte dies für ein Defizit in der bisherigen Anstaltsgeschichtsschreibung, das ich jedoch in Bezug auf Bethel in dieser Arbeit nicht aufgreifen kann. Die von Bodelschwingschen Anstalten in Bethel sind aus mehreren Gründen in dieser Beziehung besonders schwierig zu bearbeiten. Die Hauptakteure der Anstalten, der Anstaltsleiter von Bodelschwingh und der Leiter der angeschlossenen Anstalt in Lobetal, Paul Gerhard Braune, waren sowohl auf Anstaltsebene als auch auf gesamtkirchlicher Ebene in die Auseinandersetzung mit der NS-"Euthanasieaktion" involviert und spielten wie auch andere Mitarbeiter Bethels in der Entwicklung der kirchlichen Fürsorge eine über die von Bodelschwingschen Anstalten herausragende Rolle. Aus diesem Grund fällt eine Zuordnung der Bethel-Geschichtsschreibung in den Bereich der "Mikrogeschichte" schwer. Die von Bodelschwingschen Anstalten waren aufgrund der zentralen Rollen ihrer Leiter, aufgrund ihrer Größe und aufgrund ihrer besonderen Reaktion auf die NS-Behindertenpolitik kein typischer Fall einer Anstalt im Nationalsozialismus. Trotzdem könnte eine Verallgemeinerung bestimmter Entwicklungen in Bethel interessante Erkenntnisse für die Gesamtbeurteilung der kirchlichen Fürsorge im Nationalsozialismus liefern. Dies würde aber eine noch weitaus intensivere Auseinandersetzung verlangen.

Trotz dieser Eingrenzungen handelt es sich bei dieser Arbeit nicht um eine rein lokalgeschichtliche Abhandlung. Zwar spielen die von Bodelschwingschen Anstalten in der Geschichte Bielefelds eine wichtige Rolle, zentrale Perspektive ist für mich jedoch die Institution der Anstalten. Diese Institution bestand nicht nur aus den Häusern der Bruderschaft Nazareth und der Schwesternschaft Sarepta sowie der Stammanstalt, die sich alle in

Bethel befanden. Ebenfalls miteinbezogen wurden die Zweiganstalten in Freistatt und Eckardtshaus sowie die angeschlossenen Hoffnungstaler Anstalten in Lobetal. Wenn ich einige Male statt des korrekten Begriffs der "von Bodenschwingschen Anstalten" den alltagssprachlichen Begriff "Bethel" benutze, dann nur, um den Text für die Leserin und den Leser lesbarer zu gestalten.

Bei der Beschreibung des NS-Behinderten- und Krankenpolitik, unter die ich alle Versuche des NS-Staates und der nationalsozialistischen Bewegung fasse, auf die Gestaltung der Lebensbedingungen von Behinderten und Kranken Einfluß zu nehmen, war ich leider gezwungen noch auf Begrifflichkeiten der Nationalsozialisten und Rassenhygieniker zurückzugreifen. Es ist der Geschichtswissenschaft bisher nicht gelungen für den inneren Rassismus des NS-Staates Begriffe zu finden, die nicht durch Euphemismus oder Menschenverachtung gekennzeichnet sind.

In der Arbeit ist überwiegend von psychisch Kranken und geistig Behinderten die Rede. Sie stellten aber nicht die einzigen Gruppen dar, die durch die NS-Behindertenpolitik betroffen waren. Zwar waren psychisch Kranke und geistig Behinderte, die größten Gruppen, die durch die NS-Behindertenpolitik diskriminiert wurden, aber genauso wurden Alkohol- kranke, Nichtseßhafte, Epileptiker und andere als "minderwertig" tituliert und von den NS-Fürsorge- und Gesundheitsbehörden erfaßt. Diese vielfach vergessenen Opfer des NS-Rassismus werden von mir nicht jedesmal extra aufgeführt, sie stellten jedoch wichtige Gruppen in den von Bodenschwingschen Anstalten dar und waren der NS-Politik ähnlich ausgeliefert wie die Behinderten und psychisch Kranken.

## 2.) Forschungsstand und Quellenlage

Zwangssterilisation und die Morde an geistig Behinderten und psychisch Kranken während des Nationalsozialismus sind in der 80er Jahren verstärkt ins Blickfeld der bundesrepublikanischen Forschung gerückt.

Lediglich im Zusammenhang mit dem Nürnberger Ärzteprozeß, der vom 9.12.46 - 20.8.47 stattfand,<sup>1</sup> sowie der Enttarnung von Werner Heydes und den Traktaten des ehemaligen T4-Gutachtern Werner Catel Anfang der 60er Jahre<sup>2</sup> hatte es vorher kurze Phasen historischer Aufarbeitung der Morde an den psychisch Kranken und geistig Behinderten gegeben.

Aber erst ab Ende der 70er Jahre kann man von einer historisch fundierten, breiten Auseinandersetzung mit dem Themenkreis Krankentötung und Zwangssterilisation sprechen.

Nach der heute noch aktuellen Monographie von Kurt Nowak<sup>3</sup> über die Haltung der evangelischen und katholischen Kirche zur zwangsweisen Sterilisation und zum Mord an den Kranken folgte das überaus materialreiche, personengeschichtlich orientierte Buch von Ernst Klee, ergänzt durch einen später erschienenen umfangreichen Dokumentenband.<sup>4</sup> Hans

<sup>1</sup> Vgl. A. Mitscherlich/F. Mielke: Medizin ohne Menschlichkeit. Dokumente des Nürnberger Ärzteprozesses, Frankfurt 1960 (der Bericht erschien unter dem Titel "Wissenschaft ohne Menschlichkeit" erstmals 1948) und A. Platen-Hallermund: Die Tötung Geisteskranken in Deutschland. Aus der Deutschen Ärztekommision beim amerikanischen Militärgericht, Frankfurt 1948. Weswegen die erste Institutionsstudie von G. Schmidt: Selektion in der Heilanstalt 1939 - 1945, Stuttgart 1965, erst so spät erschien, obwohl sie bereit Ende der 40er Jahre fertiggestellt war, beschreibt D. Blasius: Das Ende der Humanität. Psychiatrie und Krankentötung in der NS-Zeit, in: W. Pehle (Hg.): Der historische Ort des Nationalsozialismus. Annäherung, Frankfurt a.M. 1990, S.47-70.

<sup>2</sup> Verwiesen sei hier nur auf H.C. Nass: Evangelische Dokumente zur Ermordung der "unheilbaren Kranken" unter der nationalsozialistischen Herrschaft in den Jahren 1939 - 1945, Stuttgart 1964 und H. Ehrhardt: Euthanasie und Vernichtung "lebensunwerten" Lebens, Stuttgart 1965.

<sup>3</sup> K. Nowak: "Euthanasie" und Sterilisation im "Dritten Reich". Die Konfrontation der evangelischen und katholischen Kirche mit dem "Gesetz zur Verhütung erbkranken Nachwuchses" und der "Euthanasie"-Aktion, Göttingen 1978.

<sup>4</sup> E. Klee: "Euthanasie" im NS-Staat. Die "Vernichtung lebensunwerten Lebens", Frankfurt a.M. 1983 und ders.: Dokumente zur "Euthanasie" Frankfurt a.M. 1985.

Walter Schmuhl's Buch "Rassenhygiene, Nationalsozialismus, Euthanasie"<sup>5</sup> nähert sich dem Themenkomplex strukturgeschichtlich und versucht, eine Verbindung von der Ideengeschichte der Rassenhygiene und Eugenik mit der Realgeschichte im Nationalsozialismus.

Die Zwangssterilisation spielt in den historischen Arbeiten angesichts des organisierten Massenmords an geistig Behinderten und psychisch Kranken eine eher untergeordnete Rolle. Aufgegriffen wurde dieses häufig vernachlässigte Thema von Gisela Bock, die den anthropologischen und hygienischen Rassismus als Kernsubstanz für eine Politik beschreibt, die den Menschen das Recht auf Leben und Fortpflanzung absprach.<sup>6</sup>

Neben diesen Standardwerken über die NS-Behinderten und Krankenpolitik erschienen in den letzten Jahren verstärkt Untersuchungen über einzelne Institutionen.<sup>7</sup> Auffällig bei diesen Einzeluntersuchungen ist, daß sie überwiegend im außeruniversitären Bereich erarbeitet wurden. Dies ist nur ein Ausdruck dafür, daß gerade der institutionsgeschichtliche Zugang zu Zwangssterilisation und Krankenmord von der universitären, historischen Forschung vernachlässigt wurde. Ebenso sind die Untersuchungen über das Verhalten einzelner Ärzte und Psychiater im Nationalsozialismus zu großen Teilen von NichthistorikerInnen vorgenommen worden.<sup>8</sup>

<sup>5</sup> H.W. Schmuhl: Rassenhygiene, Nationalsozialismus, Euthanasie. Von der Verhütung zur Vernichtung "lebensunwerten Lebens" 1890-1945, Göttingen 1987.

<sup>6</sup> G. Bock: Zwangssterilisation im Nationalsozialismus. Studie zur Rassenpolitik und Frauenpolitik, Opladen 1986.

<sup>7</sup> zum Beispiel: D. Sick: "Euthanasie" im Nationalsozialismus am Beispiel des Kalmenhofs in Idstein im Taunus. Materialien zur Sozialarbeit und Sozialpolitik, Bd. 9; E. Mader: Das erzwungene Sterben der Patienten der Heil- und Pflegeanstalt Kaufbeuren-Issee zwischen 1940 und 1945 nach Dokumenten und Berichten von Augenzeugen, Blöcktach o.J.; M. Klüppel: Euthanasie und Lebensvernichtung am Beispiel der Landesheilanstalt Haina und Merxhausen - Eine Chronik der Ereignisse 1933-1945, in Nationalsozialismus in Nordhessen. Schriften zur regionalen Geschichte, Heft 4, 1984; A. Finzer: Auf dem Dienstweg - Die Verstrickung einer Anstalt in die Tötung psychisch Kranker, Rehburg-Loxum 1994.

<sup>8</sup> So werden die für die Betrachtung von Bethel wichtigen Personenanalysen über Jaspersen (P. Hamann, erscheint Ende 1990 im Schleswig-Holstein-er Ärzteblatt) und Schneider (Ch. Teiler, erscheint in Geschichte und Gesellschaft, H.4/1990) von NichthistorikerInnen verfaßt. Auch der Verfasser des intensiv diskutierten Buches "The Nazi doctors, medical killing and the psychology of genocide", New York 1966, R.J.Lifton ist kein Historiker.

Die Forschungen über die von Bodelschwingschen Anstalten spiegeln die oben grob skizzierte Forschungsentwicklung<sup>9</sup> im Kleinen wieder. Die Zeit nach 1945 war gekennzeichnet durch den Wiederaufbau der Anstalt und die Verdrängung des Vorgefallenen. Die Vergangenheit wurde simplifiziert. Es erschien nicht nötig, sich intensiver mit der eigenen Geschichte im Nationalsozialismus auseinandersetzen zu müssen. Der Nachfolge Fritz von Bodelschwings als Anstaltsleiter Pastor Hardt erklärte am 13.6.1946 über seinen Vorgänger:

"In persönlichen Unterredungen mit den führenden Männern, besonders mit Dr. Brandt (...) ist es Ihnen gelungen, den Abbruch der planwirtschaftlichen Maßnahmen zu erreichen. So ist es gekommen, daß in Bethel kein Kranker abgeholt und den Anstalten, die der Ausmerzung des sogenannten lebensunwerten Lebens dienen, ausgeliefert wurde."<sup>10</sup>

Friedrich von Bodelschwing, Neffe des berühmten Fritz von Bodelschwing und nach Hardt Anstaltsleiter, begründete 1964 in verblüffender Offenheit, weswegen sich Bethel über seine Rolle im Nationalsozialismus in Schweigen hüllen und die "Materialien des Widerstandes" zurückhalten würde. Es bestände die Gefahr, daß "sonst eine trübe Geschichte des Versagens vieler christlicher Kreise deutlich" würde.<sup>11</sup>

Die beiden in den 50er und 60er Jahren entstandenen Biographien über Fritz von Bodelschwing stehen ganz in der Tradition dieser verklärten Sicht des Bodelschwingschen Verhaltens und einer tabuisierten und verdrängten Geschichtsbetrachtung. Während Wilhelm Brandts Arbeit durch die Beschreibung aus der Sicht eines Zeitzeugen noch einen gewissen Wert hat,<sup>12</sup> handelt es sich bei der Biographie Kurt Pergandes um eine journalistisch geschriebene, historisch wertlose Darstellung des Lebens von Bodelschwings.<sup>13</sup>

Die in der Zwischenzeit in 4. Auflage erschienene Bethel-offizielle Dokumentation "Bethel in den Jahren 1939-1943"<sup>14</sup> machte die wichtigsten Quellen einer breiteren Öffentlichkeit zugänglich und gestand erstmals die Verlegung von acht jüdischen Patienten in ein Zwischenlager in Wunstorf ein.

<sup>9</sup> Eine detaillierte Darstellung des Forschungsstandes bei Schmuhl, S.111f.

<sup>10</sup> Diese nachweislich falsche Aussage findet sich im Hauptarchiv der von Bodelschwingschen Anstalten (zukünftig HB) unter 2/39-191, 627f.

<sup>11</sup> F. von Bodelschwing (Neffe) in Haxe, Dokumente, S.122.

<sup>12</sup> W. Brandt, Friedrich v. Bodelschwing 1877-1946. Nachfolger und Gestalter, Bielefeld-Bethel 1967.

<sup>13</sup> K. Pergande: Bodelschwing. Der Einsame von Bethel, Stuttgart 1958.

<sup>14</sup> A. Hochmuth (Hg.): Bethel in den Jahren 1939-1943. Eine Dokumentation zur Vernichtung lebensunwerten Lebens (Bethel Arbeitshefte D, Bethel bei Bielefeld 1973 (von mir veränderte 3.Aufl.).

Insgesamt ist dieses Bändchen sowohl in der Textauswahl als auch in der Kommentierung darauf bedacht, die von Bodelschwingschen Anstalten in Bethel als eine im Widerstand nicht zögernde Anstalt darzustellen. Die von Axel Funke, Anstaltsleiter ab 1968, herausgegebenen Bände zum 100. Geburtstag von Fritz von Bodelschwingh und zum 25. Todestag von Pastor Paul Gerhard Braune lassen Zeitzeugen zu Wort kommen, verzichten aber auf eine historisch-kritische Perspektive der Rolle dieser beiden Hauptrepräsentanten der von Bodelschwingschen Anstalten während der "Euthanasie-Aktion".<sup>15</sup>

Die erste umfangreichere historische Aufarbeitung über die Hauptakteure aus dem Umfeld der von Bodelschwingschen Anstalten findet sich 1978 bei Kurt Nowak. Dabei konzentriert er sich aber auf die Rolle von Bodelschwingsh und Braune im evangelischen Widerstand und erwähnt die Bedeutung der ihnen anvertrauten Anstalten nur am Rande.<sup>16</sup>

Klee schuf mit seinem Buch 1983 einen festen Tatsachensockel über die von Bodelschwingschen Anstalten, wobei er sich nicht nur auf Quellen des Archivs der von Bodelschwingschen Anstalten stützte, sondern auch Material aus anderen Archiven heranzog.<sup>17</sup> Im Zuge der Publizität um das Kleebuch wurde von den Bodelschwingschen Anstalten 1983 ein Quellenband herausgegeben, der sich neben den schon bei Hochmuth abgedruckten Quellen besonders auf die Diskussion im Vorfeld der Krankenmorde konzentriert. Es enthält unter anderem Beiträge von Fritz von Bodelschwingh, von Carl Schneider, von Hans Knöppler, ab 1928 Anstaltsarzt in Eckardtshelm und Ernst Kleßmann, von 1926 - 1935 Pastor in Eckardtshelm, zu Zwangsterilisation, Sterilisation und zur "Vernichtung lebensunwerten Lebens".<sup>18</sup>

Kaiser stellt die von Bodelschwingschen Anstalten in seiner Habilitationsschrift 1986 in den Gesamtkontext der Inneren Mission<sup>19</sup>, was besonders für die Zeitspanne Sommer/Herbst 1940 interessant ist, in der der

<sup>15</sup> A. Funke (Hg.): Reden und Ansprachen zum 100. Geburtstag von Fritz von Bodelschwingh, Bethel bei Bielefeld 1977 (Bethel H. 18); ders. (Hg.): Paul Gerhard Braune - ein Mann des kirchlichen Widerstandes, Bethel bei Bielefeld 1979 (Bethel H. 21)

<sup>16</sup> Nowak, S.131-138, 149-151

<sup>17</sup> Klee, "Euthanasie", S.115, 196f, 200-206, 211ff, 216-219, 255-258, 281-285, 288f, 320-326, 421-424

<sup>18</sup> Arbeitskreis "Geschichte Bethels" (Hg.): Lese-Texte zum Problembereich "Eugenik, Sterilisation, Euthanasie", Bielefeld-Bethel 1983

<sup>19</sup> J.C. Kaiser: Sozialer Protestantismus zwischen Republik und Diktatur. Habilitationsschrift, Münster 1986

Präsident des Central-Ausschusses der Inneren Mission Pastor Frick zu Zugeständnissen bereit war.

Hans Walter Schmuhl verarbeitet zwar weitgehend nur das bekannte Quellenmaterial für seinen strukturgeschichtlichen Ansatz, ergänzt aber dieses Material durch Briefe von Bodelschwingsh aus dem Nachlaß Wurms und durch den sogenannten Trieb-Bericht von 1942, in dem die Auflösung der von Bodelschwingschen Anstalten durch die NS-Behörden diskutiert wird.<sup>20</sup>

Die neueren Erkenntnisse der Krankenmordforschung werden in den von Bodelschwingschen Anstalten rezipiert, wurden aber bisher noch nicht durch eigene Forschungen ergänzt. Neben verschiedenen Aufsätzen in dem Informationsblatt der v. Bodelschwingschen Anstalten in Bethel "Der Ring"<sup>21</sup> erschien 1988 eine Bodelschwingh-Biographie des Pressesprechers von Bethel Manfred Hellmann, die aber im wesentlichen keine neuen Erkenntnisse hervorbrachte.<sup>22</sup>

Es ist auffällig, daß das Thema "Bethel im Nationalsozialismus" bisher entweder nur am Rande in den Standardwerken von Nowak, Klee, Kaiser und Schmuhl oder über die Person von Bodelschwingsh in den Biographien von Pergande, Brandt und Hellmann aufgearbeitet wurde. Im Gegensatz zu vielen anderen Anstalten, über die inzwischen Monographien erschienen sind, gibt es bisher keine zusammenhängende Darstellung über Zwangsterilisation, Zwangsterilisation und Krankenverlegungen in den von Bodelschwingschen Anstalten.

Die Quellenlage mag ein Grund dafür sein. Die Quellen, die im Archiv der von Bodelschwingschen Anstalt vorhanden sind, sind nur dürftig. Hochmuth erklärt dies damit, daß schriftliche Quellen damals die Beteiligten hätten gefährden können und aus diesem Grund vieles von Pastor v. Bodelschwingh "bewußt vernichtet oder nur im persönlichen Gespräch erkundet und verhandelt" wurde.<sup>23</sup>

Doch man muß davon ausgehen, daß nach 1945 Quellen bewußt vernichtet worden sind, um bestimmte Ereignisse und Einstellungen von beteiligten Personen zu vertuschen. Schon Klee weist daraufhin, daß das Archiv der von Bodelschwingschen Anstalten immer in den Zeitbereichen Lücken aufweist, in denen Verlegungen aus Bethel anstanden.<sup>24</sup> Darüber hinaus existiert im Archiv eine Aufstellung von nach 1945 vorhandenen Quellen,

<sup>20</sup> Schmuhl, bes. S. 340-342

<sup>21</sup> u. a. Der Ring 10/1983, 9/1989, 10/1989, 4/1990

<sup>22</sup> M. Hellmann: Friedrich von Bodelschwingh d.J., Widerstand für das Kreuz Christi, Wuppertal/Zürich 1988

<sup>23</sup> Hochmuth, S.3

<sup>24</sup> Klee, "Euthanasie", S.422

aus der hervorgeht, daß wichtige Schreiben, besonders aus der Zeit Sommer/Herbst 1940, erst nach 1945 verschwunden sind.<sup>25</sup> Alleine aus den im Archiv vorhandenen Quellen ließe sich die Geschichte Bethels von 1933 - 1945 nur sehr schwer rekonstruieren. Aber durch Material aus dem Archiv der Hoffnungstaler Anstalten in Lobetal und anderen Archiven kann gerade die Zeit der drohenden Krankenverlegungen deutlicher herausgearbeitet werden. Die Aussagen von Zeitzeugen, die teilweise im "Ring" veröffentlicht wurden, müssen wohl mit großer Vorsicht betrachtet werden, da sie überwiegend durch ein sehr verklärtes Bild von Fritz von Bodelschwingh bestimmt sind und offensichtliche Fehler enthalten.

Die Archive in Münster, Detmold und Bielefeld enthalten nur vereinzelt Quellen, die auf die Ereignisse in Bethel hinweisen. Neben einem interessanten Aktenbestand im Staatsarchiv in Detmold über die Auseinandersetzungen in Bethel 1933/1934, sind im Stadtarchiv Bielefeld Akten vorhanden, die auf die Verwicklung von Mitarbeitern der von Bodelschwingh bestimmten Anstalten mit den Nationalsozialisten hinweisen. Da der Zugang zu den personenbezogenen Quellen in den Archiven in Bielefeld und Detmold besteht, wird es möglich sein, sich dem Thema zukünftig auch sozial- und alltagsgeschichtlich zu nähern. Neben den rein quantitativen Möglichkeiten, die Sterilisationen in Bethel genauer zu fassen, wird es ein Erkenntnisgewinn sein, nicht nur die Situation der Verantwortlichen in Bethel zu untersuchen, sondern sich auch mit den Opfern eingehend zu beschäftigen.

Besonders für den noch ungeklärten Aspekt der Krankenverlegungen aus Bethel können die von Karl Teppe und seinem Team aufgearbeiteten Quellen des Provinzialverbandes Westfalens<sup>26</sup> und die seit Anfang 1990 zugänglichen Quellen des Bezirksamtes Gadderbaum interessant sein.

Für die weitere Arbeit an dem Thema wäre ein Zugang zu den Kranken- und Personalakten in Bethel sehr förderlich. Gerade diese, zur Zeit noch dezentral in den einzelnen Anstaltshäusern lagernden Quellen, könnten Aufschluß darüber geben, wie das Personal die Patientinnen während des Nationalsozialismus behandelt hat.

Inwiefern der vereinfachte Zugang zu den Archiven in der DDR - besonders zu den Gestapo-Akten und den Akten des Reichskirchenministeriums - neue Erkenntnisse für das Thema bringen kann, ist noch nicht abzusehen.

<sup>25</sup> HB 2/39-186, 1-3

<sup>26</sup> Erste Übersicht: K. Teppe: Massenmord auf dem Dienstweg. Greven 1989. Ausführlicher Forschungsbericht erscheint voraussichtlich Ende 1990

### 3.) Bethels Auseinandersetzung mit der "Euthanasie-Diskussion" und die Implementierung des rassenhygienischen Paradigmas in die Arbeit der von Bodelschwinghschen Anstalten

Die von Binding und Hoche in Deutschland initiierte Diskussion um die "Vernichtung lebensunwerten Lebens"<sup>27</sup> wurde auch in den von Bodelschwinghschen Anstalten rezipiert und ist in deren Organen nachzuweisen. Die Ablehnung der sogenannten "Euthanasie" war einhellig, und diese Haltung wurde auch nach 1933 beibehalten, also zu einer Zeit, in der die Anstalten bereitwillig nationalsozialistische Positionen akzeptierten und sich auch gegen die Umsetzung rassenhygienischer Ideen in konkrete Gesetze nicht zur Wehr setzten.

Als erster wandte sich der Leiter der Neinstedter Anstalten Hiermann Büchsel 1926 in der Betheler Tageszeitung "Aufwärts" gegen Forderungen nach "Euthanasie" für Geistigbehinderte und psychisch Kranke.<sup>28</sup> Neben dem Problem der Bestimmung der Grenzen zwischen "lebensunwert" und "lebenswert", der Gefahren von Irrtum und Mißbrauch, sah er die Schwierigkeit, daß mit der "Euthanasie" erbkrankte Opfer erfaßt werden würden und nicht die eigentlich Schuldigen, die durch ihren unsittlichen Lebenswandel krankes Leben gezeugt hätten. Aus einer spezifisch religiösen Argumentation wandte er sich gegen die "Euthanasie": Ausgehend von einem kollektiven Schuldbegriff bestimmte er Krankheit und Behinderung als Ausdruck von Sünde und sündhaften Lebenswandel des gesamten Volkes. Nur Gott hätte das Recht, diese Sünde zu strafen.

Bis dahin brächte krankes Leben, wie es in Bethel vorhanden sei, den Segen, "daß unser armes Volk durch den Anblick des Elends wieder an den Ernst der Sünde erinnert wird und Buße tun lernt". Büchsel äußerte die Hoffnung, daß die Anstalten der Inneren Mission als Abschreckung für die Gesunden gelten und deren Lebenswandel zum Positiven ändern könnten. Hauptargument von ihm war aber, daß die Bestimmung des Wertes nicht eine Sache der Naturwissenschaft, sondern des Glaubens sei. Unter der Prämisse ist es verständlich, daß für ihn,

"alles das, was man unter dem Namen 'Euthanasie' begreift, eine Ausgeburt des Heidentums ist, und daß jeder, der diese Gedanken vertritt, sich damit von dem christlichen Gottesglauben offenkundig losgesagt hat."<sup>29</sup>

<sup>27</sup> K. Binding/A. Hoche: Die Freigabe der Vernichtung lebensunwerten Lebens. Ihr Maß und ihre Form. Leipzig 1920

<sup>28</sup> Aufwärts, Christliches Tageblatt Nr. 280, 8. Jg. (30.11.1926)

<sup>29</sup> Ebd.

Büchseis Argumente gegen die "Euthanasie" geben grob das Repertoire wieder, mit dem sich Protestanten in Bethel gegen die "Vernichtung lebensunwerten Lebens" wandten.

Die ausführlichste Auseinandersetzung in einem Bethel-offiziellen Organ schrieb Gerhard Jasper 1932 in "Beth-El".<sup>30</sup> Neben den schon von Büchsel verwandten Argumenten äußerte er die Sorge, daß "Euthanasie" zu einer Vertrauenskrise zwischen Anstalt und Eltern führen würde. Die "Erlösung der Kranken", wie sie immer wieder von Besuchern der Anstalten thematisiert wurde, könnte lediglich dazu dienen, die Mitschuld der Gesunden an den Krankheiten durch den Deckmantel des Mitleids zu überdecken. Die Mitverantwortlichen am Elend dürften nicht die Opfer dieses Elends bestrafen, sondern im Gegenteil: "Das schwächere Glied soll die größere Ehre haben" (1.Kor. 12, 22-23). Weitere Argumente Jaspers waren, daß die Kranken in der Regel gar nicht den Wunsch hätten zu sterben, sondern sogar durch ihre Lebensfreude eine Quelle der Freude für ihre Angehörigen sein könnten.

Der Dienst an diesen Kranken würde nicht nur eine "Sühnung der Schuld der menschlichen Gesellschaft" sein, sondern gerade durch die Behandlung von "Anormalen sei die ärztliche Wissenschaft gefördert und befruchtet worden." Weiterhin befürchtete er eine Schädigung des Rechtslebens, wenn die Sicherung und die Achtung vor dem Leben des anderen durchlöchert würde. Er rechnete vor, daß das Argument der "Euthanasie"-Befürworter von Kostensenkung im Gesundheitswesen nicht greifen würde: Jasper meinte, daß die Einsparung durch die Tötung von 4000 Kranken, die in Deutschland seiner Meinung für die "Euthanasie" in Frage kämen, unwesentlich sei, wenn man gleichzeitig die Ausgaben für Alkohol und Tabak betrachten würde. Aber sein zentraler Punkt war - wie auch schon bei Büchsel - der Appell, nicht in das Recht Gottes einzugreifen, dem die Entscheidung über Leben und Tod vorbehalten sei.

Die beiden Aufsätze von Büchsel und Jasper stellen die Argumente der Protestanten in Bethel gegen "Euthanasiebestrebungen" dar. Andere Artikel, wie zum Beispiel im Boten von Bethel Nr. 141 (1930) zielen in die gleiche Richtung. Letztlich basieren sie auf drei Grundpfeilern:

1.) Der Wert eines Lebens wird nicht durch die Wissenschaft, sondern durch den christlichen Glauben bestimmt.

<sup>30</sup> G.P. Jasper: Euthanasie. In: Beth-El 9/1932, S. 235-241. Fundinger erwähnte diesen Artikel Jaspers als eine "hochwertige, wissenschaftliche Arbeit" (HB 2/39-186.31) und Hans Harmsen, Vordenker der eugenischen Bewegung in der Diakonie war dieser Aufsatz eine interessiert zustimmende Anfrage bei Bodelschwigh wert. (HB 2/39-186.29)

2.) Ein Recht, über Tod und Leben zu verfügen, hat nur Gott als Schöpfer des Lebens.

3.) Krankheit und Sünde stehen in unlöslichem Zusammenhang. Vernichtung ist die Flucht vor Solidarität der Schuld, die Kranke und Gesunde umschließt.<sup>31</sup>

Diese Grundpfeiler der Argumentation, die sich in den Äußerungen der Mitarbeiter der von Bodelschwighschen Anstalten finden lassen, sind innerhalb der christlichen Logik einsichtig und schlüssig. Sie weisen aber schon auf das Dilemma hin, daß eine Nichtakzeptanz christlicher Prämissen den evangelisch motivierten Argumenten gegen die "Euthanasie" den Boden unter den Füßen wegzog. Rassenhygienische und eugenische Argumente, wie sie seit der Jahrhundertwende immer populärer wurden, trugen zur Aushöhlung dieser christlichen Logik bei. Die Vorstellung der Diakonie erschien plötzlich gegenüber dieser so modern und wissenschaftlich fundiert wirkenden Theorie rückständig. Rassenhygiene war das deutsche Gegenstück zu der im angelsächsischen Raum bereits in den 1860er Jahren entstandenen Eugenik. Sie wurde ab 1890 in Deutschland populär und beruhte, so Schmuhl, auf vier Grundannahmen:

1.) Gesellschaftsgeschehen beruht auf den von Darwin festgestellten Entwicklungsgesetzen von Evolution und Selektion.

2.) Rassenhygiene basiert auf dem Primat des Selektionsprinzips. In vereinfachender Übertragung der Ideen Darwins auf die Gesellschaft stellten die Rassenhygieniker die These auf, daß ein Fortschritt in der menschlichen Entwicklung davon abhängig war, daß das Selektionsprinzip in der Gesellschaft zum Tragen kam.

3.) Die zivilisatorische Errungenschaften, besonders der Boom der Heil- und Pflegeanstalten erschien den Rassenhygienikern als Pyrrhussiege. Sie würden einer "Degeneration" in der Bevölkerung Vorschub leisten.

4.) Die Rassenhygiene entwickelte einen dezidierten Antiindividualismus und betonte die Perspektive auf die Volksgemeinschaft.<sup>32</sup>

Bereits zum Ende des Kaiserreichs bestimmten rassenhygienische Ideen die Diskussion in der Psychiatrie. Die ökonomische und politische Krisensituation am Ende der Weimarer Republik verschärfte die Lage der Psychiatrie und der christlichen Fürsorge. Die Rassenhygiene trug zur Delegitimation

<sup>31</sup> Vgl. auch Nowak, S.126

<sup>32</sup> Zur näheren Bestimmung von Rassenhygiene und Eugenik, sowie der Unterscheidung zwischen beiden siehe Schmuhl, S.356f

der traditionellen Behindertenarbeit konfessioneller und nichtkonfessioneller Verbände bei.<sup>33</sup>

Sie beeinflusst die von Bodelschwingschen Anstalten auf zweifache Weise: Auf der einen Seite übernahmen immer mehr MitarbeiterInnen der Anstalten rassenhygienische und eugenische Argumentationsweisen und auf der anderen erschien Bethel durch das Eindringen rassenhygienischen Gedankengutes in die Psychiatrie, Medizin, aber auch Theologie nicht mehr nur als Stätte aufopfernder Liebe, sondern auch als Sammelbecken für erbkrankes minderwertiges Leben.

In dieser Situation versuchten, von Bodelschwingh und seine leitenden Mitarbeiter ihre Haltung neu zu bestimmen. Auf der einen Seite begrüßten sie die Eugenik, an der, so Bodelschwingh in einem Vortrag in Lübeck am 29. Januar 1929, "kein Wort der Kritik" zu finden ist, als "neue Helferin" im Kampf gegen das Elend<sup>34</sup>. Auf der anderen Seite versuchten sie, Extremforderungen der Rassenhygieniker - wie zwangsweise Sterilisation und "Euthanasie" - zu begegnen.

Bodelschwings Vortrag in Lübeck ist das beste Beispiel für diese Gratwanderung zwischen der Anpassung an rassenhygienische Ideen und der entschiedenen Ablehnung der "Vernichtung lebensunwerten Lebens".<sup>35</sup> Nachdem er sich den Befürchtungen der Eugeniker von einer Degeneration der Bevölkerung anschloß und die Vorteile einer Vererbungslehre hervorhob, problematisierte er die Frage der "Vernichtung lebensunwerten Lebens". Diese lehnte er ab, weil sie mit einer christlichen Geisteshaltung nicht vereinbar sei und weil kein Mensch einen Maßstab für eine Tötung von Kranken entwickeln könne.

Bodelschwingh, das zeigt sein Vortrag in Lübeck, war sehr wohl von rassenhygienischen Ideen beeinflusst und beeindruckt. Für ihn gab es aber Tabus, an denen er nicht rütteln ließ.

Die Ablehnung der "Euthanasie" durch die evangelischen Heil- und Pflegeanstalten wurde auf einer Fachkonferenz des Centralausschusses der Inneren Mission vom 18. - 20.5.1931 in Treysa festgeschrieben. Darüber hinaus zeigte die Fachkonferenz aber eine große Aufgeschlossenheit für rassenhygienische Positionen und stellt die "Scheidemarke zwischen alter und neuer Diakonie, zwischen dem frag- und einschränkungslosen Ja

<sup>33</sup> Vgl. P. Weingart: Eugenik - Eine angewandte Wissenschaft. Utopien der Menschenzüchtung zwischen Wissenschaftsentwicklung und Politik, in: P. Lundgreen (Hg.): Wissenschaft im Dritten Reich, Frankfurt a.M., S.314-349

<sup>34</sup> Vortrag ist abgedruckt in Arbeitskreis "Geschichte Bethels", S.57-68

<sup>35</sup> Vgl. die sehr unterschiedliche Einschätzung des Vortrags durch Klein, "Euthanasie", S.201f und Hellmann, Friedrich von Bodelschwingh, S. 43ff

zum kranken Menschen und der 'eugenetischen Neuorientierung' der Diakonie dar".<sup>36</sup> In der Treysaer Erklärung plädierte die Fachkonferenz für eine differenzierte Fürsorge statt einer unterschiedslosen Wohlfahrtspflege:

"Erhebliche Aufwendungen sollten nur für solche Gruppen Fürsorgebedürftiger gemacht werden, die voraussichtlich ihre volle Leistungsfähigkeit wiedererlangen können.(...)Träger erblicher Anlagen, die Ursache sozialer Minderwertigkeit und Fürsorgebedürftigkeit sind, sollten tunlichst von der Fortpflanzung ausgeschlossen werden."<sup>37</sup>

Die Forderung nach Sterilisation von Erbkranken wird auch von Bodelschwingh unterstützt, der an der Fachkonferenz teilnahm:

"Ich würde den Mut haben, vorausgesetzt, daß alle Bedingungen gegeben und Schranken gezogen sind, hier im Gehorsam gegen Gott die Eliminierung an anderen Leibern zu vollziehen, wenn ich für diesen Leib verantwortlich bin."<sup>38</sup>

Die Haltung anderer führender Mitarbeiter der von Bodelschwingschen Anstalten an dieser Scheidemarke der Diakonie verdeutlicht, daß der von Bodelschwingh eingeschlagene Kurs nicht der einzig mögliche gewesen ist.

Carl Schneider, bis Oktober 1933 Chefarzt in Bethel und später einer der radikalsten Vertreter der Krankenkurdaktion, mahnte auf der Konferenz in Treysa 1931 in der Frage der Sterilisation noch zur Besonnenheit. Er war prinzipiell gegen "Ausmerzungen", da sie auf die ungünstigen Vererbungsmerkmale fixiert sei und die positiven Vererbungsmerkmale übersähe.<sup>39</sup> Pastor Paul Gerhard Braune, Leiter der Betheler Zweiganstalt in Lobetal, und Vizepräsident des Centralausschusses der Inneren Mission, trat noch am 20. Mai 1933 entschieden gegen jede Form der Sterilisation ein. Er sah darin

"eine Bankrotterklärung unserer pädagogischen Fähigkeiten und ein

<sup>36</sup> K. Nowak: Sterilisation, Krankenkurd und Innere Mission im "Dritten Reich", in A. Thom/G.I. Caregorkov (Hg.): Medizin unterm Hakenkreuz, Berlin (Ost), S.169

<sup>37</sup> in: Haase, evangelische Dokumente, S.48

<sup>38</sup> Protokoll der Fachkonferenz für Eugenik 1931, S.85, Archiv des Diakonischen Werkes, Berlin (in Zukunft ADW) CA/G 1890/1

<sup>39</sup> Vgl. ADW, CA/G 1890/1

Ausweichen vor einer der schwersten Aufgaben, die uns gestellt ist: der Nächstenliebe".<sup>40</sup>

Aber zu dieser Zeit war Pastor Braune nur noch einer der letzten eindringlichen Mahner. Rassenhygiene und allen voran die Sterilisation von geistig Behinderten und psychisch Kranken waren in den von Bodelschwingschen Anstalten - wie auch in den meisten anderen evangelischen Heil- und Pflegeanstalten - mehr als akzeptabel geworden.

<sup>40</sup> Protokoll der Geschäftsführerkonferenz vom 20. März 1933, S.3. ADW, CA 761 XV

#### 4.) Die Umsetzung des "Gesetzes zur Verhütung erbkranken Nachwuchses" und anderer rassehygienischer Maßnahmen der Nationalsozialisten in den von Bodelschwingschen Anstalten

Die breite Akzeptanz eugenischen Gedankengutes und der freiwilligen Sterilisation ist der Hauptgrund dafür gewesen, daß das "Gesetz zur Verhütung erbkranken Nachwuchses" (GzVeN) vom 14. Juli 1933 in Bethel nahezu protestlos angenommen und pflichtbewußt durchgeführt wurde.

Die von Bodelschwingschen Anstalten standen dabei in Übereinstimmung mit der Inneren Mission, die sich damit brüstete, durch ihren "Ständigen Ausschuß für eugenetische Fragen" kontinuierlich am "Gesetz zur Verhütung des erbkranken Nachwuchses" mitgewirkt zu haben.

Hans Harmsens, Fachmann für Rassenhygiene und Sterilisationspolitik bei der Inneren Mission, brachte die Haltung breiter evangelischer Kreise zum GzVeN auf den Punkt:

"Das tatkräftige Handeln der neuen Reichsregierung auf dem Gebiet der praktischen Bevölkerungspolitik erfüllt uns mit Dankbarkeit und Freude, um so mehr, als die vom Ausschuß seinerzeit vorgebrachten Abänderungsvorschläge im endgültigen Wortlaut voll berücksichtigt worden sind."<sup>41</sup>

Betroffenheit löste in evangelischen Kreisen, besonders in der Inneren Mission, aus, daß im Gegensatz zur Erklärung von Treysa im §12 des GzVeN die Sterilisation auch gegen den Willen der PatientInnen festgeschrieben wurde. Aber statt sich gegen den §12 auszusprechen, plädierte die Innere Mission lediglich dafür, Zwangssterilisationen auf Fälle schwerer psychischer Erkrankungen und geistiger Behinderungen zu beschränken, und beschloß, Zwangssterilisationen nicht in evangelischen Einrichtungen durchzuführen.

Während PatientInnen, die durch Zwangssterilisationen bedroht waren, auch von den von Bodelschwingschen Anstalten kurz vor dem Eingriff an Anstalten der Provinzialverbände weitergegeben wurden, führte sie "freiwillige" Sterilisationen in der eigenen Anstalt durch.

Durch den Runderlaß des preußischen Innenministeriums vom 13. März 1934 wurden die von Bodelschwingschen Anstalten in Bethel wie auch zahlreiche andere evangelische Pflege- und Heilanstalten zur Durchführung der Unfruchtbarmachungen ermächtigt.<sup>42</sup>

<sup>41</sup> H. Harmsens: Das Reichsgesetz zur Verhütung des erbkranken Nachwuchses. In: Gesundheitsfürsorge Jg. 7 (1933), S. 184

<sup>42</sup> Vgl. Gesundheitsfürsorge Jg. 8 (1934), S. 90

Soweit bekannt wurden zwischen 1934 und 1945 1093 BewohnerInnen Bethels zwangsweise sterilisiert.<sup>43</sup> Wieviele PatientInnen zu einer "freiwilligen" Sterilisation überredet wurden, wieviele PatientInnen aufgrund der Probleme um eine zwangsweise Sterilisation in andere Anstalten abgegeben wurden und wieviele PatientInnen bei dem Eingriff ums Leben gekommen sind, ist noch ungeklärt.

Die Sterilisation von psychisch Kranken und geistig Behinderten war in Bethel weitgehend unumstritten. Strittig war lediglich, ob dieser schwerwiegende Eingriff nur mit der Zustimmung der PatientInnen durchgeführt werden dürfe oder ob es auch legitim sei, sie dazu zu zwingen.

**Ernst Kießmann, Pfarrer in der Zweiganstalt in Eckardtsheim bei Bielefeld, bemerkte in einem Artikel über die Seelsorge für sterilisierte Personen, daß das GzVeN**

"(...) aus so tiefer völkischer Verantwortung entstanden [sind], daß es schon allein um dessentwillen von der Gemeinde Jesu besonders ernsthaft geprüft und gewürdigt werden muß. Nichts wäre schlimmer, als wenn die Kirche, besonders die evangelische Kirche, in der Beurteilung dieses Gesetzes in kleinliche Kritelei verfallen und den großen starken Willen zum Aufbau übersehen würde, der solche entschlossenen Maßnahmen ganz offenbar in letzter Stunde getroffen hat. Die christliche Gemeinde muß allen Maßnahmen, die eine äußerliche und innerliche Gesundung eines Volkes erstreben, nicht nur grundsätzlich positiv und bejahend gegenüber stehen, sie muß auch an ihrem Teil an deren Durchführung mithelfen, so gut, sie es vermag." <sup>44</sup>

Den Hauptnutzen sah Kießmann nicht so sehr in der direkten Verhütung erbkranken Nachwuchses oder in finanziellen Einsparungen, sondern "in dem indirekten Ergebnis, in dem Zwang zum eugenischen Denken und Handeln [...], den dieses Gesetz für das ganze Volk mit sich bringt." <sup>45</sup>

In dieser eugenistischen Euphorie wird auch die Arbeit Bethels und der Inneren Mission neu gewichtet. Nicht die Versorgung und Förderung psychisch Kranker und geistig Behinderter steht mehr im Vordergrund der diakonischen Arbeit, sondern betont wird die große eugenische

<sup>43</sup> Vgl. M. Hellmann: 1. September - der Tag der vollen Stimmen war, in: Der Ring 10/1989

<sup>44</sup> E. Kießmann: Auswirkungen des Gesetzes zur Verhütung erbkranken Nachwuchses für den seelsorgerischen Dienst, in: Pastoralblätter 27 (1934/35), S. 328-338

<sup>45</sup> Ebd., S. 331

Leistung der Anstalten, die das Volk vor schwerem Schaden bewahrt habe:

"Was haben die Anstalten der Inneren Mission allein durch ihr Dasein an erbkranken Nachwuchs verhütet! Wie haben weiter die Anstalten durch den Anschauungsunterricht, den ungezählte Besuche in eindringlichster Weise erteilt haben, immer wieder den Blick auf die eugenische Frage gelenkt." <sup>46</sup>

Für die Sterilisierten hat er nur den Trost übrig, daß "nicht Leib und Blut, Kind und Nachkommenschaft" das höchste Gut des Lebens sind, sondern der "Ruf des lebendigen Gottes". Der Erbkranke sei durch Gottes Fügung in das deutsche Volk hineingeboren und

"hat nun jetzt das Wohl und Wehe, Freude und Last, Ausgang und Niedergang dieses Volkes zu tragen. Wo aber sein Name im Volke ausgelöscht wird durch sein persönliches Opfer, da wird dem der da glaubt, das Wort Jesu leuchtend groß: 'Freuet euch, daß eure Namen im Himmel geschrieben sind!'" <sup>47</sup>

Die Meinung Kießmanns, der Mitglied der Bekennenden Kirche war, war kein Einzelfall. Hans Knöppler, seit 1928 Anstaltsarzt in Eckardtsheim, und der Betheler Oberarzt Hans Wilmers sprachen sich für das "Gesetz zur Verhütung erbkranken Nachwuchses" aus.

Knöppler bezeichnete 1934 in einem Aufsatz in "Beth-El" die Ausschließung erblich Minderwertiger von der Zeugung als das "vornehmste Gebot bei einer eugenische Überwachung der Fortpflanzung" und hoffte, daß das GzVeN die Verbrechensrate senken wird:

"Zieht man dazu in Betracht, daß sich das Heer der Verbrecher, der berufsmäßigen, aber auch der politischen (i.S.K.), zum großen Teile aus Schwachsinnigen zusammensetzt, so wird es wohl begreiflich, welches Interesse die Volksgemeinschaft an der Eindämmung des erblichen Schwachsinnes hat." <sup>48</sup>

Die negative, verhütende Eugenik will er allerdings durch positive, fördernde Eugenik ergänzt sehen:

<sup>46</sup> Ebd., S. 332

<sup>47</sup> Ebd., S. 334f

<sup>48</sup> H. Knöppler: Vererbung und Verantwortung, in: Beth-El 26 (1934), S. 103-111. Zitat: S. 107

"Eine weitere Reihe von eugenischen Gesetzen wird die Eheschließung, die Besteuerung der Kinderreichen, die Siedlungsfragen, die Besoldungsreform, die Stellung der Unehelichen und manches andere unter den hohen Gesichtspunkt des völkischen Gemeingutes bringen"<sup>49</sup>

Hans Wilmers sieht auch die nur begrenzte Wirkung negativer Eugenik, weil man durch Sterilisation einen erheblichen Teil des kranken Erbstromes gar nicht treffen könnte,<sup>50</sup> betont aber, daß angesichts der Errungenschaften durch die Eugenik die Arbeit Bethels und der Inneren Mission in einem neuen Lichte erscheint:

"Es ist eine grausame, aber nicht wegzuleugnende Erkenntnis, daß das Liebeswerk der Inneren Mission, dieses künstliche Werk, dem viele Ärzte dienen, halbe Arbeit ist, gesehen im Lichte der biologischen Lebensordnung."<sup>51</sup>

Auch Carl Schneider, der 1931 in Fragen der Sterilisation noch zur Zurückhaltung gemahnt hatte, meinte 1933 anlässlich eines Vortrages auf einer Tagung der Wandererfürsorgeverbände in Goslar, daß man

"das stützliche Recht der Forderung nach einer Sterilisierung [...] vom Standpunkt einer neuen Staatsgesinnung nicht bestreiten dürfe."<sup>52</sup>

In diesen Zitaten führender Mitarbeiter der von Bodelschwingschen Anstalten wird deutlich, daß das GzVeN nicht gegen den Willen der Anstalten durchgesetzt werden mußte, sondern in der Regel positiv aufgenommen wurde. Zwar vermied man es zwangsweise Unfruchtbarmachungen in der eigenen Anstalt durchzuführen, legitimierte aber das Vorgehen dadurch, daß man sonst aktiv an der Umsetzung des Gesetzes mitwirkte. Die Verbundenheit mit eugenischen Reformbestrebungen in den 20er Jahren glaubte man jetzt in den NS-Eugenik-Programmen wiederzufinden.<sup>53</sup> Die auf der Konferenz von Treysa vollzogene Wende zu einem organischen Gesundheitsbegriff, in dem der Einzelne nur noch ein Teil der Volksgemeinschaft ist, findet sich in der Haltung zur Sterilisation wieder.

<sup>49</sup> Ebd., S.110

<sup>50</sup> H. Wilmers, zitiert nach Klee, "Euthanasie", S.48

<sup>51</sup> H. Wilmers: Wozu Sterilisierungsgesetz?, in: Aufwärts Nr.20 (1934)

<sup>52</sup> C. Schneider: die Auswirkungen der bevölkerungspolitischen und erbbiologischen Maßnahmen auf die Wanderfürsorge. Vortrag anlässlich der Tagung des dt. Herbergvereins, Gesamtverband dt. Verpflegungsatationen, Zentralvorstand dt. Arbeiterkolonien am 12. u. 13.10.1933 in Goslar, in: Der Wanderer 50 (1933), S.233-240, Zitat: S.235

<sup>53</sup> Vgl. auch Nowak, "Euthanasie", S.106

Wie die Sterilisation in den von Bodelschwingschen Anstalten durchgeführt wurde und warum von Seiten Bethels mehr Personen zur Sterilisation angemeldet wurden als tatsächlich sterilisiert wurden, muß in Zukunft noch näher geklärt werden. Vermutlich geben die Quellen des Erbgesundheitsgerichtes Bielefeld, die im Stadtarchiv Bielefeld und im Staatsarchiv Detmold lagern, und die Krankenakten der von Bodelschwingschen Anstalten Auskunft auf diese Fragen.

Die Akzeptanz und bereitwillige Durchführung der Sterilisationen muß in den breiten Zusammenhang der eugenischen Maßnahmen gesetzt werden, die in Bethel durchgeführt wurden. Die positive Haltung der MitarbeiterInnen der von Bodelschwingschen Anstalten zur Asylisierung aufgrund eugenischer Gründe und die Förderung der Unfruchtbarmachung kann nicht von der Haltung dieser MitarbeiterInnen während der "Euthanasieaktion" getrennt werden. Die von Bodelschwingschen Anstalten akzeptierten die von den Nationalsozialisten praktizierte erbbiologische Politik, äußerten zwar mancherlei Bedenken, erhoben aber bis zur Krankenkommunikation nie einen prinzipiellen Einspruch gegen die Behinderten- und Krankenpolitik der Nationalsozialisten. Diese Anpassung an das nationalsozialistische Paradigma erschwerte es den von Bodelschwingschen Anstalten, ihre Kranken gegen den tiefgreifenden Eingriff in ihre Persönlichkeit zu schützen, gegen ihre Ermordung.

- 21 -

## 5.) Der Kampf um die Verlegung von PatientInnen aus den von Bodelschwingschen Anstalten während der Krankenmordaktion

Bethel wird häufig als der Hort des evangelischen Widerstandes gegen die NS-Krankenmordaktion bezeichnet. Dieses Bild ist bei einer Gesamtperspektive "evangelischen Kirche und Euthanasie" verständlich. Wenn Widerstand und Proteste aus evangelischen oder diakonischen Institutionen gegen die Krankenmordaktion kamen, dann häufig aus dem Umfeld der von Bodelschwingschen Anstalten.

Bei einer Perspektive auf die Anstaltsgeschichte muß dieses Bild aber differenziert werden. Trotz eines nicht immer klaren und entschiedenen Verhaltens der MitarbeiterInnen von Bethel läßt sich dabei aber ein Aspekt als sicher festhalten. Unter den MitarbeiterInnen, die ab 1940 in Bethel beschäftigt waren bestand Einigkeit in einer prinzipiellen Ablehnung der sogenannten "Vernichtung lebensunwerten Lebens". Selbst Ärzte, die - wie der Chefarzt von Sarepta Jaspersen - überzeugte Nationalsozialisten waren, teilten diese Meinung. Die Mitarbeiter der von Bodelschwingschen Anstalten, die später als Verfechter der "Euthanasie" auftraten, wie die ehemaligen Chefärzte der Stammanstalt von Bethel Carl Schneider und Werner Villinger, hatten vor 1940 von Bethel auf Professorenstellen in Heidelberg und Breslau gewechselt.

Eine Betrachtung Bethels während der Krankenmordaktion konzentriert sich also nicht, wie es beim Problemkreis Sterilisation der Fall war, auf die Frage, welche Positionen der nationalsozialistischen Behinderten- und Krankenpolitik übernommen und wie bereitwillig sie umgesetzt wurden. Im Mittelpunkt diese Teils steht viel mehr die Frage, inwiefern Bethel gegen die eigene Überzeugung zu einer Verlegung von PatientInnen in andere Anstalten bereit war. Diese Verlegung bedeutete für die betroffenen Kranken und Behinderten in den meisten Fällen den Tod.

Ich werde im folgenden fünf Entwicklungsschritte in dem Verhalten der Verantwortlichen der von Bodelschwingschen Anstalten gegenüber dem Krankenmord aufzeigen und innerhalb dieser Entwicklungsschritte auf Besonderheiten der von Bodelschwingschen Anstalten während der "Euthanasieaktion" eingehen.

- 22 -

## 5.1.) Die ersten Informationen über die Krankenmordaktion

Die ersten Hinweise auf den Krankenmord erhielten Ende 1939 der Arzt der Diakonissenanstalt Sarepta Karsten Jaspersen und der Lobetalers Anstaltsleiter Paul Gerhard Braune. Die Hoffnungstaler Anstalten in Lobetal wurden aufgrund der Lage im Bezirk Brandenburg eher von der Aktion erfaßt als die Anstalten im Rheinland und in Westfalen. Als erste Anstalt aus dem Bereich der von Bodelschwingschen Anstalten erhielt das Heim Gottesschutz in Erkner die Aufforderung, die Behinderten und Kranken an das Reichsministerium des Innern (RMI) zu melden. Das Haus Gottesschutz war in den zwanziger Jahren den Hoffnungstaler Anstalten angegliedert worden, die Bethel dadurch verbunden waren, daß Fritz von Bodelschwingh Vorsitzender des Vereins Hoffnungstaler Anstalten war.

In dem Schreiben vom 24. Oktober 1939, also schon wenige Wochen nach der "Euthanasie-Ermächtigung" von Hitler an Bouhler und Brandt, ordnete der Staatssekretär für Gesundheitswesen im Innenministerium, Dr. Leonardo Conti, an:

"Im Hinblick auf die Notwendigkeit planwirtschaftlicher Erfassung der Heil- und Pflegeanstalten ersuche ich Sie, die anliegenden Meldebögen umgehend nach Maßgabe des beiliegenden Merkblattes auszufüllen und an mich zurückzusenden"<sup>54</sup>

Die Meldebögen sollten bis zum 1.12.1939 an das Innenministerium zurückgeschickt werden. Auf eine Nachfrage Braunes bei dem zuständigen Sachbearbeiter des Innenministeriums erhielt er die Auskunft, daß es sich lediglich um statistische Maßnahmen handle. Braune, der durch Form und Art der Weitergabe der Meldebögen in Unruhe versetzt wurde, informierte um die Jahreswende 1939/40 Fritz von Bodelschwingh.<sup>55</sup>

Am 20. Januar 1940 gingen in den der IM angeschlossenen Anstalten und Heime, zunächst in Pommern, Brandenburg, Sachsen, Hamburg und Württemberg Verlegungsbefehle ein.

Die Verlegungsankündigung für die Hoffnungstaler Anstalten war von dem Reichsverteidigungskommissar für den Wehrkreis III ausgestellt. In ihr heißt es:

<sup>54</sup> Zitat in: M. Hellmann: Die Todesboten kündigten sich mit grauer Dienstpost an. In: Der Ring 9/1989, S.12-16, Zitat: S.12

<sup>55</sup> Vgl. P. G. Braune: Der Kampf der Inneren Mission gegen die Euthanasie. In: Hase, Evangelische Dokumente, S.108-116, Zitat: S.108

"Betr. Verlegung von Insassen der Heil- und Pflegeanstalten. Zur Vereinfachung der Verwaltung im Zuge der Neugestaltung des Heil- und Pflegeanstaltswesens werde ich in der nächsten Zeit die Verlegung einer größeren Anzahl von Insassen der Heil- und Pflegeanstalten anordnen. Die Kranken werden nebst ihren Krankenakten in Sammeltransporten verlegt. Der Abgabeanstalt entstehen aus dem Transport keine Kosten. Die Krankenakten werden Ihnen nach Einsichtnahme der Aufnahmeanstalt wieder zurückgegeben. Die Benachrichtigung erfolgt durch die Aufnahmeanstalt. Die Kostenträger sind von der Abgabeanstalt davon in Kenntnis zu setzen, daß weitere Zahlungen über den Tag der Verlegung hinaus insoweit einzustellen sind, bis sie von der Aufnahmeanstalt angefordert werden." <sup>56</sup>

Als Vorstandsmitglied des Central-Ausschusses (CA) der Inneren Mission erfuhr Braune, daß ähnliche Ankündigungen auch anderen Anstalten zugestellt wurden.

Die Befürchtungen, daß eine breit angelegte Krankenmordaktion eingesetzt hatte, erhärteten sich, als Pfarrer Schosser, der stellvertretende Geschäftsführer des württembergischen Landesverbandes der IM, dem Central-Ausschuß vom 30.3.1940 vom Tod von 13 Epileptikern aus der Anstalt Pfingstweide berichtete. <sup>57</sup> Daraufhin beauftragte der CA Braune, die Todesfälle zu untersuchen. Braune wurde u.a. deswegen für diese Aufgabe ausgesucht, weil aus dem Mädchenheim "Gottesschutz" der Abtransport von 25 behinderten Mädchen bedrohlich näher rückte. Aufgrund von Informationen aus anderen Anstalten gelang es Braune, das Material so zu erhärten, daß er mit ziemlicher Sicherheit behaupten konnte:

"In bestimmten Häusern werden Kranke, Geistes schwache, Epileptiker, auch Kriegsbeschädigte umgebracht" <sup>58</sup>

Daraufhin wurde Braune bei dem zuständigen Sachbearbeiter im RMI vorstellig, der ihn vor weiteren Nachforschungen warnte, dadurch aber indirekt die Tatsache der Anstaltsmorde zugab. Danach besuchte Braune die Reichskanzlei, die Abwehrstelle im Oberkommando der Wehrmacht

<sup>56</sup> HB 2/39-187 Ia; Zitat auch in Hellmann, Die Todesboten, S.1

<sup>57</sup> Hochmuth und Schmuhl (letzterer orientiert sich in weiten Teil an der häufig sehr ungenauen Darstellung Hochmuths), datieren diese Sitzung des CA auf den 20.3.1940. Die Quelle im Hauptarchiv der von Bodelschwingschen Anstalten weist aber auf den 30.3.1940 hin (HB 2/39-187.46).

<sup>58</sup> P.G. Braune in einem Brief an den Oberstaatsanwalt in Frankfurt a.M. vom 12.9.1946 (Ks 2/63 GStA Frankfurt gegen Prof. Werner Heyde u.a., S.542)

(OKW), wo er besonders gute und später wertvolle Kontakte zu Hans von Dohnanyi erhielt, außerdem den Reichskirchenminister Kerrl. <sup>59</sup>

Nowak bezeichnet diese Besuche schon als Einleitung des Widerstandskampfes Braunes. <sup>60</sup> Aufgrund ihres frühen Zeitpunktes gehe ich eher davon aus, daß diese Besuche noch der Information über die Aktion galten und ein offener Widerspruch nicht im Vordergrund der Besuche stand. Von einem Widerstand gegen die Krankenverlegungen kann man meiner Meinung nach frühestens zu dem Zeitpunkt sprechen, als sich die Hoffnungstaler Anstalten gegen die Verlegung der 25 geistig behinderten Mädchen zur Wehr setzten.

## 5.2.) Intervention gegen die Krankenmordaktion und gegen die drohenden Verlegungen aus dem Bereich der von Bodelschwingschen Anstalten

Am 25.4.1940 erging ein Schreiben des Oberpräsidenten der Provinz Brandenburg an das Mädchenheim Erkner mit dem Vermerk "Persönlich! Eigenhändig!":

"Unter Bezugnahme auf den Ihnen bekanntgegebenen in Abschrift nochmals beigefügten Runderlaß O.B.I-RV. Pol. 80/40 des Reichsverteidigungskommissars für den Wehrkreis III vom 20. Januar 1940 ordne ich im Auftrag des Reichsverteidigungskommissars die Verlegung der in der beigefügten Liste mit zwei Durchschlägen aufgeführten Kranken aus der dortigen Anstalt an. Die Abholung der Kranken erfolgt am 4. Mai 1940 mittags mit Kraftomnibussen durch die Gemeinnützige Krankentransport GmbH, die sich mit Ihnen ins Benehmen setzen wird." <sup>61</sup>

Außerdem wurde bestimmt, daß die Kranken, "soweit möglich, in eigener Wäsche und Kleidung zu übergeben [sind] und so zu kennzeichnen, daß ihre Identifizierung gewährleistet ist."

Braune fuhr nach Bethel, um von Bodelschwingh, der ja als Vorsitzender des Vereins "Hoffnungstal" unmittelbarer Vorgesetzter Braunes war, über die drohende Verlegung aus dem Bereich der von Bodelschwingschen

<sup>59</sup> Über die Besuche Braunes im April 1940 gibt es ungenaue und teilweise widersprüchliche Angaben in Hochmuth, S.10; Nowak, "Euthanasie", S.131f.; Schmuhl, S.327f.; Klee, "Euthanasie", S.205 und M. Gerhardt: Ein Jahrhundert Innere Mission. Die Geschichte des Central-Ausschusses für die Innere Mission der Deutschen Evangelischen Kirche, Gütersloh 1948, 2.Bd., S.398. Am verlässlichsten vielleicht noch die Angaben von Braune selbst (Braune, S.108f)

<sup>60</sup> Nowak, "Euthanasie", S.131

<sup>61</sup> Zitat in: Hellmann, Die Todesboten, S.13

Anstalten zu informieren. Vorher hatte er die Leiterin des Heimes Elisabeth Schwarzkopf angewiesen, die Patientinnen unter keinen Umständen herauszugeben. Wie die Auseinandersetzung um die Herausgabe der 25 Mädchen genau abgelaufen ist und ob tatsächlich die Gekrat-Busse in Erkner vorgefahren sind, wie es Hellmann behauptet<sup>62</sup>, ist noch nicht endgültig geklärt. Sicher scheint aber zu sein, daß die Mädchen nicht aus Erkner abtransportiert wurden. In einem Brief vom 10. Mai 1940 berichtet Braune von Bodelschwingh:

"Unser Erknertransport war verschoben auf Pfingstsonntag. Heute war der Transportleiter da und sollte ihn abholen. Da wir nichts vorbereitet hatten, habe ich ihn unverrichteter Sachen auf telefonische Verhandlung hin abziehen lassen. Es hat den Anschein, als ob der Transportleiter von sich aus eingelenkt hat, um uns die Gelegenheit zu geben, die Mädchen stillschweigend hier zu behalten, ohne daß eine offizielle Rücknahme der Anordnung erfolgt ist. So glaube ich, heute erreicht zu haben, daß der Abtransport der Mädchen an unserem Widerstand gescheitert ist..."<sup>63</sup>

Die Vorkommnisse in Erkner und die Informationen, die Pastor Werner Dicke, Leiter der Kükenmühler Anstalten bei Stettin, über die Auflösung seiner Anstalt von Bodelschwingh gab,<sup>64</sup> veranlaßte Fritz von Bodelschwingh und Pastor Braune, bei verschiedenen Stellen vorstellig zu werden.

Braune berichtet von Besuchen bei vier Ministern, die alle entsetzt über die erschütternden Tatsachen gewesen seien, aber deutlich erkennen ließen, daß "sie gegen diese Gewalt der SS" nur schwer etwas unternehmen könnten.<sup>65</sup> Nach dieser düsteren Einschätzung wandten sich Braune und Bodelschwingh an Herbert Linden, der in der Abteilung Gesundheitswesen

<sup>62</sup> Vgl. Hellmann, Friedrich von Bodelschwingh, S. 160.

<sup>63</sup> HB 2/39-187.2a Was Braune mit der Äußerung meint, daß Herren der Stadtverwaltung Berlin dabei helfen, "dass in Erkner einzelne Fälle zurückgenommen werden" und ob damit eine Abgabe von Patientinnen gemeint sein könnte, kann im Moment nicht nachgeprüft werden. Braune jedenfalls behauptete in einem Bericht unmittelbar nach dem Krieg: "Es ist auch im Jahre 1941 kein einziger Kranker von Bethel zum Zwecke der Tötung verlegt worden - auch die Lobetaler Patienten, die angefordert wurden, genauer gesagt, die 25 Mädchen aus dem Mädchenheim "Gotteschutz", die mich auf den Plan gerufen hatten, sind niemals den Weg des gewaltsamen Todes gegangen, sondern es gelang uns auf mancherlei Weise, sie alle in Sicherheit zu bringen, selbst als schon der Abtransport auf Zeit und Stunde zu Pfingsten 1940 festgelegt war" zitiert nach Hellmann, Die Todesboten, S. 113.

<sup>64</sup> Vgl. H.C. Haase: Sozialpolitik und Diakonie unter der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft 1933-1946, in: Diakonie Jahrbuch 88/89, Stuttgart, S. 92-117.

<sup>65</sup> Braune, S. 109.

im NS- Reichsinnenministerium maßgeblich an der Durchführung der Aktion beteiligt war, und an Brack, der als Oberdienstleiter im Hauptamt II der Kanzlei des Führers für die Aktion zuständig war. In dem Gespräch brachten von Bodelschwingh und Braune deutlich zum Ausdruck, daß sie um die Hintergründe der Verlegung von Kranken aus Anstalten wußten, und protestierten als Staatsbürger und Christen entschieden gegen die Tötungen und verlangten eine Besprechung mit Reichsgesundheitsführer Dr. Conti.

Linden und Brack stritten den Massenmord rundweg ab und behaupteten, daß die beiden Vertreter der von Bodelschwinghschen Anstalten einem entsetzlichen Irrtum unterlägen. Die Verlegungen würden nur aus wehrpolitischen Gründen geschehen, von einer Tötung der verlegten Kranken könne keine Rede sein. Als von Bodelschwingh und Braune nachwiesen, daß die Verlegungen aus Kriegsgründen völlig unnütz wären und die ganzen Verlegungen nur den Sinn hätten, die Patientinnen in anderen Anstalten durch Gas oder durch Spritzen zu töten, drohten Linden und Brack mit der Staatspolizei. Diese Drohung wiesen Bodelschwingh und Braune entschieden zurück. Als Sie erkannten, daß in dieser Instanz und bei Reichsgesundheitsführer Conti nichts zu erreichen war, wandten sie sich direkt an die Reichskanzlei und das Reichsjustizministerium.

Weiterhin informierten sie mit Pastor Dicke zusammen den Geistlichen Vertrauensrat der DEK<sup>66</sup>. Außerdem wandte sich Braune an verschiedene Mediziner, wie Prof. Dr. Bonhoeffer, den Direktor der Psychiatrischen Klinik der Universität Berlin und Dr. Schulte, Leiter des Waldhaus-sanatoriums am Nikolasee. Schließlich unterrichtete er noch Personen in der Stadtverwaltung Berlin und im OKW.<sup>67</sup> Vermutlich versprach ihm dann Dohnanyi vom OKW, einen Gesprächstermin mit dem Reichsjustizminister zu vermitteln. Einen Tag nachdem Bodelschwingh Pastor Braune am 22.5.1940 zur näheren Abstimmung des Vorgehens in Lobetal besucht hatte, setzte er sich mit Prof. M.H. Göring in Verbindung, einem Vetter zweiten Grades des Reichsmarschalls und seit 1936 Leiter des Institut für Psychologische Forschung und Psychotherapie.<sup>68</sup>

Anfang Juni fand ein reger Informationsaustausch zwischen den Verantwortlichen der von Bodelschwinghschen Anstalten und der IM in Württem-

<sup>66</sup> Vgl. E. Klügel: Die lutherische Landeskirche Hannovers und ihr Bischof 1933-1946, Berlin (West)/Hamburg 1964, S. 389.

<sup>67</sup> Die Besuche Braunes gehen aus dem Brief an Bodelschwingh vom 10.5.1940 hervor, HB 2/39-187.2a.

<sup>68</sup> Brief von Bodelschwingh an Braune vom 24.5.1940, HB 2/39-187. 4a.

berg und Sachsen statt. So besuchte Kirchenrat Dölker aus Württemberg Braune und Bodelschwingh in Bethel<sup>69</sup>, und Pfarrer Schosser vom Landesverband der Inneren Mission setzte sich am 5. Juni 1940 brieflich mit von Bodelschwingh in Verbindung.<sup>70</sup>

Am 8. Juni sandte der Landesverein der Inneren Mission der ev. luth. Kirche in Sachsen an Braune Informationen, die Aufschluß über die Situation der aus den evangelischen Heil- und Pflegeanstalten verlegten Patienten gibt.<sup>71</sup>

Die Situation spitzte sich zu, als Mitte Juni die Meldebögen auch in Bethel eintrafen. In einem Schreiben, das am 29.6.1940 in Bethel einging und von Conti mit dem Datum vom 14.6.1940 unterzeichnet war, hieß es:

"Im Hinblick auf die Notwendigkeit planwirtschaftlicher Erfassung der Heil- und Pflegeanstalten ersuche ich Sie, die anliegenden Meldebögen umgehend nach Maßgabe des beiliegenden Merkblattes auszufüllen und an mich zurückzusenden."<sup>72</sup>

Beigefügt waren ein Meldebogen, auf den Angaben über die Anstalt eingetragen werden sollten, sowie 3000 Meldebögen, auf denen die einzelnen Kranken zu erfassen waren. Diese Meldebögen sollten spätestens am 1.8.1940 im Reichsministerium des Inneren eingegangen sein. Dieses Ersuchen wurde durch ein Schreiben des Regierungspräsidenten in Minden/Westfalen noch verstärkt, in dem die Anstalt aufgefordert wurde, die "zugewandten Meldebögen sorgfältig ausgefüllt terminmäßig dem Herrn Reichsminister des Innern vorzulegen."<sup>73</sup>

Während der Anstaltsmeldebogen am 4. Juli ordnungsgemäß ausgefüllt und am gleichen Tag zurückgesandt wurde<sup>74</sup>, versuchte von Bodelschwingh, das Ausfüllen der Meldebögen für die Kranken herauszuzögern. Am 5. Juli 1940 schrieb er an den Reichsgesundheitsführer Dr. Conti:

<sup>69</sup> wird aus Brief Bodelschwinghs an Braune vom 4.6.1940 deutlich (HB 2/39-187.6a)

<sup>70</sup> HB 2/39-187.7a und 8a

<sup>71</sup> HB 2/39-187. 8aff

<sup>72</sup> Abgedruckt in Hochmuth, S.11f; Nowak Behauptung, daß die Meldebögen am 24.6.1940 eingegangen sind (Nowak, "Euthanasie", S.149) deckt sich nicht mit der Quelle im HB 2/39-187.63

<sup>73</sup> HB 2/39-187.53

<sup>74</sup> HB 2/39-187.63: "Auf Grund der dortigen Verfügung vom 14.6.40 (...) hier eingegangen am 29. v.Mis. senden wir beifolgend den reiben Meldebogen 2 ausgefüllt zurück. Heil Hitler"

"Vor einigen Tagen sind die vom Reichsministerium versandten Meldebögen auch hier eingegangen. Dadurch sind uns Sorgen nahegerückt, die gegenwärtig weite Kreise der freien Wohlfahrtspflege bewegen. Sie erwachsen daraus, daß anscheinend auf Grund dieser Meldebögen zahlreiche Kranke ohne Zustimmung ihrer Angehörigen in staatliche Anstalten verlegt worden sind, aus den schon bald darauf die Nachrichten über das erfolgte Ableben und die bereits vorgenommene Einäscherung bei den Familien einliefen. In diesem Zusammenhang werden immer wieder die Namen der Anstalten Grafeneck, Waldheim und Brandenburg genannt. (...) Vom Central-Ausschuß für Innere Mission sind dessen Vizepräsident Pastor Braune - Lobetal und ich beauftragt worden, diesen das gesamte Gebiet unserer Arbeit berührende Fragen nachzugehen."<sup>75</sup>

Ein Gespräch, um das er Conti bat, wurde nicht bewilligt. Statt dessen wurde er an Linden und Brack verwiesen, die in einem Gespräch am 10.7.1940 mit ihm und Pastor Braune die schlimmsten Befürchtungen bestätigten:

"Es wurde von den Herren des Ministeriums dargelegt, dass die Kriegsnotwendigkeit es erfordere, Lebensmittel, Menschenkräfte und Raum zu sparen und darum solche Kranke zu opfern. Das sei nur unter Benutzung besonderer Anstalten möglich, in denen den Kranken Raum, Pflege und Ernährung in solchen Umfange entzogen würden, dass Erkrankungen und Sterben die unvermeidliche, allerdings auch beabsichtigte (!) Folge sei."<sup>76</sup>

Da die Verhandlungen mit Linden und Brack zu keinem Erfolg führten und Conti in der Angelegenheit nicht zu sprechen war, setzten von Bodelschwingh und Braune ihre Vorstöße auf höherer Ebene fort. Zusammen mit dem angesehenen Chirurgen Prof. Dr. Ferdinand Sauerbruch suchten sie am 12.7.1940 den Reichsjustizminister Franz Gürtner in dessen Privatwohnung in Berlin auf. Braune berichtete zunächst eine halbe Stunde sachlich die Tatsachen und legte Gürtner einige der typischen Trostbriefe vor, die an die Angehörigen der ermordeten Kranken geschickt wurden. Ob der Reichsjustizminister wirklich so überrascht war, wie es Braune schildert, erscheint zweifelhaft, war er doch bereits schon am 9.7.1940

<sup>75</sup> HB 2/39-187.68

<sup>76</sup> Brief Braunes (von Frick unterzeichnet) an die Leitung der DEK vom 15.7.1940, in HB 2/39-187.16a

durch ein anonymes Schreiben über die Krankenmorde unterrichtet worden.<sup>77</sup>

Gürtner versprach wegen der fehlenden Gesetzesvorlage in der Reichskanzlei vorzusprechen.

Auch beim Gauleiter Westfalen Nord, Reichsstatthalter für Lippe und Schaumburg-Lippe und Oberpräsident der Provinz Westfalen Alfred Meyer fand von Bodelschwingh Gehör. Mündlich berichtete er Meyer über die Krankmordaktion und äußerte in einem Brief an Meyer vom 15.7.1940 die Hoffnung, daß durch die Inkennensetzung anderer Stellen der Reichsregierung "einer ohne gesetzliche Grundlage und ohne jeden Rechtsschutz sich vollziehenden Vernichtung hilfloser Volksgenossen Einhalt geboten" könnte und bat Meyer alles zu tun, "um die Anwendung des Verfahrens in Westfalen zu verhindern"<sup>78</sup>

Meyer wandte sich sofort an Partei- und Staatsstellen in Berlin und empfahl von Bodelschwingh, auch die nächsthöhere Stelle, den Regierungspräsidenten von Minden Freiherr von Oeynhausen, einzuschalten.

In einem Brief vom 17.7.1940 schrieb von Bodelschwingh an Oeynhausen, daß "bei dieser Sachlage die Ausfüllung der Fragebögen ganz unmöglich" sei.<sup>79</sup>

Am gleichen Tag noch unterrichtete von Bodelschwingh Ministerialrat Dr. Linden von seinem Brief an Oeynhausen. Er teilte ihm mit, daß

"es uns unmöglich ist, die Fragebogen I auszufüllen, solange dadurch das Leben der uns anvertrauten Kranken gefährdet wird. Dabei befinde ich mich in völliger Übereinstimmung mit unseren leitenden Anstaltsärzten, die für die Ausfüllung der Fragebogen verantwortlich sind."<sup>80</sup>

In dieser Phase war es sehr wichtig, daß die leitenden Anstaltsärzte die

<sup>77</sup> Braunes Meinung in Braune, S.110. Sie wird auch geteilt von Nowak, "Euthanasie", S.153 und Hellmann, Friedrich von Bodelschwingh, S.164. Schmuhl stellt die These auf, daß die Überraschung sich lediglich auf Umfang und Planmäßigkeit der Aktion bezog. Neben dem anonymen Hinweis, der bei Klee, "Euthanasie", S.210 angeführt wird, weist er nach, daß Gürtner vorher schon durch Kritzingler und v. Doynanyi unterrichtet worden sein muß. (Schmuhl, S.298)

<sup>78</sup> HB 2/39-187,71

<sup>79</sup> HB 2/39-187,73

<sup>80</sup> HB 2/39-187,72

Weigerung unterstützten, die Meldebögen auszufüllen.<sup>81</sup> Besonders Dr. Karsten Jaspersen war darüberhinaus äußerst aktiv.

Jaspersen nutzte seine Kontakte zu führenden NS-Stellen und bekannten Ärzten aus.<sup>82</sup> Diese Kontakte waren für die von Bodelschwinghschen Anstalten besonders wichtig, weil Braune und von Bodelschwingh überwiegend Kontakt zu den deutschnationalen Kräften im NS-Staat und in der Medizin hatten. Jaspersen, der seit dem 1.5.1931 Mitglied der NSDAP war<sup>83</sup>, wandte sich sogar an Reichsleiter Martin Bormann, mit dem er seit seiner Studentenzeit befreundet war. In einem Brief vom 23. Juli 1940 heißt es:

"Gerade für mich als nationalsozialistischen Arzt gehen diese Maßnahmen unmittelbar und entscheidend gegen jede ärztliche Berufsauffassung"<sup>84</sup> Jaspersen gehörte auch zu denen, die als erstes Bischof von Galen vermutlich am 25. oder 26. Juli 1940 über die Krankenmorde informierten.<sup>85</sup>

Jaspersen nimmt auch an einem Gespräch teil, das zwischen von Bodelschwingh, dem stellvertretenden Chefarzt von Bethel Dr. Dickel und ihm mit einer Kommission aus Linden, Brack und einer unbekanntem dritten Person am 26.7.1940 in Bethel geführt hatte. Der Besuch der Kommission unter Leitung von Linden wurde vom Büro des Gauleiters Meyer einen Tag vorher angekündigt.<sup>86</sup>

Bodelschwingh hatte im Vorfeld des Besuchs am 25.7.1940 seine Position vom Vorstand der von Bodelschwinghschen Anstalten absichern lassen. In dem Protokoll heißt es:

<sup>81</sup> Braune schreibt an seine Frau am 21.7.1940: "Bodelschwingh schrieb mir, daß die Eingabe an die Reichskanzlei durch Werner-Marahrens abgegangen ist. Die Betheler Ärzte hätten sich erfreulich geführt. Aber es müßten Wunder geschehen, wenn es aufgehalten wird." In: B. Braune: Hoffnung gegen die Not. Mein Leben mit Paul Braune 1932-1954. Wuppertal 1983

<sup>82</sup> Die umfangreichen Einsprüche Jaspersens, der sogar Strafanzeige wegen Mord erstattete, können hier nur am Rande erwähnt werden. Verwiesen sei auf die sehr ausführliche Darstellung in Klee, "Euthanasie", S.216ff.

<sup>83</sup> Die Behauptung von M. Hellmann, u.a. in: Der Kampf um die Kranken erfordert "Strategie", in: Der Ring 10/1983, S.11-16, daß Jaspersen schon 1934 mit den Nazis brach, läßt sich aus den Quellen des Stadtarchivs Bielefeld nicht belegen. In einem Einspruch gegen einen Parteiausschluß setzt Jaspersen sogar seine Mitarbeit im SD ein, um seine Parteimitgliedschaft zu behalten. (Stadtarchiv Bielefeld FB 400-17)

<sup>84</sup> zitiert nach Klee, "Euthanasie", S.217

<sup>85</sup> Vgl. ebd., S.211

<sup>86</sup> Vgl. HB 2/39-187,85

"Der Anstaltsleiter berichtet über die planwirtschaftlichen Maßnahmen der Reichsgesundheitsführung. Er legt die Gründe dar, aus denen er in völliger Übereinstimmung mit den leitenden Psychiatern von Bethel und Sarepta die Auauffüllung der Fragebogen, die der Anstalt zugesandt wurden, abgelehnt hat. Die Anstaltsvorstände stimmen dieser Auffassung einmütig zu."<sup>87</sup>

In einem Brief an Dr. G. Schorsch, der ab 1. September 1940 als Chefarzt von Bethel vorgesehen war, schilderte von Bodelschwingh seine Sicht der Situation:

"Zweifelloos fehlen für die jetzt eingeschlagenen Wege alle gesetzlichen Unterlagen. Helfen wir dabei mit, so ist die ganze bisherige Geschichte von Bethel verleugnet. Wir verlieren alles Vertrauen und stehen d. durch vor dem Ende unserer Arbeit. Dann ist es besser, daß wir im Kampf für unsere Kranken der Gewalt unterliegen. Vorläufig glaube ich zwar nicht, daß man Schritte gegen Bethel unternehmen wird. Wahrscheinlich wäre man im Ministerium bereit gewesen, uns besondere Rücksichten zuzusagen. Eine solche Ausnahmebehandlung habe ich ausdrücklich abgelehnt."<sup>88</sup>

In dem Gespräch mit der Kommission aus Berlin weigerten sich von Bodelschwingh und die beiden Ärzte, die Meldebögen auszufüllen. In dem 5-stündigen Gespräch legten die Mitarbeiter der von Bodelschwinghschen Anstalt nochmals dar, warum für sie eine Beteiligung an der Aktion nicht in Frage kam.<sup>89</sup>

Aus den Informationen, die von Bodelschwingh Braune gab, läßt sich daß Gespräch in groben Zügen rekonstruieren. Braune schrieb am 4.8.1940 an seine Frau:

<sup>87</sup> HB 2/39-107,87, abgedruckt in Hochmuth, S.17

<sup>88</sup> HB 2/33-461 (Durchschlag), abgedruckt in Nowak, Sterilisation, S.176

<sup>89</sup> Inwiefern es stimmt, daß Brack von Bodelschwingh in einem Gespräch unter vier Augen darüber in Kenntnis gesetzt hat, daß ein Haftbefehl gegen ihn vorläge und von Bodelschwingh diese Information dankend zur Kenntnis genommen hat, ohne aber sich in seiner Haltung beeinflussen zu lassen, ist nur noch schwer zu rekonstruieren. Die von Nowak, "Euthanasie", S.149 und Hellmann, Friedrich von Bodelschwingh, S.167 aufgegriffene Behauptung beruht lediglich auf einer Äußerung von dem Leiter der Bethelkanzlei Wörmann, der während des Gesprächs im Urlaub war. (Wörmann in Hase, Evangelische Dokumente, S.126) Wörmann bezieht sich bei der Aussage wahrscheinlich auf einen Brief Bodelschwinghs, in dem er diese Drohung wiedergibt.

"Heute kam ein Brief von Bodelschwingh, der mich noch nach Bethel auf der Rückfahrt zur Besprechung bittet. Er hat in Sachen 'Maria' (gemeint ist die "Euthanasieaktion", S.K.) lebhaft weitergearbeitet. Die beiden Herren des R.I.M. waren 5 Stunden da. Seine beiden Ärzte und er haben Widerstand geleistet. Da er auch seine Provinzbehörde wohl auf seiner Seite hat, will man zunächst den offenen Konflikt vermeiden und läßt die Provinz aus."<sup>90</sup>

Das Gespräch war vermutlich maßgeblich durch die schärfste Maßnahme geprägt, die aus dem Umfeld der von Bodelschwinghschen Anstalten gegen die Krankenmordaktion ergriffen wurde.

Am 9.7.1940 hatte Pastor Braune eine Denkschrift fertiggestellt, die den Höhepunkt der Interventionspolitik der von Bodelschwinghschen Anstalten darstellte. Die Denkschrift wurde am 16.7.1940 von Oberkonsistorialrat Brunotte an den Ministerialdirektor<sup>91</sup> Kritzinger mit der Bitte übergeben, diese über den Chef der Reichskanzlei Lammers Adolf Hitler zukommen zu lassen.

Der Denkschrift waren beigelegt ein Begleitschreiben des Präsidenten der Kirchenkanzlei und des geistlichen Vertrauensrates sowie eine an die DEK gerichtete Eingabe des Präsidenten des Central-Ausschusses für die Innere Mission Pastor Constantin Frick vom 15. Juli, die aber in Wirklichkeit von Braune geschrieben wurde.<sup>92</sup> In diesem "an die Leitung der Deutschen Evangel. Kirche zu Hd. des Präsidenten Dr. Werner" gerichteten Schreiben heißt es beschwörend:

"Wir bitten die Leitung der Kirche, so schnell wir möglich zu handeln, da höchste Gefahr im Verzuge ist. Die oben genannten Fragebogen sollen schon in diesen Tagen zu Tausenden in Rheinland und Westfalen ausgefüllt werden. Damit beginnt auch dort die Katastrophe, die unserer gesamten Arbeit und unserer Predigt von der Barmherzigkeit im Namen Jesu den Todesstoß verleiht. Das Wort des alten Pastors von Bodelschwingh (gemeint ist der Gründer der von Bodelschwinghschen Anstalten, der Vater des damaligen Anstaltsleiter, S.K.) gewinnt neue erschütternde Bedeutung: "Nur nicht zu langsam, sie sterben darüber."<sup>93</sup>

Das Begleitschreiben der Kirchenkanzlei und des Vertrauensrates an die Reichskanzlei ist äußerst zurückhaltend und moderat. In dem vom Leiter

<sup>90</sup> Braune, Hoffnung, S.74

<sup>91</sup> Klee, "Euthanasie", S.206, behauptet, daß er Staatssekretär sei

<sup>92</sup> Vgl. ebd., S.211

<sup>93</sup> HB 2/39-107,17a, auch abgedruckt in Klügel, Bd.II, S.176

der Deutschen Evangelischen Kirchenkanzlei Dr. Werner und dem Vorsitzenden des Geistlichen Vertrauensrats der DEK Marahrens unterzeichneten Brief heißt es:

"In der Anlage übersenden wir Abchrift einer Eingabe des Centralausschusses für die Innere Mission der Deutschen Evangelischen Kirche vom 15. Juli 1940 mit sämtlichen Anlagen zur fälligen Kenntnisnahme. Wir unterbreiten Ihnen den Sachverhalt, da wir nicht in der Lage sind, die Angaben im einzelnen nachzuprüfen. Falls Maßnahmen, wie sie in dem vorliegenden Bericht behauptet werden, in die Wege geleitet sind, bitten wir aus der Verantwortung der Kirche für die ihr anbefohlenen hilfbedürftigen Menschen und auf Grund der in der Botschaft Jesu Christi begründeten Haltung des deutschen Protestantismus um vorherige gründliche Prüfung nach der rechtlichen, medizinischen, sittlichen und staatspolitischen Seite."<sup>94</sup>

Klee weist zurecht darauf hin, daß aufgrund dieses Briefes Braunes Kommentar verständlich wird, daß von der offiziellen Kirchenleitung keine Hilfe zu erwarten ist.<sup>95</sup>

Braune war sich bewußt, daß er sich durch die Denkschrift exponierte und sich persönlich in Gefahr brachte. In der Denkschrift legte er die Fakten über die Vernichtungsaktion, die ja eine geheime Reichssache war, offen auf den Tisch.<sup>96</sup> Er dokumentierte die Erfassung und Verlegung der Kranken und insbesondere die Auflösung der Kuckucksmilcher Anstalten bei Stettin. Danach stellte er anhand der Urnenummern von der Tötungsanstalt Grafeneck dar, wieviele Personen in dieser Tötungsanstalt täglich umgebracht werden.<sup>97</sup>

Wie stark die Wirkung dieser Denkschrift innerhalb der NS-Behörden war, ist nur noch annähernd festzustellen. Braune wurde mündlich mitgeteilt, daß Hitler die Denkschrift erhalten hätte und "die Maßnahmen nicht eingestellt werden könnten, wohl aber, daß sie 'anständig' durchgeführt werden sollten."<sup>98</sup> Durch die Denkschrift wurde den Nationalsozialisten

<sup>94</sup> Klügel, Bd. II, S. 174f.

<sup>95</sup> Vgl. Klee, "Euthanasie", S. 212; Braunes Kommentar lautet wörtlich: "Ich wußte, daß die damalige offizielle Kirchenleitung, die auch durch mich informiert wurde, sich kaum zu einem energischen Einspruch gegen solche Maßnahmen des Staates bereithalten würde, war also darauf geriatet, diesen Kampf wesentlich allein führen zu lassen." (Braune, S. 112)

<sup>96</sup> Vgl. die Aussage seiner Frau, in Braune, Hoffnung, S. 73.

<sup>97</sup> Die Denkschrift ist u. a. abgedruckt in: Funke, Paul Gerhard Braune, S. 24-36.

<sup>98</sup> Braune, S. 112.

in aller Deutlichkeit mitgeteilt, wie weit ihre Aktion schon bekannt geworden war und daß gerade aus dem Umfeld der von Bodelschwingschen Anstalten mit Widerspruch und Protest zu rechnen hätten. In dieser Phase der Intervention, die mit der Denkschrift Pastor Braunes einen Höhepunkt erhielt, werden die Mittel deutlich, mit den von Bodelschwingh, Braune, aber auch Jaspersen, versuchten, die Krankenmordaktion zu stoppen.

Erstens versuchten Sie mit den Informationen, die sie im Laufe der ersten Hälfte des Jahres 1940 gesammelt hatten, wichtige Personen aus dem Bereich der Medizin, der Kirche und des Staates über die Krankenmorde in Kenntnis zu setzen. Dabei vermieden sie aber tunlichst, die Morde öffentlich bekanntzumachen oder Informationen ans Ausland zu geben. Aufgrund der sehr guten Kontakte der von Bodelschwingschen Anstalten hätten sie dazu die Möglichkeit gehabt.

Zweitens versuchten sie durch Eingaben an staatliche Stellen auf die Unrechtmäßigkeit der Aktion hinzuweisen. Sie gingen dabei von der Vorstellung aus, daß es sich bei dem NS-Staat nach wie vor um einen Rechtsstaat handelte und wollten nicht wahrhaben, daß mit der Machtergreifung durch die Nationalsozialisten die elementaren rechtsstaatlichen Regeln außer Kraft gesetzt worden waren.

Hier zeigen sich sowohl Bodelschwingh als auch Braune geprägt durch eine in deutschnationalen Kreisen weit verbreitete Meinung, daß die Nationalsozialisten zwar manchmal zu weit gingen, aber im ganzen doch zum Wohle des deutschen Volkes innerhalb bestimmter Grenzen handeln würden. Dadurch ist auch erklärbar, daß Bodelschwingh und Braune Hoffnungen in ihre Kontakte zu den deutschnationalen Kräften in der Reichsregierung und in der Provinz Westfalen setzten. Diese deutschnationalen Kräfte innerhalb des NS-Staates waren schon relativ machtlos, so daß ein möglicher Erfolg der Eingabepolitik von Braune und von Bodelschwingh maßgeblich davon abhing, wie ihre Proteste und Einwände bei den Verantwortlichen der "Euthanasieaktion" aufgenommen werden würden. Die eigentlichen Drahtzieher der Aktion wurden besonders durch die Denkschrift Braunes unter Druck gesetzt. Sie mußten erkennen, daß die Auseinandersetzung um die Verlegung aus den von Bodelschwingschen Anstalten maßgeblich für den Erfolg oder Mißerfolg der Krankenmordaktionen werden könnte.

### 5.3.) Die Phase der Verhaltensunsicherheiten und der Zugeständnisse

Die Situation spitzte sich nach der Übergabe der Denkschrift Braunes und der konsequenten Weigerung der von Bodelschwingschen Anstalten im Gespräch mit Linden und Brack am 26. Juli 1940, die Meldebogen auszufüllen, zu.

Die Auseinandersetzung um die Verlegungen aus den evangelischen Anstalten konzentrierte sich auf die von Bodelschwingschen Anstalten. Hier wurden Ende Juli die Einsprüche mit anderen evangelischen Institutionen abgestimmt.

Der Landesbischof von Württemberg stellte eine Abschrift seiner Eingabe an Innenminister Dr. Frick vom 19.7.40 von Bodelschwingh und Braune zur Verfügung.<sup>99</sup> Braune bedankte sich in einem Schreiben an Wurm, das zwischen dem 19. Juli und 6. August 1940 geschrieben worden sein muß, für die Übersendung der Eingabe an Dr. Frick. Er bat Wurm weiterhin um die Sammlung von Einzelmaterial aus Württemberg:

"Es kann sein, daß Einzelmaterial von uns noch verlangt wird, da offiziell die Tatsache immer noch bestritten wird. Ich habe aus dem Reich etwa 20 Einzelfälle. Die Verbreitung dieser Behauptung, daß so etwas geschähe, wird sehr übel genommen. Aber bei Ihnen scheint es ja allgemein bekannt zu sein."<sup>100</sup>

Von Bodelschwingh schlug Wurm in einem Brief darüber hinaus vor, Angehörige zu bitten, sich direkt an das RMI zu wenden, "damit man dort von der tatsächlichen Stimmung und der wachsenden Unruhe ein Bild gewinnt."<sup>101</sup>

Zur gleichen Zeit bestand ein enger Kontakt zur Inneren Mission in Sachsen und in Hannover.<sup>102</sup> In einem Schreiben an Dr. Schadenberg von der IM Sachsen heißt es:

"Inzwischen haben wir auf dem uns beschäftigenden Gebiet hier viel erlebt. Die Verhandlungen gehen darüber ununterbrochen hin und her"<sup>103</sup>

<sup>99</sup> Sie befindet sich im HB 2/39-187,81

<sup>100</sup> Zitat nach Schmuhl, S.317

<sup>101</sup> Ebd.

<sup>102</sup> Kontakte zur IM Hannover werden aus dem Brief von Pastor Debühl aus Hannover an Bodelschwingh deutlich (HB 2/39-187,96 sowie 103)

<sup>103</sup> HB 2/39-187,93

Auch mit dem Leiter der Anstalt in Neuendettelsau Ratz stand er in Verbindung.<sup>104</sup>

Der Frühherbst 1940 war gekennzeichnet durch große Unsicherheit, wie man sich den NS-Behörden gegenüber weiter verhalten sollte und ob man zu Zugeständnissen bereit sein müßte. Die Eingabepolitik wurde nur in einem wesentlich geringeren Umfang fortgesetzt und statt dessen eine Strategie eronnen, durch die die NS-Mordaktion zwar nicht mehr gestoppt, aber wenigstens eingedämmt werden konnte. Dieser Wandel geschah gegen die innere Einstellung der von Bodelschwingschen Anstalten und ist in fünf Gründen zu suchen:

Die Eingabepolitik bei den NS-Stellen erzielte nicht den erhofften Erfolg und die Aktion wurde in den evangelischen Anstalten konsequent fortgesetzt. Die Anstalten, die sich weigerten, die Meldebögen auszufüllen, wurden von staatlichen Ärztekommisionen aufgesucht, die die Einteilung der PatientInnen vornahm.<sup>105</sup>

In Erwartung eines Gesetzes zur "Sterbehilfe" hoffte man in Bethel entweder die Krankmorde in "geordnete Bahnen" zu lenken oder durch die Diskussion über so ein Gesetz, die Aktion insgesamt zum Erliegen zu bringen. Die Hoffnung auf ein solches Gesetz mag wohl auch ein Grund dafür gewesen sein, daß sich der Präsident der IM Constantin Frick zu Zugeständnissen bereiterklärte und damit die Position der einzelnen Anstalten schwächte.

Maßgeblich für den Strategiewechsel war jedoch die Verhaftung von Pastor Paul Gerhard Braune durch die Gestapo.

Am 12. August fuhr die Gestapo bei Pastor Braune in Lobetal vor, durchsuchte sein Haus, beschlagnahmte Akten und brachte ihn in die Gestapozentrale in der Prinz-Albrecht-Straße nach Berlin.

Die Verhaftung Braunes war ein Zeichen für die Nervosität und die Unsicherheit bei den Verantwortlichen der "Euthanasieaktion". Durch die Verhaftung Braunes beseitigten sie auch bei den letzten Zweifel über die Krankmordaktion und setzten Gerüchte frei, die sich in evangelischen Gemeinden und in der Inneren Mission verbreiteten. So behauptet Nowak auch, daß sich die Verhaftung dieses entschiedensten Gegners der Krankmordaktion schon bald als Fehler herausstellte.<sup>106</sup> Bisher waren die kirchlichen Proteste strikt unter Ausschluß der Öffentlichkeit erfolgt, jetzt wurde die Aktion durch den NS-Staat selbst in den Mittelpunkt gerückt.

<sup>104</sup> Briefwechsel in HB 2/39-187,104,106,112,113,114

<sup>105</sup> z.B. Neuendettelsau, siehe Klee "Euthanasie", S.243ff

<sup>106</sup> Nowak, "Euthanasie", S.136ff

Braune gegenüber wurden keine Gründe für die Verhaftung angegeben, man bestritt aber, daß die Verhaftung in einem Zusammenhang mit der Denkschrift stehen würde. In den beiden Verhören, wurde Braune nur allgemein über seine Arbeit in der Inneren Mission befragt, und in einem später ausgestellten, von Heydrich unterzeichneten Schutzhaftbefehl stand lediglich, daß er in unverantwortlicher Weise "Maßnahmen des Staates und der Partei sabotiert habe".<sup>107</sup> Auch wenn die Krankenmordverantwortlichen der Aktion ungewollte Publizität verschafften und sie aufgrund der Illegalität Braune keinen Prozeß machen konnten, so war die Verhaftung eine deutliche Warnung an die von Bodelschwingschen Anstalten. Sie war ein Zeichen dafür, wie weit die Verantwortlichen für die Krankenmorde gehen würden, um ihre Ziele zu erreichen.

Von Bodelschwingh versuchte, über Kritzinger und dessen Chef Lammers die Freilassung Braunes zu erreichen<sup>108</sup> und reiste deswegen mehrer Male nach Berlin.<sup>109</sup> Zwar hatten die Versuche um die Freilassung Braunes, die den Mitarbeitern in der Reichskanzlei Kritzinger und Ruppert unterstützt wurden, am 31.10.1940 Erfolg, Braune mußte aber bei seiner Entlassung am Reformationstag versichern, daß er gegen Maßnahmen des Staates oder der Partei keine Schritte mehr unternehmen würde.<sup>110</sup>

Neben dieser Einschüchterung durch die Verhaftung Braunes führt Nowak als weitere Erklärung für Einstellung der "Eingabepolitik mit Stoßrichtung auf die Zentralinstanzen" von Seiten der Inneren Mission die Hoffnung, besonders von dem IM-Präsidenten Pastor Frick, an, durch die Verabschiedung eines "Euthanasie-Gesetzes" werde es zu "legislatorischen Einhegungen" der Maßnahmen oder sogar zu ihrem Abbruch kommen.<sup>111</sup> Nowak geht soweit, zu behaupten, daß angesichts der Erfolglosigkeit der Einsprüche die Innere Mission die bisher bestrittenen Protestwege einerseits für wirkungslos, andererseits für schädlich gehalten hatte.<sup>112</sup>

Von Bodelschwingh war offenbar über die genauen Zugeständnisse von Frick nicht informiert. Am 12.10.1940 teilte Bodelschwingh zusammen mit

<sup>107</sup> Braune, S.113; zu den näheren Umständen der Verhaftung siehe auch B. Braune, Hoffnung, S.75ff

<sup>108</sup> Vgl. u.a. die Antwort Lammers an Bodelschwingh vom 14.9.1940, (HB 2/39-187,119)

<sup>109</sup> wird deutlich aus dem Brief Bodelschwings an Ratz in Neuendettelsau vom 23.8.1940: "In Berlin muß ich in der gleichen Sache häufig sein."

<sup>110</sup> Vgl. Klee, "Euthanasie", S.285

<sup>111</sup> Nowak, Sterilisation, S.176

<sup>112</sup> Vgl. ebd.

Frick Schlaich mit, daß laut Auskunft des NS- Reichsinnenministerium das Verfahren auf Kranke beschränkt werden solle, bei denen jede Regung geistigen Lebens erloschen sei, "so daß es sich gewissermaßen nur noch um ein Vegetieren ohne Lebensinhalt handelt." Zwei Tage später jedoch mußte Frick korrigieren: "Gemeint sind die Pflinglinge, welche infolge von angeborener oder erworbener unheilbarer Geisteskrankheit nicht lebens-, arbeits- und gemeinschaftsfähig sind und darum dauernd verwahrt werden müssen."<sup>113</sup> Schlaich interpretiert aus einem Schreiben von Bodelschwings an ihn vom 30.9.1940 sogar, daß der Betheler Anstaltsleiter zu noch weiteren Zugeständnissen bereit war:

"Auch Pastor Fritz hat mit Bruder Frick vom CA zwar gegen die Euthanasie grundsätzlich protestiert, aber in der Erkenntnis der anfänglichen Aussichtslosigkeit dieses Kampfes sich zu dem Kompromiß genötigt gesehen, wenigstens anzustreben, daß der Kreis der zu Tötenden durch eine eindeutige Formulierung umschrieben würde, als z.B. daß nur die davon erfaßt würden, die ohne jede feststellbare Regung geistigen und seelischen Lebens dahinvegetierten. Pastor Fritz war offenbar urprünglich sogar zu der weitergehenden Formulierung bereit gewesen: 'Schwerkranke, die zu keiner geistigen Gemeinschaft und zu keiner Arbeit mehr fähig sind'."<sup>114</sup>

Schmuhl bewertet das Verhalten von Bodelschwingh anders. Er meint, daß für Bodelschwings Kompromißbereitschaft ausschlaggebend gewesen ist, daß Frick zu dieser Zeit bereits in Verhandlungen mit Reichsgesundheitsführer Conti stand und eine Duldung der Aktion durch die IM nicht mehr ausgeschlossen werden könne.<sup>115</sup>

So hieß es in einem Brief von Bodelschwingh an Landesbischof Wurm lediglich:

"Es scheint allerdings eine Einschränkung auf die schwächsten Patienten beabsichtigt zu sein. Wie weit das schon zur Auswirkung gekommen ist, vermag ich nicht zu übersehen."<sup>116</sup>

Auf keinen Fall wollte er aber so weit gehen wie Frick, der die Mitwirkung der IM zumindest an der Meldebogenaktion zugesichert hatte. Ende

<sup>113</sup> L. Schlaich: Lebensunwert? Kirche und Innere Mission Württembergs im Kampf gegen die Vernichtung "lebensunwerten" Lebens. Stuttgart 1947, S.36

<sup>114</sup> Brief Pfarrers Schlaich an Friedrich von Bodelschwingh (Neffe) vom 10.7.1963, HB 2/39-193,896, zitiert nach Klee, "Euthanasie", S.281

<sup>115</sup> Schmuhl, S.333

<sup>116</sup> Schreiben Bodelschwings an Wurm vom 7.10.1940, Landeskirchenerchiv (LKA) Stuttgart, Di.113.1 (dieses und die folgenden Zitate aus dem LKA sind zitiert bei Schmuhl, S.333ff)

September hatte er leichtsinnigerweise dem von Frick ausgehandelten Kompromiß zugestimmt, ohne ihn aber genau zu kennen.<sup>117</sup> In einem nicht abgeschickten Schreiben vom 28.9.1940 an den Innenminister Frick schilderte er die Informationen, die er vom Präsidenten der IM erhalten hatte. Er bat die Reichsregierung, die Krankenmorde nochmals zu überdenken, erklärte sich nach solch einer Prüfung aber zu Zugeständnissen bereit:

"Sollte die Reichsregierung sich nicht in der Lage sehen, eine andere Entscheidung, als sie anscheinend gegenwärtig getroffen ist, herbeizuführen, so müßten wir bei der Bitte stehen bleiben, uns von jeder Mitwirkung bei der Durchführung dieser Aktion zu entbinden. Einem ohne unser Zutun erfolgenden Eingriff des Staates werden wir uns selbstverständlich fügen."<sup>118</sup>

Dieses Verhalten deutet zwar auf eine Bereitschaft hin, die Aktion zu dulden, schließt aber ein Ausfüllen der Meldebögen, wie es Frick zugesagt hatte, aus. Als von Bodelschwingh klar wurde, wie weitgehend die Zugeständnisse Fricks waren<sup>119</sup>, versuchte er eine Einschränkung der Äußerung Fricks zu erreichen:

"Wir können uns überhaupt an solcher Formulierung nicht unmittelbar beteiligen, weil man sich sonst darauf berufen kann, die Innere Mission habe der Maßnahme in diesem Umfange zugestimmt."<sup>120</sup>

Die Zugeständnisse Fricks wurden sofort von den Krankmordbevollmächtigten aufgegriffen. In einem Brief, der gleichzeitig als eine Antwort

<sup>117</sup> Schmuhi schließt das aus einer Formulierung Bodelschwinghs in seinem Schreiben an Wurm vom 7.10.1941

<sup>118</sup> HB 2/39-187.127

<sup>119</sup> Die Information, die Bodelschwingh über das Angebot von Frick erhielt, geht aus einer undatierten Aktennotiz hervor: "Pastor Frick hat seine grundsätzlichen Bedenken religiöser und theologischer Art gegen die gesamten Maßnahmen klar zum Ausdruck gebracht und aufrechterhalten. Da ihm aber mitgeteilt ist, daß das bisherige Verfahren geändert wurde und gegen jede Unsicherheit gesichert worden sei und auch noch weiter sichergestellt werden sollte, da ihm ferner gesagt wurde, daß das Verfahren auf die zu keiner geistigen Regung und keiner menschlichen Gemeinschaft mehr fähigen Personen beschränkt werden sollte, hat er sich unter der Voraussetzung der Durchführung dieser Zusage bereit erklärt, sich für die Beantwortung der Fragebogen einzusetzen." (HB 2/39-187.97, abgedruckt bei Klee, "Euthanasie", S.283)

<sup>120</sup> Bodelschwinghs Antwort auf Schlaichs Bedenken zitiert nach ebd.

auf die Denkschrift Braunes zu verstehen ist, schrieb Dr. Conti an die Kirchenkanzlei der DEK, z.Hd. Herrn Dr. Werner:

"Der Präsident der Inneren Mission, Pastor Frick, der hier in der selben Angelegenheit selbst vorgesprochen hat, ist kürzlich durch meine Sachbearbeiter über die angeordneten Maßnahmen eingehend unterrichtet worden. Nachdem ihm eröffnet worden ist, daß die Maßnahmen einer Rechtsgrundlage nicht entbehren, hat Präsident Frick zugesichert, daß er die bei der Inneren Mission bestehenden und auf der unbegründeten Annahme einer Illegalen und unsachgemäßen Durchführung der Maßnahmen beruhenden Widerstände beseitigen werde. Ich bitte, Ihrerseits in demselben Sinn zu wirken [...]"<sup>121</sup>

Nachdem die "Euthanasiebevollmächtigten" die Aktion unvermindert fortsetzten, verstärkten sich die Bedenken Bodelschwinghs gegenüber den Zugeständnissen Fricks:

"Zu meinem Kummer hat sich Pastor Frick in einer Besprechung mit Ministerialrat Linden unter bestimmten Voraussetzungen zu einer Zusage bewegen lassen, daß er sich für die Ausfüllung der Fragebogen einsetzen würde. Von den ihm versprochenen Einschränkungen der Maßnahme ist aber bisher nichts deutlich sichtbar geworden. Der einzige Fortschritt ist der, daß man sich bereit erklärt hat, Einsprüche gegen die Transportlisten zu prüfen. (...) In Bezug auf die Fragebogen habe ich immer die Meinung vertreten, die Sie andeuten. Wir haben bisher keinen einzigen ausgefüllt. Aber der Druck, den man auf uns auszuüben sucht, wird stärker."<sup>122</sup>

Zusammen mit dem Landesbischof von Hannover Marahrens und Hymmen gelang es, Frick zur Zurücknahme seiner Zugeständnisse zu bewegen. In einem Brief von Bodelschwingh an Wurm vom 13.11.1940 heißt es:

"Daß die Maßnahme leider nicht eingestellt ist, werden Sie inzwischen an dem vor 8 Tagen in Stetten erfolgten Eingriff gemerkt haben. In Hannover wurde verabredet, daß der Betreffende seine Stellungnahme durch eine schriftliche Erklärung revokiert, deren Text ist gemeinsam festgestellt worden."<sup>123</sup>

Am 14.11. schrieb von Bodelschwingh an Marahrens:

<sup>121</sup> Ebd.

<sup>122</sup> Schreiben von Bodelschwinghs an Wurm, 24.10.1940, LKA Stuttgart, D1, 113.1

<sup>123</sup> LKA Stuttgart, D1,113.1

"Am Sonnabend hatte ich in Berlin zu tun und benutzte die Gelegenheit, Herrn D. Hymmen über das hannoversche Gespräch zu unterrichten. Ich habe ihm auch den von D. Ohl stammenden Entwurf des Schreibens vorgelegt, das nach unserer Verabredung Pastor Frick an die betreffende Stelle richten sollte. Dieser hat sich inzwischen damit einverstanden erklärt und ich hoffe, daß die Abschrift dieses Schreibens Ihnen am Montag vorgelegt werden kann." 124

In der Auseinandersetzung um das Verhalten Fricks wird deutlich, daß auch von Bodelschwingh nicht sicher war, was das erfolgsversprechendste Verhalten gegenüber der "Euthanasiezentrale" in der Tiergartenstraße 4 (T4) war. Zwar bestand nach wie vor die prinzipielle Ablehnung gegenüber den Krankenmorden, aber unter rechtlich gesicherten Rahmenbedingungen wäre man auch in den von Bodelschwinghschen Anstalten bereit gewesen, den Abtransport und die Ermordung eigener PatientInnen zu erdulden.

Ausdruck dieser Verhaltensunsicherheit und Kompromißbereitschaft war letztlich auch die Tatsache, daß die von Bodelschwinghschen Anstalten bereit waren, ihre jüdischen PatientInnen den Mördern auszuliefern.

Am 5. September erhielt Bethel durch den Regierungspräsidenten in Minden ein Schreiben des RMI vom 30.8.1940. Dieses enthielt die Aufforderung, die jüdischen Anstaltsinsassen für eine Verlegung am 26. oder 27.9. 1940 bereitzuhalten.

Damit wurde der Runderlaß des RMI vom 30.4.1940 umgesetzt, wonach jüdische Geistesranke in einzelnen Anstalten konzentriert werden sollten. 125 Den von Bodelschwinghschen Anstalten muß klar gewesen sein, daß die Verlegungsanordnung nur ein Transport in eine Tötungsanstalt sein konnte. Andere evangelische Anstalten, wie Neuendettelsau, bekamen ähnliche Verlegungsanordnungen, von denen Bethel informiert sein mußte. Gerade Bethel und Neuendettelsau standen Anfang September in einem engen Kontakt zueinander. 126 Außerdem konnte durch die Tatsache, daß die jüdischen PatientInnen nur eine Garnitur Wäsche mitnehmen sollten, die Tarnung der Nationalsozialisten leicht durchschaut werden.

Bethel bemühte sich für die 13 noch in Bethel wohnenden jüdischen Patienten andere Unterkunftsmöglichkeiten zu finden. Die Angehörigen, bzw. Vormünder wurden von den bevorstehenden Verlegungen in Kenntnis gesetzt und gebeten, gegebenenfalls anderweitige Quartiere zu organisieren.

124 HB 2/39-187.155

125 Vgl. dazu Schmuhl, S.215

126 Ein Tag bevor der Verlegungsbefehl in Neuendettelsau eintraf, waren der Leiter der Anstalt Ratz und der Chefarzt Dr. Bock noch in Bethel (Bericht in Klee, "Euthanasie", S.244f)

Versuche, über das Wohlfahrtsamt der jüdischen Kultusgemeinde in Bielefeld die PatientInnen eventuell in eine jüdische Anstalt zu verlegen, blieben erfolglos. Am 16.9.40 teilte die jüdische Kultusgemeinde mit, daß es keine Möglichkeit geben würde, die Kranken anderweitig unterzubringen.

Bis zur Verlegung in die Anstalt in Wunstorf, die als Sammelaanstalt für Hannover und Westfalen vorgesehen war, wurden noch fünf jüdische PatientInnen von ihren Angehörigen abgeholt oder anderweitig untergebracht. Von den acht PatientInnen, die von Bethel nach Wunstorf ausgeliefert wurden konnte eine, Johanna Lohn aus Telgte, noch aus Wunstorf von Bekannten gerettet werden. 127

Das Schicksal der sieben PatientInnen ist in der Zwischenzeit weitgehend aufgeklärt worden. Wir können davon ausgehen, daß sie am 27.9.1940 mit 151 anderen jüdischen PatientInnen aus 25 psychiatrischen Anstalten an die Gemeinnützige Krankentransportgesellschaft (Gekrat) der "Euthanasiezentrale" übergeben wurden und in Eisenbahnwagons abtransportiert wurden. Das Schicksal eines Patienten ist aufgrund eines "Wiedergutmachungsprozesses" näher bekannt.

Dr. Heinrich Jansen wurde am 7.6.1932 wegen einer schizophrenen Erkrankung nach Bethel eingeliefert und mit den sechs anderen jüdischen Patienten am 21.9.1940 (6 Tage vor dem Abtransport aus der Sammelaanstalt!) nach Wunstorf verlegt. Sein Vormund Dr. Gustav Jäger, der selbst später in Theresienstadt ermordet wurde, teilte der Anstalt in Bethel im März 1941 mit, daß sein Miindel am 2.2.1941 in der Nervenheilanstalt in Chelm /Post Lublin in Westpreußen "an Ruhr" verstorben sei. 128

In der Zwischenzeit ist sicher, daß es sich bei der Adresse in Chelm nur um eine Tarnanschrift handelte. Eine Anstalt Chelm existierte nur auf dem Papier. Alle Indizien sprechen dafür, daß die sieben Betheler PatientInnen mit denen aus Westfalen und Hannover in dem alten Zuchthaus Brandenburg vergast wurden. 129

Die vom RMI angeordnete Verlegung der jüdischen PatientInnen erfüllt wohl eher unabsichtlich die Funktion, den Widerstand der von Bodelschwinghschen Anstalten zu brechen. Bethel war zwar bereit, sogenannten

127 Über die Verlegung der jüdischen PatientInnen, siehe Hochmuth, S.34f, Schmuhl, S.337 und Der Ring 9/1989

128 Der Fall wurde anhand des "Wiedergutmachungsantrages" der Mutter des Ermordeten Frieda Jansen rekonstruiert. Vgl. M. Mignier, J. Meynert, F. Schäfer: Antisemitisch Verfolgte registriert in Bielefeld. Eine Dokumentation jüdischer Einzelschicksale. Bielefeld 1985, S 104

129 Vgl. Teppa, Massenmord, S.21f

"Halbjuden" zu helfen.<sup>130</sup> aber bei Personen mit jüdischer Religion verfolgten die Mitarbeiterinnen der von Bodelschwingschen Anstalten das Prinzip des Nichtsehenwollens.

Der latente Antisemitismus des deutschnationalen Protestantismus mag ein Grund dafür gewesen sein, daß man in Bethel nicht bereit war, für die jüdischen Patienten den gleichen Einsatz zu bringen wie für die nicht-jüdischen. Ausdruck dieser Haltung ist die Äußerung von Pastor Dietrich aus Eckardsheim, der meinte, daß man "arischen" PatientInnen nicht zumuten könne, mit jüdischen PatientInnen zusammengelegt zu sein.<sup>131</sup>

Zurecht läßt sich sagen, daß die erste Etappe der systematischen Ermordung der Juden der Mord an den jüdischen Anstaltsinsassen gewesen ist. Es gab keine offiziellen Proteste Bethels.

Während die Verlegung der jüdischen PatientInnen als Ausdruck für das Maß der Zugeständnisse Bodelschwings und seiner Unsicherheit über das weitere Vorgehen gewertet werden kann, könnte ein anderes Ereignis als Ausdruck für die Verhaltensunsicherheit der T4-Zentrale gewertet werden.

In der Nacht vom 18. zum 19. September wurde Bethel um Mitternacht von einem einzelnen Flugzeug bombardiert. Elf Kind und eine Diakonisse kamen dabei ums Leben. Ernst Klee führt Indizien dafür an, daß der Angriff nicht von einem englischen Flugzeug ausgeführt wurde, sondern von der Gestapo verübt wurde.<sup>132</sup> Auch das Haus Braunes wurde am Tag seiner Entlassung aus Gestapohaft von einem einzelnen Flugzeug bombardiert.<sup>133</sup>

Unabhängig von der Frage, von wem die Bombenangriffe verübt wurden, spielt der Bombenangriff auf Bethel eine wichtige Rolle in der Phase im September/Oktober 1940, als sowohl die von Bodelschwingschen Anstalten als auch die T4-Zentrale die Strategie für das weitere Vorgehen entwickelten.

<sup>130</sup> Vgl. J. Ch. Kaiser: Protestantismus, Diakonie und Judenfrage, 1933 bis 1941. In: Vierteljahresshette für Zeitgeschichte, H.4, (1989); M. Hellmann: Gemeinsames Wirken von Fritz von Bodelschwing und Paul Gerhard Braune für "Judenchristen". In: Der Ring 4/1990, S.16-18

<sup>131</sup> Die quellenmäßigen Belege für das Verhalten Dietrichs existieren, sind aber bisher aus (un-)erklärlichen Gründen noch nicht veröffentlicht. Die obengenannte Angabe stammt aus einem Gespräch mit einem Zeitzeugen.

<sup>132</sup> Klee, "Euthanasie", S.255; Auf den Problembereich Bombenangriff will ich an dieser Stelle nur kurz eingehen. Pro- und Contraargumente für diese Theorie halten sich die Waage und müßten ausführlicher erörtert werden. Siehe den Versuch von B. Küppers: Chronik einer Lüge. In: Stadtblatt 39/1990, S.5

<sup>133</sup> Vgl. B. Braune, Hoffnung, S.80,87

Als erstes griff Landesbischof Wurm den Bombenangriff auf Bethel auf, um ihn gegen die Krankenmorde ins Felde zu führen. Er meinte, daß man nicht einerseits den "Betheler Kindermord" den Engländern anlasten könne, wie dies durch die Reichspresse ausführlich praktiziert wurde, um andererseits selber den behinderten Kindern die Lebensberechtigung abzusprechen:

"Der englische Fliegerangriff wurde mit dem bethlehemitischen Kindermord verglichen. An demselben Tag wurden aus der württembergischen Heilanstalt Stetten eine ganze Anzahl von Pflinglingen zu dem bekannten Zweck abgeholt. Und der Vorsteher einer der Bodelschwingschen Tochteranstalten, der sich aus persönlicher und beruflicher Verpflichtung für ein von der nationalsozialistischen Presse gepriesenes Werk der Barmherzigkeit an unglücklichen Volksgenossen eingesetzt hat, befindet sich in Haft."<sup>134</sup>

Von Bodelschwing selbst griff am 28.9.1940 in einem Brief an den Regierungspräsidenten von Oeynhausen den Bombenangriff auf:

"Im Zusammenhang mit dem Fliegerangriff auf Bethel ist auch mein Name in der ganzen Welt genannt worden. Alle Zeitungen haben von Bethel als Stadt der Barmherzigkeit gesprochen. Gegen den "Kindermord" von Bethel wurde mit den stärksten Worten protestiert. Ich habe auf Veranlassung des Reichspropagandaministeriums meinen Schmerz über das hier Geschehene auch den Vertretern der ausländischen Presse gegenüber ausgedrückt. (...) Sie werden verstehen, daß dadurch für mich im Blick auf die uns beschäftigende Frage eine fast unerträgliche Spannung entstanden ist. Soll ich die Tat der Engländer verurteilen und kurz darauf meine Hand reichen zu einem "Kindermord" in Bethel weit größeren Umfangs?"<sup>135</sup>

Der Bombenanriff rückte Bethel noch stärker in die Perspektive der Auseinandersetzung um die Krankenmorde. Der Widerspruch zwischen den Mitleidsbekundigungen von NS-Größen anlässlich der Bombenabwürfe und der Fortsetzung der Krankenmorde mußte nicht nur den MitarbeiterInnen der von Bodelschwingschen Anstalten wie Hohn erscheinen.

Die Verantwortlichen in der T4-Zentrale ließen keine Zweifel daran, daß auch die von Bodelschwingschen Anstalten von der Aktion der Krankenmorde erfaßt werden würden.

Diese Gewißheit führte bei der Leitung Bethels dazu, einen Strategiewechsel vorzunehmen. Während die Strategie in den ersten drei Phasen darauf gerichtet war, die Aktion als Ganzes zu stoppen oder in geordnete Bahnen zu lenken, konzentrierte man sich in Bethel in der vierten Phase darauf, wenigstens einen großen Teil der eigenen Anstaltsinsassen zu retten.

<sup>134</sup> In Hase, Evangelische Dokumente, S.95

<sup>135</sup> FB 2/39-187, 132

#### 5.4.) Konzentration auf die Rettung der Betheler Anstaltsinsassen

Aus einem Schreiben vom 21.12.1940 läßt sich die Einschätzung der Lage aus Betheler Sicht entnehmen, nachdem es nicht gelungen war, durch Interventionen bei den NS-Verantwortlichen und eigene Zugeständnisse die Krankenmorde zu stoppen.

In dem Schreiben des Westfälischen Provinzialverbandes für die Innere Mission, dessen Vorsitzender von Bodelschwingh ist, an das Evangelische Konsistorium in Münster heißt es:

"Nachdem die genannten Massregeln früher vorwiegend im Osten und Süden Deutschlands sich ausgewirkt haben, besteht die begründete Befürchtung, dass sie jetzt auch auf Westfalen ausgedehnt werden.

Die westf. Heil- und Pflegeanstalten hatten schon vor Monaten die Fragebogen erhalten. Nachdem ihre Ausfüllung abgelehnt worden war unter Hinweis auf die bekannt gewordene Absicht, aufgrund dieser Fragebogen viele Kranken zu beseitigen, hat man auf ihre Ausfüllung vorläufig verzichtet. Die westf. Heil- und Pflegeanstalten erwarteten besonders nach dem Fliegerangriff auf Bethel und angesichts der allgemeinen öffentlichen und auch von Regierungsteilen ausgesprochenen Entrüstung über die Tötung der Kranken durch die Fliegerbomben, dass man endgültig von staatlichen Massnahmen zur Beseitigung solcher Kranken absehen würde. Das ist aber nicht der Fall, und man hat damit zu rechnen, dass jetzt auch aus staatlichen und kirchlichen Heil- und Pflegeanstalten Westfalens zahlreiche Kranke gewaltsam beseitigt werden sollen."<sup>136</sup>

Die Anstaltsleitung konnte sicher davon ausgehen, daß aufgrund der Weigerung, die Meldebögen auszufüllen, eine staatliche Ärztekommision die Einkategorisierung der PatientInnen vornehmen würde. Diese Einkategorisierung war dann die Grundlage, auf der PatientInnen aus den Heil- und Pflegeanstalten über Zwischenanstalten in die Tötungsanstalten nach Hadamar, Grafeneck, Brandenburg und anderswo verlegt wurden.

Die leitenden Mitarbeiter der von Bodelschwinghschen Anstalten waren darüber informiert, wie dieses Verfahren in Neuendettelsau und in Stetten durchgeführt wurde.<sup>137</sup>

An diesem Punkt entschieden sich die leitenden Mitarbeiter der von Bodelschwinghschen Anstalten, sich nicht unvorbereitet den Entscheidungen auszusetzen. Der neue leitende Arzt von Bethel, Dr. Gerhard Schorsch,

<sup>136</sup> HB 2/39-187,182f (Ganzes Dokument: 2/39-187,179-183)

<sup>137</sup> Die Informationen über Stetten erhielt von Bodelschwingh u.a. durch ein Schreiben von Frick vom 22.11.1940 (HB 2/39-187,164) durch einen Brief von Noll aus Kaiserwerth vom 23.11.1940 (HB 2/39-187,165) und durch den Anstaltsleiter von Stetten Schlösch persönlich in einem Brief vom 26.11.1940 (HB 2/39-187,166)

hatte bei seinen Nachforschungen erfahren, daß dort, wo sich die Anstalten geweigert hatten, ihre PatientInnen durch das Ausfüllen der Meldebögen aktiv den Mördern auszuliefern, die "Euthanasie"-Ärzte PatientInnen willlos herausgegriffen hatten. In Alt-Scherbitz zum Beispiel seien auch PatientInnen ausgewählt worden, die nicht unter die NS-Kriterien der Krankenmordaktion gefallen wären.<sup>138</sup>

Aufgrund dieser Erfahrungen entwickelte Schorsch in Abstimmung mit Bodelschwingh ein System von Vorkategorisierungen der PatientInnen, das sich im Groben an den Kategorien der NS-Gutachtern orientierte.

Nach eigenen Angaben verfolgte Schorsch damit zwei Ziele:

- 1.) Man hoffte, Zeit zu gewinnen, um nach Ende des Krieges die Aktion zum Erliegen zu bekommen.
- 2.) Zugleich wollte man durch das eigene Klassifizierungssystem nachweisen, daß unter die NS-Kriterien nur sehr wenige PatientInnen fallen würden und der Aufwand in keinem Zusammenhang mit dem "Nutzen" stünde.<sup>139</sup>

Zu diesem Zeitpunkt entschieden sich die von Bodelschwinghschen Anstalten für eine begrenzte Zusammenarbeit mit den Mördern und verzichteten darauf, zu öffentlichen Protesten gegen die Krankenmordaktion überzugehen.

Die Strategie des öffentlichen Protestes wurde von Pastor Ernst Wilm aus Mennighüffen praktiziert. Er distanzierte sich deutlich von der Strategie der Bethelverantwortlichen und plädierte statt dessen dafür, die Krankenmorde öffentlich anzuprangern. In einem "Referat über die Stellungnahme der Kirche zur Tötung der 'unheilbar' Kranken" vor der Vertrauensmännerversammlung der westfälischen Bekennenden Kirche im Winter 1940/41 forderte er, daß die Kirche das Unrecht beim Namen nennen und öffentlich gegen die Morde Einspruch erheben müsse. Silvester 1940/41 wandte er sich in einer Predigt an seine Gemeinde und machte auch hier die Krankenmorde öffentlich bekannt. Den von Bodelschwinghschen Anstalten, in denen er seine Ausbildungszeit absolviert hatte, bot er an, gefährdete PatientInnen in seiner Gemeinde aufzunehmen.<sup>140</sup>

<sup>138</sup> Vgl. Interview mit Gerhard Schorsch in: Der Ring 10/1983, S. 7ff

<sup>139</sup> Vgl. Hellmann, Friedrich von Bodelschwingh, 166f. Die Angaben machte Schorsch erst in den 80er Jahren und sind meiner Meinung nach mit gewisser Vorsicht zu genießen. Inwiefern wirklich diese Strategie geplant war, läßt sich aus den Quellen nicht erschließen.

<sup>140</sup> Interview M. Hellmann mit Ernst Wilm, vgl. Hellmann, Friedrich von Bodelschwingh, S.168

Dieses Angebot wurde von Bodelschwingh abgelehnt, der sich durch verzögernde Zusammenarbeit mit der T4 Zentrale mehr versprach als von öffentlichem Protest und Widerstand.<sup>141</sup> So waren auch die führenden Leute der Inneren Mission auf einem Treffen am 3.12.1940 in Berlin nicht in der Lage, ein einheitliches Vorgehen der evangelischen Anstalten zu finden.<sup>142</sup> Statt eines geschlossenen Widerstandes der der Inneren Mission angeschlossenen Anstalten vollzogen die von Bodelschwinghschen Anstalten jetzt eine Strategie, der keine andere Anstalt folgte.

Der leitende Arzt sollte in Zusammenarbeit mit seinen KollegInnen die betroffenen 3000 Kranken in bestimmte Kategorien einteilen. Diese Vorarbeiten sollten bis Ende Januar 1941 abgeschlossen sein. Dann würde eine Ärztekommision in Bethel eintreffen, die die Selektion der PatientInnen vornehmen würde. Über das einzelne Vorgehen hatte die T4-Zentrale den Regierungspräsidenten Oeynhausens informiert, der dies in einem Gespräch am 10.12.1940 von Bodelschwingh mitteilte. In den stenographischen Aufzeichnungen von Bodelschwinghs über dieses Gespräch heißt es:

"Bisher hat man sich das Verfahren in Berlin so gedacht: Unsere Vorarbeit bis Ende Januar. Dann die Arbeit der Kommission, die einige Wochen (?) dauern würde. Dann Prüfung der Fotokopien an drei Stellen. Im April oder Mai Verlegung der Kranken in eine zweite Anstalt für drei Monate. Dies sei eine recht anständige Anstalt (...). Die Kranken könnten ihr ganzes Gepäck und was sie sonst gern hätten, dorthin mitnehmen, als wenn sie einen Ausflug machten! Erst dann Überführung in die Endanstalt. Dort erfolgt die Tötung in 20 Sekunden ohne Krampf."<sup>143</sup>

Ferner wies man Bodelschwingh darauf hin, daß ein Gesetz fertig sei, das strenger sein würde, als die jetzige dehnbare Ausführung. Ein Besuch Oeynhausens mit Hitlers Leibarzt Dr. Brandt in Bethel wurde angekündigt.

Die Vorgruppierung von Schorsch sah sieben Kategorien vor:

"I Vegetatives Dasein: Kontaktfähigkeit; keine geistigen Regungen, weitgehendes Fehlen von Sprachverständnis, Sprechfähigkeit und Ausdrucksverständnis (...) absolute dauernde Pflegebedürftigkeit."

<sup>141</sup> Über den Widerstand Wilms siehe auch: E. Wilms: So sind wir nun Botschafter, Bielefeld 1979; Nowak, "Euthanasie", S.152f; Klee, "Euthanasie", S.338f; Schmuhl, S.334f. An diesen Stellen auch Informationen über den Widerstand von Wilms Hilfsprediger Ulrich Dähne, dem Herforder Hilfsprediger Max Lackmann und von Pfarrer Friedrich Schwarze aus Bielefeld.

<sup>142</sup> Vgl. Aussage Oberkirchenrat Otto Seltz am 4.12.1947 im Grafeneckprozeß in Tübingen, zw. abgedruckt in Klee, "Euthanasie", S.288.

<sup>143</sup> HB 2/39 167, 173

"II Arbeitsunfähigkeit: Schizophrener Aktivitätsverlust: Unfähigkeit zum Überschauen eines Arbeitsganges infolge hochgradiger Demenz oder Imbezillität- aber auch infolge schwerer körperlicher Behinderung, evtl. bei normaler Psyche und Intelligenz."

III Mechanische Arbeitsleistungen

IV Hilfeleistungen in Haushalt, Küche, Garten

V Selbstständigere, brauchbare Leistungen

VI Gute selbständige Leistungen

VII Sehr gute Leistungen.<sup>144</sup>

In einem Brief an von Oeynhausens schrieb Schorsch, daß er sich von den Oberärzten eine Zusammenfassung über Erblichkeit, Beginn, Erscheinungsform der Krankheit geben lasse und dies in ein Krankenblatt eintragen würde:

"In Gegenwart des Abteilungsarztes und des zuständigen Pflegers untersuche ich dann jeden Kranken und füge mein Urteil über die Diagnose, Ausprägung und Leistungsfähigkeit, Charakterbeschaffenheit, soziale Wertigkeit und Einordnungsfähigkeit an."<sup>145</sup>

Es ist nicht zu übersehen, daß das Hauptkriterium der einzelnen Kategorien die Arbeitseffektivität und Leistungsfähigkeit der PatientInnen war. Dazu erklärte Schorsch 1983:

"Hinzu kam ein wichtiger Faktor, den wir so ins Spiel bringen wollten: Die Arbeitsfähigkeit der einzelnen Kranken. Wir wollten auch deutlich machen, daß die Kriterien, nach denen die Euthanasie-Kommission vorging, unsinnig war."

Folgende Erläuterungen gibt er zu den vorgenommenen Einteilungen und ihrer Handhabung:

"In Gruppe 1 wurden jene Patienten eingeordnet, die die allerschwersten Fälle waren. Wir hatten die Absicht und hofften es auch, alle Patienten zu retten, doch wenn es ganz schlimm gekommen wäre, hätten wir allenfalls um die Gruppe 1 und die allerschwersten Fälle der Gruppe 2 zu kämpfen brauchen."<sup>146</sup>

<sup>144</sup> nach einem Brief von Schorsch an von Oeynhausens, von dem eine Abschrift in der Unterlage des Bernburger Anstaltsleiter Eberl auftauchte, zitiert nach Klee "Euthanasie", S.322

<sup>145</sup> Ebd.

<sup>146</sup> Interview mit Gerhard Schorsch: Aktive Sabotage, in: Der Ring 10/1983, S.8

Hier stimmt die Aussage von Schorsch nicht mit den Quellen überein.<sup>147</sup> Nach einer Aufzeichnung Bodelschwings wurden mindestens auch die Patienten zwischen der Kategorie II und III als gefährdet eingeschätzt. Nach dieser Aufstellung Bodelschwings befanden sich in 42 Betheler Einrichtungen 446 PatientInnen in unmittelbarer Gefahr. Nach Schorsch's Vorkategorisierung fielen in die 1. Kategorie 37, in den Grenzbereich zwischen 1. und 2. Kategorie 5, in die 2. Kategorie 351 und in den Grenzbereich zwischen 2. und 3. Kategorie 30 PatientInnen.<sup>148</sup> Noch am 20.3.1941, also vier Wochen nach dem Besuch der Ärztekommision, äußerte von Bodelschwing in einem Vorbereitungspapier eines Gesprächs mit Brandt die sorgenvolle Frage, ob damit gerechnet werden kann, "daß die Gruppeneinteilung berücksichtigt wird, so daß man sich auf die erste und zweite Gruppe beschränkt?", also auf ungefähr 410 PatientInnen.<sup>149</sup>

Bei diesen PatientInnen mußte damit gerechnet werden, daß sie von der Ärztekommision verlegt und in einer Tötungsanstalt umgebracht werden würden.

Parallel zur Vorbereitung auf den Besuch der Ärztekommision versuchte von Bodelschwing, über Kanäle zu führenden Nationalsozialisten auf Reichs- und Gauebene<sup>150</sup> wenigstens für Bethel Zugeständnisse zu erkämpfen. In einem Brief an den Reichsmarschall Göring stand für von Bodelschwing nicht mehr das Stoppen der ganzen Aktion im Vordergrund, sondern es ging ihm darum, auf die besondere Situation Bethels aufmerksam zu machen. Nach einer Schilderung der Arbeit in Bethel erwähnte er, daß es eine wichtige Aufgabe sei, "die Lebenskraft und Leistungsfähigkeit der Leichtkranken zu erhalten und zugleich (sie an) erbbiologisch unerwünschte Fortpflanzung zu hindern." Er schrieb in diesem Brief vom 6.1.1941 weiter:

"Dieser in Jahrzehnten aufgebaute Organismus wird jetzt bedroht durch die Maßnahmen des Reichsinnenministeriums zur Ausmerzung 'lebenaunwerten Lebens'. Zwar sollen die Eingriffe neuerdings auf die Endzustände psychischen Verfalls eingeschränkt werden. Bestimmte Grenzen sind aber

<sup>147</sup> Die im Ring geführten Interviews mit Schorsch (10/1983) und mit der ehemaligen Mitarbeiterin von Jaspersen Gertrud Runge (10/1983) können nur mit größter Vorsicht genossen werden. Sie zeugen von einem sehr verklärten Bild der damaligen Zeit.

<sup>148</sup> HB 2/39-188, 204

<sup>149</sup> HB 2/39-188, 242

<sup>150</sup> Auf Gauebene wendet er sich an den Oberpräsidenten von Westfalen Meyer, dem er schreibt: "Und doch bitte ich Sie, sehr verehrter Herr Oberpräsident, mir zu glauben, was mich im tiefsten Grunde drückt, ist nicht die Sorge um unsere Kranken oder um unsere heutige Arbeit, sondern es ist die Angst, dass aus dieser Sache für Volk und Vaterland eine schwere Gefahr erwachsen könnte." (HB 2/39-187, 186)

bisher nicht gezogen. Es besteht die Gefahr, daß man auch geistig reizbare und gemeinschaftsfähige Epileptiker als 'unheilbar' bezeichnet, nur weil sie Krampfanfälle behalten. (...)

Darum bitte ich Sie, hochzuverehrender Herr Reichsmarschall, herzlich und dringend anzuordnen, daß künftig auch die arbeits- und kontaktfähigen Epileptischen von den planwirtschaftlichen Maßnahmen verschont bleiben. Dabei will ich nicht verschweigen, daß ich diese überhaupt auf das schmerzlichste bedauere und für ein Unglück ansehen muß!"<sup>151</sup>

Von Bodelschwing versprach sich relativ viel von seinem Brief an Göring. Erstens bestanden über den Vetter des Reichsmarschalls, dem Psychiater Göring, über den auch der Brief weitergeleitet wurde, bereits Kontakte und zweitens befand sich ein Bruder der Frau des Reichsmarschalls in Eckardtshausen, der "zweifelslos" ein Euthanasiefall war.<sup>152</sup> Die Hoffnungen erfüllen sich aber nicht. Göring, der nach der verlorenen Luftschlacht um England, sowieso schon an Einfluß verloren hatte, ließ am 29.1.1940 durch seinen Adjutanten Generalleutnant Bodenschatz antworten:

"Die angestellten Erkundigungen haben ergeben, dass Ihre Angaben teilweise ungenau, größtenteils unrichtig sind. Herr Reichsmarschall hat Herrn Dr. Brandt, gebeten, Ihnen die notwendigen Aufklärungen zu geben."<sup>153</sup>

Bodelschwings letzten Versuche, die Krankenmordaktion zu stoppen, blieben erfolglos. Entweder erhielt er klare Abfuhr wie von Göring, Linden und Brack, oder er bekam nur Zusagen, sich für eine moderatere Durchführung der Aktion einzusetzen, wie z.B. von Oeynhausen und Meyer. Personen, die die Bedenken von Bodelschwings teilten, verfügten nicht über genug Einfluß, die Aktion zum Stoppen zu bringen. Mit dem Tod von Justizminister Gürtner starb 1941 auch die letzte Hoffnung, über die bürgerlichen Kräfte in der Reichsregierung etwas zu verändern.

Im Februar rückte der Besuch der Ärztekommision in Bethel näher. Am 17.2.1941 traf vorab Dr. Schmalenbach ein, der im Auftrage des Reichsinnenministeriums die Arbeit der Ärztekommision vorbereiten sollte. Am gleichen Tag wurden die Hauseltern über das Vorhaben der zu erwartenden Ärztekommision von den Vorstehern der Mutterhäuser Sarepta und Nazareth informiert.

Von den Vorbereitungen auf die Ärztekommision informierte Bodelschwing von Oeynhausen, der ebenfalls nach Bielefeld gekommen war.

<sup>151</sup> HB 2/39-188, 189f

<sup>152</sup> Vgl. Aussage Heydes vom 16.11.1961, angegeben in Klee, "Euthanasie", S. 322

<sup>153</sup> HB 2/39-188, 190, als Original abgedruckt in Hochmuth, 21f

In einem Brief an den im "Hotel Kaiserhof" abgestiegenen Regierungspräsidenten betonte er, daß sich, wie sich Dr. Schmalenbach selbst überzeugen konnte, aufgrund der "Vorarbeiten" Bethels ein so großes Angebot "wissenschaftlicher Autoritäten" nicht nötig gewesen wäre.<sup>154</sup>

Die Arbeit Ärztekommision, die aus ungefähr 20 Personen bestand, begann am 19.2.1941.<sup>155</sup> Die Leitung hatte Professor Heyde. Zur Kommission gehörten unter anderem die Ärzte Baumhardt, Kihn, Lonauer, Mennecke, Pohlsch, Schumann, Straub, Ullrich, Wischer und der ehemalige Chefarzt von Bethel Carl Schneider an.

In einer Vorbesprechung erklärte Bodelschwingh im Beisein von Jaspersen und Schorsch der Ärztekommision, weswegen Bethel selbst nicht die Meldebögen ausfüllen konnte. Aus den stenographischen Notizen von Bodelschwinghs läßt sich seine Rede ungefähr rekonstruieren:<sup>156</sup>

"Nicht die Absicht, die Ursache Ihres Besuches zu kritisieren oder in eine Besprechung der grundsätzlichen Fragen, die hinter Ihrem Auftrag stehen, einzutreten. Vielleicht darf ich nur mit einigen Worten erklären, warum wir selbst keine Möglichkeit sehen, diese Arbeit Ihnen abzunehmen. Durch unsere christliche Überzeugung sind wir gebunden an den Dienst, der auch die Ärmsten unsers Volkes mitpflegt. Dieser Dienst ist ohne Schranken. Wir haben immer das Problem und die Lasten, die damit verbunden sind, gesehen und auf das stärkste empfunden. Es ist in Bethel nie einer sentimental Auffassung der harten Tatsache des scheinbar sinnlos gewordenen Lebens Raum gegeben worden. Wir sind auch der Meinung, daß die Kranken in der Kriegszeit mit an der Last und Not des Volkes teilnehmen sollen (und haben) (...) Aber bei einem weiteren Schritt aktiv mitzuhelfen, ist für uns gewissenmäßig nicht möglich. Um so schwerer, weil keine gesetzliche Grundlage da ist, Rechtsgrundlage aber nicht zugänglich"<sup>157</sup>

Nach den einleitenden Worten stellten von Bodelschwingh und Schorsch die Vorkategorisierung der PatientInnen vor und sprachen die Art der weiteren Arbeit mit der Kommission durch.

Am gleichen Tag noch führte von Bodelschwingh ein Gespräch mit dem Leibarzt Hitlers Brandt, der zufällig zur gleichen Zeit in Bethel eintraf.

<sup>154</sup> HB 2/39-188, 198

<sup>155</sup> Über die Größe der Kommission gibt es unterschiedliche Angaben: Hochmuth, S.21 berichtet von "18 Herren einer Ärztekommision", Klee, "Euthanasie", S.323 schreibt von "14 T4-Ärzte (zusätzlich sechs bis sieben Herren des Verwaltungsressorts und T4-Schreibkräfte) und nach Hellmann, Friedrich von Bodelschwingh, S.174 handelte es sich um 22 Personen, davon 18 Ärzten.

<sup>156</sup> Von den stenographischen Notizen existieren verschiedene Übertragungen (HB 2/39-188, 205f und 207)

<sup>157</sup> Von mir benutzte Übertragung HB 2/39-188, 205

wie die Ärztekommision.<sup>158</sup> Diese fehlende Abstimmung zwischen der T4-Zentrale und Brandt ist ein Hinweis auf die teilweise chaotische Koordination zwischen den NS-Stellen während der Krankenmordaktion. Die Argumente, mit denen von Bodelschwingh versuchte, Brandt und die Ärzte der Kommission für eine zurückhaltende Haltung gegenüber Bethel zu werben, lassen sich aus den Aufzeichnungen von Bodelschwingh schließen. Als grundsätzliche Bedenken führte er an, daß die "Euthanasie" christlichen Auffassungen widerspräche, keine rechtliche Grundlage für die Aktion bestünde und die Undurchsichtigkeit und Tarnung der Tötungen zu Verunsicherung und Ungewißheit in der Bevölkerung führen würde. Weiterhin wies er auf mögliche negative außenpolitische Wirkungen hin und plädierte dafür, daß auch geringe Arbeitsleistungen nicht unterbewertet werden dürften.

Neben diesen allgemeinen Bedenken brachte er noch speziell Bethel betreffende Argumente an. So wies er darauf hin, daß Bethel in eine große Gemeinde aus Erziehungsanstalten, öffentlichen Schulen, diakonischen Anstalten und anderen Institutionen eingebunden sei und aufgrund der Größe der gesamten Einrichtung alle Blicke auf Bethel gerichtet seien. Als weitere Gründe für ein zurückhaltende Haltung Bethel gegenüber erwähnte von Bodelschwingh die 1500 Privatpfleglinge aus verschiedenen Ländern, die guten Kontakte zum neutralen Ausland, sowie die Beziehungen der Anstaltsmitarbeiter zu öffentlichen Stellen, u.a. zu Bormann. Er betonte, daß Bethel, wie das gesamte Gebiet im Westen, im zweiten Kriegsjahr ganz besonders belastet sei und daß Verlegungen unweigerlich Auswirkungen auf die Kriegslazarette hätte, die in Bethel errichtet wurden. Besonderen Schutz verlangte er für die vielen Epileptiker und wies darauf hin, daß in Bethel die Arbeit und nicht die Arbeitstherapie im Vordergrund stände.

Von Bodelschwingh ließ keine Zweifel daran, daß durch das Einstellen der ganzen Aktion eine "ungeheure Last von dem Volke genommen" würde und betonte, daß der "vaterländische Dienst unter diesem Druck ganz unerträglich" sei.<sup>159</sup>

Die Einwände Bodelschwinghs beeinflussten die Aktion in keiner Weise. Die Arbeit der Kommission beschreibt der T4-Arzt Mennecke in einem Brief vom 19.2.1941 seiner Frau:

"Den kurzen Rest des Vormittags verbrachten wir damit, uns unter Leitung Dr. Schorsch die für uns im einzelnen durch Prof. Heyde und Herrn Brack

<sup>158</sup> Darauf weist hin, daß die Ärztekommision erst vom Besuch Brandts informiert werden mußte (HB 2/39-188,206)

<sup>159</sup> HB 2/39-188,212

zugewiesenen Häuser anzusehen. Ich arbeite mit Herrn Dr. Wischer, Chefarzt von Waldheim (S.a. zusammen...)

Jede Gruppe besteht aus 2 Herren und 2 dazugehörigen Damen. Ich habe von 15-19 Uhr mit Frä. Fischer insgesamt 22 Patienten verkartet einschließlich persönlicher Untersuchung. Das ist eine sehr gute Quote, die die meisten nicht erreicht haben.<sup>160</sup>

Aus der Sicht eines Patienten beschreibt Günter Richter seine in Augenscheinnahme durch die Ärztekommision:

"Mir klopfte unser Hausarzt auf die Schulter und sagte: 'Habe nur Mut und gib die richtigen Antworten.' Man fragte mich, wie es mir hier gefällt. Ich sagte: 'Gut'. Was ich vom Krieg und vom Dritten Reich hielt. Ich erwiderte: 'Darüber möchte ich schweigen.' Damit war meine Vorstellung am Ende. Andere Leidgenossen waren oft eine halbe Stunde drin."<sup>161</sup>

Bereits am 26.2.1941 hatte die Kommission ihre Arbeit beendet. Durch die Vorkategorisierung der Betheler Ärzte wurde nicht wie zuerst angenommen eine Zeitspanne von mehreren Wochen benötigt. Klee beurteilt die Vorarbeiten des Betheler Chefarztes als Unterstützung der Arbeit der Ärztekommision. Als Belege bringt Klee Äußerungen von Schorsch und dem leitenden Arzt der T4-Kommision Heyde.

Schorsch äußerte sich am 8.8.60 vor einem Frankfurter Gericht:

"Schon nach wenigen Tagen wurde mir von einem leitenden Arzt der Kommission, die in Bielefeld als 'Mordkommission' bezeichnet wurde, gesagt, man habe sich überzeugt, daß meine Gruppeneinteilung einwandfrei durchgeführt sei. Wahrscheinlich ist darin der Grund dafür zu suchen, daß die Kommission sehr viel früher abreiste, als ursprünglich vorgesehen war."<sup>162</sup>

Nach seiner ersten Verhaftung lobte Heyde 1947 die Vorarbeiten der von Bodelschwingschen Anstalten:

"(...) die dortigen Ärzte hatten aber beim Eintreffen der Erfassungskommision ihr Patienten bereits (...) eingestuft und zwar ersichtlich - wenn auch unausgesprochen - nach dem Gesichtspunkte, welche dieser Kranken unter die Aktion fallen könnten. Die Eingruppierung war sehr sorgfältig vorgenommen, so daß unsere Erfassungskommision nur in wenigen Fällen zu einem anderen Ergebnis gelangt ist."<sup>163</sup>

<sup>160</sup> H. Langbein: Wir haben es getan. Selbstporträts in Tagebüchern und Briefen, Wien u.a. 1964

<sup>161</sup> G. Richter: Ich habe dich zu mir gezogen. Bielefeld-Bethel 1979, S.14

<sup>162</sup> zitiert nach Klee, "Euthanasie", S.328

<sup>163</sup> Ebd.

Diese Belege lassen die These Klees, daß das frühe Abschließen der Arbeit der T4-Kommision auf die guten Betheler Vorarbeiten zurückzuführen ist, einleuchtend erscheinen. Diese These ist jedenfalls überzeugender als die Behauptung Hellmanns, daß ein Unbehagen der Kommissionsmitglieder in Bethel "Motor zu ihrer Eile" gewesen ist.<sup>164</sup>

Bevor die Ärztekommision Bethel verließ, fand noch eine Schlußbesprechung zwischen von Bodelschwingh, Schorsch auf der einen Seite und Brack und Heyde auf der anderen Seite statt. Von diesem Gespräch fertigte Bodelschwingh am 27.2.1941 eine Aktennotiz an:

"Das weitere Vorgehen denken sich die Berliner Herren so, daß die Prüfung der Fragebogen 'eine Reihe von Wochen' erfordert. Bei näherer Nachfrage wird von etwa einem Vierteljahr gesprochen. Dann würden uns zehn bis vierzehn Tage vor dem Termin die Transportlisten zugeschickt werden. In jedem Fall habe der leitende Arzt dann die Möglichkeit, bei einzelnen Namen Einspruch zu erheben... Dann würden die Kranken in eine Zwischenanstalt verlegt werden, wo der Aufenthalt wenigstens drei Wochen dauere. Über die Verlegung dorthin könnten wir den Angehörigen unter der Anstalt Nachricht geben.

Ich weise erneut auf unsere grundsätzliche Ablehnung der ganzen Sache hin, ebenso auf die schwere Gefährdung der allgemeinen Lage, wenn jetzt in Westfalen mit den Maßnahmen begonnen würde. Für Bethel spreche ich den Wunsch aus, daß irgendwelche Schritte zumindest nicht vor dem Herbst unternommen würden. Ich hoffe, daß bis dahin der Krieg und damit die Möglichkeit, das Verfahren auf der bisherigen Grundlage durchzuführen, beendet ist. Eine klare gesetzliche Regelung müsse, die jetzige, immer unerträglicher werdende Verschleierung beseitigen, die ein wesentlicher Grund der Beunruhigung und der Erschütterung des öffentlichen Vertrauens sei."<sup>165</sup>

Für die anderen Anstalten der Inneren Mission wurde ein ähnliches Vorgehen vereinbart und damit für die evangelischen Anstalten das Ausfüllen der Fragebögen durch einen Besuch von Ärztekommisionen ersetzt.

Professor Heyde erklärte sich darüber hinaus bereit, einzelne problematische Fälle nachprüfen zu lassen und gegebenenfalls eine Zurückstellung des betreffenden Kranken zu veranlassen.

<sup>164</sup> Hellmann, Friedrich von Bodelschwingh, S.176

<sup>165</sup> Quelle vollständig abgedruckt bei Klee, Dokumente, 191ff. Sie wird sowohl bei Hochmuth, S.21f. als auch bei Hellmann, Friedrich von Bodelschwingh, S.177 in verkürzter und entstellender Weise wiedergegeben. Schmuhl, S.339 stützt sich bei der Wiedergabe auf Klee, "Euthanasie", S.326. Bei beiden wird die wichtige Passage über die "grundsätzliche Ablehnung" unverständlichweise ausgelassen.

Von dem Besuch der Ärztekommision und von Professor Brandt in Bethel berichtete von Bodelschwingh am 28.2.1941 dem Regierungspräsidenten in Minden.<sup>166</sup>

Kurz nach dieser Besprechung gab es Pläne, die Angehörigen der gefährdeten Kranken und Behinderten zu informieren. In einem ersten, von Bodelschwingh danach überarbeiteten Entwurf heißt es:

"Infolge planwirtschaftlicher Maßnahmen der Regierung haben wir damit zu rechnen, daß in nächster Zeit Pfleglinge aus Bethel in andere Anstalten verlegt werden. Wann und in welchem Umfang das geschehen wird, wissen wir noch nicht, möchten aber die Angehörigen darauf hinweisen, daß es uns bei manchen unserer Patienten nicht mehr möglich sein wird, die vertraglichen Verpflichtungen weiterhin zu erfüllen."<sup>167</sup>

Inwiefern die Angehörigen wirklich informiert wurden, wie dies an verschiedener Stelle<sup>168</sup> behauptet wird, würde sich erst beweisen lassen, wenn ein wirklich verschickter Brief an die Angehörigen nachgewiesen werden könnte.

In einem Brief vom 15.3.1941 an Pastor Dietrich zeigt sich zwar eine Mutter eines in Eckardtsheim untergebrachten Jungen informiert, bezieht sich aber nicht auf ein Anschreiben der von Bodelschwinghschen Anstalten. In dem Schreiben heißt es:

"Quälend hat es mich verfolgt, ob ich denn gar nichts mehr für mein Kind tun kann, ob ich es diesem Schicksal überlassen muss?

Da kam mir der Gedanke, wenn er doch in den Händen derer sterben dürfte, die ihn mit so viel Liebe betreut haben."

Klar und eindeutig ist deshalb meine Bitte an Sie, verehrter Herr Pastor, - sollte meinem Jungen das Weiterleben abgesprochen werden, dann lassen Sie Sorge dafür tragen, dass er in Tannenwald (das entsprechende Haus in Eckardtsheim, S.K.) im Anfall hinüberschlummert, lassen Sie ihm irgend-etwas dafür geben. Ich weiß dann, dass die treuesten Hände bis zum letzten Atemzug über ihm gewacht haben. Wie sollte ich sonst je meines Lebens wieder froh werden können."<sup>169</sup>

In den von Bodelschwinghschen Anstalten mußte seit dem Besuch der Ärztekommision mit den Verlegungsbeehlen für die bedrohten Kranken gerechnet werden. Von Bodelschwingh versuchte den Kontakt, den er im

<sup>166</sup> Vgl. Gesprächsaufzeichnungen von Bodelschwinghs vom 28.2.1941 (HB 2/39-188, 224)

<sup>167</sup> HB 2/39-188, 208

<sup>168</sup> z.B. Klee, "Euthanasie", S.326 und Hochmuth, S.23

<sup>169</sup> HB 2/39-188, 239, auch zitiert bei Klee, "Euthanasie", S.326

Februar zu Heyde und Brandt hergestellt hat, dafür zu benutzen, die drohenden Krankenverlegungen herauszuzögern und die Bedenken der von Bodelschwinghschen Anstalten wach zu halten.

In einem Schreiben vom 15.3.1941 wandte sich von Bodelschwingh an Heyde um sein Bedauern über den Tod einer Frau aus der Anstalt Arnsdorf zum Ausdruck zu bringen. Die Verlegung von Elisabeth P. in eine Tötungsanstalt hatte er Heyde schon während der Anwesenheit der Ärztekommision vorgetragen und von ihm die Zusicherung bekommen, diesem Fall nachzugehen. Aber Nachprüfungen kamen zu spät. Bereits am 26.2.1941 war Elisabeth P. in Bernburg ermordet worden.

In dem an Heyde gerichteten Brief betonte von Bodelschwingh, daß er mit dem Vortragen dieses Falles ausdrücklich dem Wunsch von Heyde entsprach, über einzelne Fälle persönlich informiert zu werden.<sup>170</sup>

Am 31.3.1941 fand ein weiterer Besuch von Brandt in Bethel statt. Er wurde begleitet von "anderen Herren", vermutlich u.a. dem "Euthanasiebevollmächtigten" Reichsleiter Bouhler.<sup>171</sup> Gemeinsam wurde das Haus Patmos besichtigt, in dem Bodelschwingh Hauspastor war und das für mehrfach schwerstbehinderte Kinder vorgesehen war.

<sup>170</sup> HB 2/39-188, 226 Der Briefverkehr zwischen von Bodelschwingh und der Veratorbenen unter HB 2/39-188, 229-237. Die These von Schmuhl, S.339, daß sich von Bodelschwingh bei Heyde darüber beschwert, "daß trotz der Zusage, die Begutachtung fortab sorgfältiger durchzuführen, die Erfassung und Verlegung von Anstaltsinsassen unverändert fortgesetzt wurde", ist falsch. Der sehr moderate Brief von Bodelschwinghs bringt lediglich in dem Fall von Elisabeth P. einen Hinweis, daß die Zeitspanne zwischen dem Abtransport aus der Anstalt und dem Tod der Patientin zu kurz gewesen sein könnte, um den Fall wirklich nachzuprüfen.

<sup>171</sup> Das Bouhler an dem Besuch teilnahm geht aus der Schilderung des Bodelschwingh-Biographen W. Brandt, Friedrich von Bodelschwingh, S.208 hervor, der schreibt: "Am 31. März kamen Brandt, Bouhler und einige Herren aus ihrem Stabe zu einer Besichtigung nach Bethel." Die Aufzeichnung W. Brandts müssen aus meiner Sicht wegen vielen Fehlern in der Darstellung und einem geringen Quellenbezug mit äußerster Vorsicht betrachtet werden. Da aber Bodelschwingh in einem Brief vom 23.5.1941 an Brandt, Bouhler seinen Dank für den Besuch in Bethel ausdrücken ließ, kann davon ausgegangen werden, daß der Besuch Bouhler wirklich zusammen mit Brandt am 31.3.1941 stattgefunden hat.

In der Nacht nach dem Besuch kam es zu einem weiteren schweren Bombenabwurf auf Bethel, bei dem 10 Menschen ums Leben kamen.<sup>172</sup>

Das Verhältnis von Brandt und Bodelschwingh schien sich aufgrund der Besuche positiv gestaltet zu haben. Brandt war offensichtlich in der Zeit nach dem Besuch der Ärztekommision die große Hoffnung Bodelschwinghs gewesen. Er unternahm alles, um Brandt und andere "Euthanasieverantwortliche" nicht zu verärgern.

In einem Brief vom 23.5.1941 entschuldigt er sich bei Brandt für Versuche seines Bruders Gustav von Bodelschwingh, über verschiedene Kanäle gegen die Krankenmorde zu protestieren:

"Nachdem durch Ihre Besuche eine vertrauensvolle Besprechung der uns gemeinsam bewegenden Fragen in die Wege geleitet war, lag es mir doppelt am Herzen, daß jeder Mißton vermieden werden möchte. Als solcher ist offenbar manche Ausführung meines Bruders empfunden worden. (...) Schon vor einigen Monaten habe ich ihn gebeten, von weiteren Schritten in der Krankensache abzusehen, um die hiesigen Verhandlungen nicht zu stören. Ich bedaure, daß er diesen Wunsch nicht erfüllt und statt dessen die Herren so stürmisch bedrängt hat."<sup>173</sup>

Ein weiteres Mal wandte sich Bodelschwingh am 28.8.1941 an Brandt. Nachdem er auf die neue Situation durch den Krieg gegen die Sowjetunion einging, wies er auf Probleme Bethels im Bereich der Papierversorgung für die christlichen Zeitungen, der Auflösung kirchlicher Tagesstätten zugunsten der Nationalsozialistischen Volkswohlfahrt (NSV) und der Gemeindepflegestationen hin. Danach kam er nochmals auf die "Euthanasie" zu sprechen:

"Ich bin dankbar, daß das Verfahren durch Einschub der Zwischenanstalten und Ausschaltung einzelner Gruppen vorsichtiger geworden ist. Aber meine grundsätzlichen Bedenken sind nur noch stärker geworden. Mögen noch so viele rationale Gründe dafür sprechen, so bleibt immer ein irrationaler Rest, der die Rechnung nicht aufgehen läßt, weil er mit dem göttlichen Urgrund alles Lebens und aller Geschichte zusammenhängt."<sup>174</sup>

<sup>172</sup> Vgl. die quellenmäßig nicht belegten kurzen Schilderungen bei Hochmuth, S.23, Nowak, "Euthanasie", S.150, Klee, "Euthanasie", S.339, Schmähl, S.339 und Hellmann, Friedrich von Bodelschwingh, S.178

<sup>173</sup> HB 2/39-188, 254. Interessanterweise wird dieser Brief von Hochmuth, die sonst recht ausführlich das Quellenmaterial wiedergibt, nicht erwähnt.

<sup>174</sup> HB 2/39-188, 268. Wenn man sich die Wiedergabe der Quelle bei Hochmuth, S.241 und Klee, "Euthanasie", S.339 betrachtet hat man den Eindruck, als wenn es sich um zwei verschiedene Briefe handeln müße.

Von Bodelschwingh konnte zu diesem Zeitpunkt noch nicht wissen, daß die "Euthanasieaktion" am 21.8.1941 offiziell eingestellt wurde. Aus außen-, aber auch innenpolitischen Gründen verfügte Hitler den sogenannten "Euthanasiestop". Sogenannt deswegen, weil zwar die Vergasungen in den Tötungsanstalten weitgehend eingestellt wurden, aber die Morde dezentral fortgeführt wurden. Darüberhinaus wurde die "Kinder-Euthanasie" jetzt auch auf Jugendliche und später sogar auf Erwachsene ausgedehnt.<sup>175</sup> Für die von Bodelschwinghschen Anstalten bedeutete dieser sogenannte "Euthanasiestop" eine Entlastung. Es entstand der Anschein, als wenn die PatientInnen der Anstalt nicht mehr durch die "Euthanasie" bedroht seien. Seit dem Besuch der Ärztekommision bis zum offiziellen "Euthanasiestop" Ende August 1941 hatte Bethel einige brenzlige Situationen zu überstehen.

Am 1. April 1941, also einen Tag nach dem Besuch von Brandt und Bouhler in Bethel und dem zweiten verheerenden Bombenangriff auf die Anstalten, ging bei Schorsch ein Anruf des Landesfürsorgeverbandes (L.F.V.), Münster, Abteilung für Geisteskranke ein, in dem noch für den gleichen Tag die Angabe gefordert wurde, wieviele Personen mit Gemeingefährlichkeit, völliger Hilflosigkeit und Pflegebedürftigkeit, häufigen und schweren Anfällen, sowie "fortpflanzungsgefährdete Erbkranke" in Bethel vorhanden seien.<sup>176</sup> Die Angaben wurden am folgenden Tag nach Münster durchgegeben. Es bestand aber keine direkte Gefahr, da keine Personenangaben gefordert wurden, sondern nur Gesamtzahlen.

Am 13.5.1941 bekamen auch Altersheime ärztliche Fragebogen "besonderen Inhalts" zugeschickt<sup>177</sup> und am 22.7.1941 ging ein Schreiben des schlesischen Provinzialverbandes ein, in dem die von Bodelschwinghschen Anstalten aufgefordert wurden, für die vom schlesischen Provinzialverband in Bethel untergebrachten Kranken, "50 Meldebogen I" auszufüllen und innerhalb von 14 Tagen an den Landesfürsorgeverband in Schlesien zurückzusenden.<sup>178</sup>

Mit Hinweis auf die Ärztekommision wurden die Meldebogen unausgefüllt wieder zurückgeschickt und darauf hingewiesen, daß durch den Besuch der Kommission "der Inhalt des dortigen Schreibens bereits anderweitig erledigt war."<sup>179</sup>

Die verschiedenen Ereignisse, die teilweise wie der letzte Fall auf fehlende Abstimmung innerhalb der T4-Zentrale zurückgeführt werden konnte, könnten aber auch Versuche gewesen sein, die MitarbeiterInnen Bethels einzuschüchtern.

<sup>175</sup> Zu diesem Bereich siehe Klee, "Euthanasie", S.379

<sup>176</sup> Vgl. "Dringliches Rundschreiben" von Schorsch vom 1.4.1941 (HB 2/39-188, 246)

<sup>177</sup> Hochmuth, S.24

<sup>178</sup> HB 2/39-188, 260

<sup>179</sup> HB 2/39-188, 261

So wurde im August 1941 der Diakon Peter Frank aus Eckardtsheim verhaftet. Wie im Fall Braune nannte man ihm keinen Grund für seine Verhaftung. Für ihn selbst bestand aber kein Zweifel, daß seine Verhaftung "im Zusammenhang mit dem Widerstand gegen staatliche Maßnahmen" stand.<sup>180</sup>

Während Bethel trotz dieser Bedrohungen von außen in der Zeit bis September 1941 keinen seiner PatientInnen abgeben mußte, wurde die Aktion in den Provinzialheilanstalten in Westfalen erbarmungslos umgesetzt. Zwischen Juli und August 1941 wurden 27 Krankentransporte mit insgesamt 2890 PatientInnen aus Westfalen in die Gaskammern von Hadamar geschickt.<sup>181</sup> Am 31.7.1941 vermerkte der für die Durchführung der "Euthanasieaktion" in Westfalen zuständige Landeshauptmann Kolbow: "die Aktion sei in Westfalen in flottem Fortschreiten und in etwa 2 bis 3 Wochen beendet."<sup>182</sup>

Die Erleichterung von Bodelschwings, daß Bethel vor dem offiziellen Ende der "Euthanasieaktion" nicht von Verlegungen betroffen war, ist verständlich. Sie führte aber nach dieser 4. Phase in der Auseinandersetzung zwischen den Euthanasieverantwortlichen und Bethel zu einer Blindheit bei Bodelschwing und anderen MitarbeiterInnen gegenüber der Tatsache, daß die Krankenmorde dezentral weitergeführt wurden.

Die geschilderte 4. Phase selbst war geprägt durch eine auf Bethel fixierte Abwehr der drohenden Krankenmorde. Spätestens seit dem vergeblichen Versuch auf der Konferenz der Anstaltsleiter der IM vom 3.13.1940 plädierte von Bodelschwing für eine dezentrale und flexible Abwehr der einzelnen Anstalten. Nowak weist zurecht daraufhin, daß von Bodelschwing hier in "vielleicht allzu problematischer Verallgemeinerung der ihm zur Verfügung stehenden Mittel" einen Kurs präferierte, der von anderen Anstalten der IM nicht gegangen werden konnte.<sup>183</sup>

Durch diese Haltung wurde nicht nur eine zentrale Eingabepolitik durch die Anstalten der Inneren Mission, sondern auch öffentliche Proteste blockiert. Auch wenn für die von Bodelschwingschen Anstalten die Strategie wenigstens in dieser vierten Phase erfolgreich war, so hätte doch vielleicht eine gemeinsame Strategie aller Anstalten nicht nur die Rettung für die Betheler Pfleglinge, sondern auch für die aus anderen Anstalten bedeutet. Als Gründe für dieses Verhalten von Bodelschwings lassen sich neben der Enttäuschung über die vergebliche Eingabepolitik in der dritten Phase, auch die Hoffnung, wenigstens für Bethel eine Sonderlösung zu erreichen, nennen.

<sup>180</sup> Peter Frank. In: Rudolf Hardt(Hg.): Unser Pastor Fritz, Bethel 1957, S.78ff. Frank wurde bereits im Oktober wieder freigelassen

<sup>181</sup> Dies ist Ergebnis der Forschungsgruppe des Provinzialverbandes Westfalen; Vgl. Teppe, S.22f

<sup>182</sup> Dokument abgedruckt in Teppe, S.21

<sup>183</sup> Nowak, Sterilisation, S.176

Diese besondere Lösung für Bethel wurde durch Bodelschwing in der dritten Phase noch strikt abgelehnt, erschien ihm aber wohl angesichts der immer bedrohlicheren Lage ab Ende 1940 als ein Gebot der Stunde. Nowak stellt fest, daß von Bodelschwing bei seinem Handeln durch eine theologische Entscheidung motiviert war. Er nahm sich vor, auch in seinen Gegnern während der Krankenmordaktion das Geschöpf Gottes zu sehen, dem man entschieden aber solidarisch entgegentreten müßte.<sup>184</sup> Wie besonders aus den Gesprächen mit Brandt zu ersehen ist, wollte er den Gegner durch die Kraft der eigenen Argumente überwinden. Daß er dabei aber auch in die Zusagen der "Euthanasieverantwortlichen" ein ungerechtfertigtes Vertrauen hatte, wirkte sich in der 5. Phase für einige PatientInnen tödlich aus.

<sup>184</sup> Ebd.

### 5.5.) Phase der Verlegungen aus Bethel während der "Wilden Euthanasie"<sup>185</sup>

Bereits kurze Zeit nach dem offiziellen Stop der "Euthanasieaktion" und der Entwarnung in Befehl gingen bei den von Bodelschwingschen Anstalten erste Hinweise auf eine dezentrale Fortsetzung der Morde ein. Sie wurden aber von Bodelschwingh zurückgewiesen.

Am 28.10.1941, knapp zwei Monate nach dem offiziellen Stop der Aktion, war von Bodelschwingh durch Pastor Jungblut aus der Zweiganstalt in Freistatt über besorgniserregende Nachrichten informiert worden. Ein Pfarrer aus Vilsen hatte Mitgliedern der Bekenntnisgemeinschaft Hannover mitgeteilt:

"Auch die angedeutete Euthanasie geht weiter. In Rothenburg ist der erste Transport abgeholt. (...) Auch an Bethel geht man heran."<sup>186</sup>

Aber von Bodelschwingh reagierte auf diese Nachricht ungläubig. Am 30.10. antwortete er Jungblut, daß das Durchdringen von offensichtlich falschen Informationen einen großen Schaden in Bethel anrichten würde:

"Jede Erwähnung von Bethel, vollends wenn sie, wie in diesem Fall, offensichtlich falsch ist, bedeutet eine Gefährdung unserer Arbeit. Was Rothenburg betrifft, so wird leider richtig sein, daß ein Transport von dort abgegangen ist."<sup>187</sup>

Es kann nur mit der großen Erleichterung von Bodelschwinghs über das Ende der direkten Bedrohung Bethels erklärt werden, daß er leichtfertig Warnungen über die dezentral fortgesetzte Ermordung, "Wilde Euthanasie" genannt, in den Wind schlug.

So berichtete am 23. Oktober 1941 der Alsterdorfer Pastor Lensch, daß der Landeshauptmann in Kiel seine in Bethel untergebrachten Kranken bis Ende 1941 wegnehmen wolle, obwohl seltsamerweise gerade Anstalten dieser Gegend geräumt werden würden.<sup>188</sup>

Außerdem war von Bodelschwingh darüber informiert, daß die Gekrat der alten "Euthanasiezentrale" am 22.10.1941 der Anstalt Wittekindshof bei Oeynhausen, den bevorstehenden Abtransport von 1330 Kranken mitgeteilt hatte, der ab dem 28.10.1941 in mehreren Transporten beginnen sollte.<sup>189</sup>

<sup>185</sup> Da das Quellenmaterial in Bethel zu dem Thema Krankenverlegungen äußerst spärlich ist und die Quellen, die vorhanden sind, von mir bisher noch nicht eingesehen wurden, orientiere ich mich bei der Darstellung dieses Themenkomplexes an Klee, "Euthanasie", S. 421-428

<sup>186</sup> zitiert nach Klee, "Euthanasie", S.421 (HB 2/33-279)

<sup>187</sup> Ebd. (HB 2/33-279)

<sup>188</sup> Ebd., S.422 (HB 2/39-198, 1432D)

<sup>189</sup> Ebd. (HB 2/39-198, 1444f)

Bodelschwingh mußte angesichts der Tatsache, daß der Provinzialverband Rheinland die seit dem Sommer in Bethel untergebrachten Patienten in rheinische Anstalten zurückholen wollte, beunruhigt sein.<sup>190</sup> Zusammen mit der Information, die er vom Dezernenten des Landeshauptmanns in Münster erhielt, daß etwa 10000 Kranke verlegt werden sollten,<sup>191</sup> hätte er nellhörig werden müssen.

Allein der Sarkasmus, daß mit diesen Verlegungen die Provinzialverbände ihre durch die Krankenmorde freigewordenen Betten wieder belegen wollten, hätte bei der Bethel-Leitung die Frage aufwerfen müssen, ob ihre Kranken in staatlichen Einrichtungen sicher waren.

Ab Ende 1941 trafen regelmäßig immer wieder Informationen über die Fortsetzung der Krankenmorde ein.

So informierte ein Jahr später, am 17.12.1942, Pastor Nell aus Düsseldorf-Kaiserswerth den Betheler Anstaltsleiter aufgrund von Informationen aus der Anstalt Johannisberg, daß die Aktion weiterging.<sup>192</sup>

Ein weiteres Jahr später, am 9.9.1943, informierte der Leiter der Anstalt in Alsterdorf, Pastor Lensch, der selbst einen Abtransport von 500 Pflinglingen durch die Gekrat angeordnet hatte, von Bodelschwingh über die Verlegungen aus Alsterdorf.<sup>193</sup>

Was den Bodelschwingh-Biograph Manfred Hellmann dazu veranlaßt hat, die Bedeutung der "Wilden Euthanasie" für die von Bodelschwingschen Anstalten herunterzuspielen, ist schwer zu verstehen. Er behauptet, daß Bodelschwingh von der Fortsetzung der Aktion nichts gewußt, aber vielleicht etwas geahnt haben könnte. Er kommt zu der Feststellung, daß die "Todeskommandos" Bethel verschonten.<sup>194</sup>

Die Behauptung, daß von Bodelschwingh von der Fortsetzung der Aktion nichts gewußt hatte und die Krankenverlegungen als nicht bedrohlich ansah, könnte nur dadurch entstanden sein, daß es Verlegungen von psychisch Kranken und geistig Behinderten nicht nur während der Krankenmordaktion gegeben hat.

<sup>190</sup> Ebd. (HB 2/39-197, 1364ff)

<sup>191</sup> Ebd., Brief an Pastor Burfeind in Rothenburg bei Hannover vom 13.10.1941 (HB 2/39-198, 1421f)

<sup>192</sup> HB 2/39-189, 303; Hier gibt Klee, "Euthanasie", S.424 eine falsche Quellenangabe. Der Brief von Nell an von Bodelschwingh muß darüber hinaus, in die Phase eingeordnet werden, wo sich die Anstalten der Inneren Mission gegen die Ausfüllung von neuen Meldebögen wehrten.

<sup>193</sup> Ebd., S.393

<sup>194</sup> Hellmann, Friedrich von Bodelschwingh, S. 184f

Schon zur Zeit der großen Wirtschaftsdepressionen um 1930 zogen Kostenträger PatientInnen aus Bethel ab, um Gelder einzusparen, und in der zweiten Hälfte der 30er Jahre wurde das Instrument der Verlegungen aus evangelischen Anstalten eingesetzt, um kirchliche Anstalten in finanzielle Bedrängnis zu bringen. Die Verlegungen nach dem "offiziellen Euthanasie-stop" im August 1941 hätte sich Bodelschwingh dadurch erklären können, daß die Provinzialverbände ihre durch die Krankenmord freigewordenen Betten wieder durch PatientInnen füllen wollten, die sie vorher an kirchliche Anstalten abgegeben hatten. Darüber hinaus erschienen kriegsbedingte Gründe, aus denen es zu Verlegungen von PatientInnen kam, eventuell von Bodelschwingh als einleuchtend.

Wie fadenscheinig aber auch ihm diese Gründe letztlich vorkommen mußten, wird aus den oben erwähnten Tatsachen deutlich.

Die Behauptung Hellmanns, daß Bethel von den "Todeskommandos" verschont wurden, erscheint mir unhaltbar. Obwohl dieser Aspekt von den von Bodelschwinghschen Anstalten im Gegensatz zu den Provinzialheil- und Pflegeanstalten in Westfalen bisher noch nicht systematisch untersucht wurden, gibt es einige Hinweise, daß Betheler Patienten sehr wohl von den Todeskommandos betroffen wurden.

Zwar ist es richtig, die Phase der straff organisierten T4-Krankenmordaktion nicht mit der "Wilden Euthanasie" gleichzusetzen, aber trotzdem stand der Mord an sogenanntem "lebensunwerten Leben" bei beiden Aktionen im Vordergrund. Was sich bei der "Wilden Euthanasie" nicht mehr herstellen läßt, ist eine direkte Kausalverbindung von Verlegung und anschließendem Mord in einer Tötungsanstalt. Während wir bei den verlegten sieben jüdischen PatientInnen aus Bethel sicher davon ausgehen können, daß sie ermordet wurden und die Anstalt sich darüber auch voll bewußt war, läßt sich das bei den Verlegungen während der "Wilden Euthanasie" nicht mehr ohne weiteres sagen.

Zurecht macht Teppe zwischen der Verlegung vor und nach dem "Euthanasie-stop" einen Unterschied. Seiner Meinung nach erschwerten bei der Verlegung von 2846 PatientInnen aus westfälischen Provinzialheil- und Pflegeanstalten in der zweiten Hälfte 1943 planwirtschaftliche Aspekte das Durchschauen der wahren Räumungsabsichten. Er stellt es aber außer Frage, daß sich auch das Räumen ganzer Anstalten zugunsten von körperlich Kranken eindeutig an "Wert" oder "Unwert" von Menschen orientiert hat.<sup>195</sup> Bei den Verlegungen von psychisch Kranken und geistig Behinderten aus evangelischen Anstalten, um Lazarettplätze zu schaffen, sind etliche Pfleglinge in Anstalten verlegt worden, in denen sie ermordet wurden.

<sup>195</sup> Teppe, S.22

Diese besonders unübersichtliche Situation während der dezentralen Krankenmordaktion, die ja letztlich auch von den zuständigen NS-Behörden als der Vorteil gegenüber einer zentral gesteuerten Aktion angesehen wurde, macht es aus heutiger Sicht schwierig, die Verlegungen zu rekonstruieren. Für die von Bodelschwinghschen Anstalten lassen sich vier Wege nachvollziehen, auf denen PatientInnen aus Bethel den MörderInnen der "Wilden Euthanasie" zu Opfer gefallen sind.

1.) Sicher ist, daß in zwei Transporten Ende 1941 PatientInnen aus Bethel in andere Anstalten verlegt wurden. Auf Anordnung des Oberpräsidenten wurden am 21. November 1941 36 PatientInnen in die Landesheilstation Gütersloh und am 2. Dezember 1941 weitere 46 PatientInnen nach Lengerich verlegt. Nach Angaben von Hochmuth, die die Möglichkeit hatte, die entsprechenden Akten in Bethel einzusehen, wurden die Angehörigen zuvor von Pastor Wörmann aus der Bethelkanzlei darüber informiert, daß auf Anweisung des Gauleiters in Münster die Verlegung angeordnet wurde und dem stattgegeben werden mußte, da der Staat Kostenträger sei.<sup>196</sup>

Klee rekonstruiert, daß von den 46 PatientInnen, die nach Lengerich verlegt wurden, bis zum Ende des Krieges 19 starben und daß von den nach Gütersloh gebrachten neun nach Meseritz, Tiegenhof, Wartha und Bernburg weiterverlegt wurden.<sup>197</sup>

2.) 1943 mußte Anstaltsraum als Ausweichkrankenhäuser abgetreten werden. Dazu kam, daß die "Euthanasieaktion" intensiviert wurde. Das löste eine Verlegungswelle aus, von der im Herbst auch die Anstalten in Westfalen erfaßt wurden. Dabei wurden auch Patienten aus Bethel erfaßt. Sie waren zwecks Schaffung von Lazaretttraum in den von Bodelschwinghschen Anstalten nach Gütersloh zwischenverlegt und von dort in Tötungsanstalten abtransportiert worden.<sup>198</sup>

3.) Darüber hinaus fand mit Gütersloh und der Anstalt im Wittekindshof ein regelmäßiger Austausch von PatientInnen statt. Dabei handelte es sich um einen Austausch, der auch schon vor 1939 stattgefunden hat.<sup>199</sup> Nach

<sup>196</sup> Vgl. Hellmann, Friedrich von Bodelschwingh, S.185

<sup>197</sup> Klee, "Euthanasie", S.422, er beruft sich dabei auf Mitteilungen des Landeskrankenhauses Lengerich vom 27.11.1982 und von Professor Dörner, dem Leiter der Anstalt in Gütersloh vom 7.2.1983

<sup>198</sup> Schmuhl, S.234. Er beruft sich bei der Schilderung u.a. auf R.Haus: Psychiatrischer Alltag im Nationalsozialismus. Eine Studie zur Anstaltspsychiatrie in Westfalen. Bochum 1983, S.68ff

<sup>199</sup> Siehe zum Beispiel den Fall L., in den Akten des Magistrats der Stadt Bielefeld. Hier wurde ein zwangseingewiesener Patient von Gütersloh in die geschlossene Abteilung des Hauses Morija in Bethel eingewiesen. Stadtarchiv Bielefeld - Magistrat, Wohlfahrtsamt 418-65

Aussagen von Schorsch dürfen diese Verlegungen nicht mit den Tötungsanstalten in Verbindung gebracht werden. Sie sind im Zusammenhang mit der Spezialisierung der Anstalten, besonders unter dem Druck knapper Bettenzahlen angesichts des Krieges:

"Bethel verfolgte immer das Prinzip, neben Nerven- und seelisch Kranken in erster Linie Anfallsranke aufzunehmen. So haben wir Schwachsinnige nach dem Wittekindshof gegeben, haben psychisch Kranke nach Gütersloh verlegt und aus deren Anstalten epileptische Kranke aufgenommen."<sup>200</sup>

Auf diese Art sind sicherlich über die Provinzialheilanstalten ehemalige Patienten der von Bodelschwingschen Anstalten in Tötungsanstalten gekommen, auch wenn die Verlegungen aus Bethel ursprünglich nicht in dem unmittelbaren Zusammenhang mit der "Euthanasie" standen.

4.) Auf einen weiteren Weg, durch den Personen aus dem Umfeld Bethels durch die Krankenmorde erfaßt werden konnten, machte der jetzige pädagogische Leiter von Bethel Dr. Schwager aufmerksam. Er meint, daß nichtseßhafte Menschen, die sich vorübergehend in den Einrichtungen Bethels aufhielten, später an anderen Orten aufgegriffen und in Konzentrationslagern ermordet wurden.<sup>201</sup>

Diese vier dargestellten Wege, durch die PatientInnen aus Bethel von den Krankenmordaktionen erfaßt wurden, können Erklärungen dafür sein, daß immer wieder der Name Bethel mit Mord an psychisch Kranken und geistig Behinderten in Verbindung gebracht wird.

So erfährt Ernst Mader, daß in der Anstalt Kaufbeuren-Irsee, PatientInnen aus Bethel umgekommen sind.<sup>202</sup>

Klee versucht anhand einer Aussage einer Krankenschwester nachzuweisen, daß im Jahr 1943 oder 1944 ein ganzer Transport von Kranken aus Bethel in Miedzyrzecz (Meseritz) durch Spritzen ermordet wurden. Er kann für diese gewagte

These aber nur Indizien anführen, so daß nicht mit Sicherheit davon ausgegangen werden kann, daß der von der Krankenschwester geschilderte Transport wirklich aus Bethel stammte.<sup>203</sup>

Bei der "Kinder-Euthanasie", so Gerhardt Schmidt, seien in der "Fachabteilung" in Egging-Haar bei München mindestens auch zwei ursprünglich aus Bethel stammende Kinder ermordet worden.<sup>204</sup>

<sup>200</sup> Schorach, S.10

<sup>201</sup> Schwagers Vermutung in: M. Hellmann: 1.September-der Tag der voller Stimmen war. in: Der Ring 10/87

<sup>202</sup> Mader, S.47 "Von Oberschlesien sind die gekommen, von Buxtehude, von Hannover hatten wir sehr viel, auch von Bethel."

<sup>203</sup> Vgl. Klee, "Euthanasie", S. 406 und 422f

<sup>204</sup> Vgl. Schmidt, S.108 und 124

Diese Indizien beweisen, daß die Aussage von Nowak "In den Bodelschwingschen Anstalten sind außer acht jüdischer Pflegelingen ... alle Kranken verschont geblieben" nach dem jetzigen Erkenntnisstand nicht mehr zu halten ist.<sup>205</sup> Es kann als sicher gelten, daß nicht nur PatientInnen, die aus Bethel in den Jahren 1937/38 verlegt wurden,<sup>206</sup> der Krankenmordaktion zum Opfer fielen, sondern auch eine nicht unerhebliche Anzahl von Kranken, die nach dem Stop der "T4-Aktion" aus Bethel verlegt wurden. Genauer Aufschluß darüber ist aber erst zu erzielen, wenn durch Zugang zu allen Quellen in den von Bodelschwingschen Anstalten auch dieses Kapitel einer quellennahen, kritisch-historischen Betrachtung unterzogen werden kann.

Während sich die von Bodelschwingschen Anstalten durch Verlegungsanforderungen nach dem offiziellen "Euthanasiestop" nicht besonders bedroht sahen, befürchtete von Bodelschwing das Schlimmste, als am 10.12.1943 erneut eine Aufforderung des Reichsminister des Inneren, im Auftrag Linden" einging, Kranke mit dem Meldebogen I ans Ministerium zu melden.

In dem Vordruck, der auf den 10. November 1942 datiert und in dem die Anschrift der von Bodelschwingschen Anstalten nachträglich eingetragen war, heißt es:

"Aus besonderen Gründe (!) lege ich nunmehr Wert darauf, den Bestand der einzelnen Anstalten an Kranken ganz zu erfassen.

Ich bitte daher in Zukunft alle Kranken, ohne Rücksicht auf Krankheitsform und Krankheitsdauer zu melden, die seit der letzten Halbjahresanzeige in die Anstalt aufgenommen worden sind (...)

Zum nächsten Anzeigetermin, also zum 1.Februar 1943, bitte ich aber überdies, die Meldung auch auf alle die Insassen Ihrer Anstalt nachträglich zu erstrecken, für die Sie mir bisher auf Grund meiner früheren Anordnung Bogen noch nicht eingesandt haben."<sup>207</sup>

Von Bodelschwing war beunruhigt und versuchte über Pastor Wörmann, Pastor Nell, Pastor Braune und über seine Kontakte nach Gütersloh

<sup>205</sup> Nowak, "Euthanasie", S.149. Auf diese Erkenntnis machen schon Mader, S.47, Anm.13 und Schmuhl, S.340, Anm.133 aufmerksam.

<sup>206</sup> Die Verlegungswelle im hessischen Raum, durch den auch in Bethel untergebrachte Pflegelinge betroffen waren, wird besonders von Schmuhl, ebd. betont.

<sup>207</sup> HB 2/39-109, 298. Unterstreichung und Rechtschreibfehler im Original

herauszubekommen, ob mit einer Fortsetzung der Aktion zu rechnen war.<sup>206</sup> An Braune schrieb er:

"Natürlich erweckt dieses Wiederaufleben der alten Dinge lebhaftige Sorgen. Will man wirklich bei der jetzigen allgemeinen Lage das Verfahren wieder in Gang bringen? Ist das nicht der Fall, so kann man kaum verstehen, warum den Anstalten eine so mühsame Arbeit zugemutet wird."<sup>209</sup>

Von Pfarrer Nell aus Düsseldorf und von Dr. Pork von der Provinzialanstalt Gütersloh bekam von Bodelschwingh die Bestätigung, daß die Meldebögen auch in ihrer Anstalt eingegangen waren. Während Nell mitteilte, daß die "frühere Aktion" weitergeht<sup>210</sup>, hielt es Pork für ausgeschlossen, daß die Meldebögen für die "Euthanasieaktion" verwendet werden sollten, da die zuständige Dienststelle in Berlin aufgelöst war.<sup>211</sup>

Von Bodelschwingh spielte Mitte Dezember mit dem Gedanken, sich Anfang nächsten Jahres an das Ministerium zu wenden, um deutlich zu machen, daß die von Bodelschwingschen Anstalten die Meldebögen nicht auszufüllen werden. Dabei wollte er auf die Zusage der Ärztekommision vom Frühjahr 1941 verweisen, die zugesichert hatte, daß von Bethel auch in Zukunft die Ausfüllung der Fragebögen nicht erwartet wird.<sup>212</sup>

Vorerst wandte er sich am 2.1.1943 aber noch an den Leibarzt Hitlers, Professor Brandt, der in der Zwischenzeit als "Generalkommissar des Führers für das Sanitäts- und Gesundheitswesen" Vorgesetzter der Medizinalabteilung des Reichsinnenministerium war und zu dem von Bodelschwingh in der Zwischenzeit ein recht vertrautes Verhältnis hatte. Er teilte ihm seine Sorge mit, daß die Meldebögen wieder "zur Ausführung planwirtschaftlicher Maßnahmen" eingesetzt werden könnten und erinnerte an die Zusagen während des Besuchs der Ärztekommision. Er bat Brandt, "die zuständige Stelle im Reichsinnenministerium anzuweisen, daß wie bisher auf die Ausfüllung der Bogen" verzichtet wird.<sup>213</sup>

Am 21.1.1943 teilte Brandt von Bodelschwingh in überraschend hartem Ton

<sup>206</sup> Zu Kontakten Bodelschwingh - Wörmann, Nell: Brief an Wörmann vom 10.12.1942 (HB 2/39-189, 299), zu den Kontakten zu Braune und nach Gütersloh: Brief von Bodelschwinghs an Braune vom 11.12.1942 (HB 2/39-189,300)

<sup>209</sup> HB 2/39-189,300

<sup>210</sup> Brief Nell an von Bodelschwingh vom 17.12.1942 (HB 2/39-189,303)

<sup>211</sup> Information geht hervor aus Brief von Bodelschwinghs an Braune vom 17.12.1942 (HB 2/39-189,307) Mit der Auflösung der Dienststelle hat Pork recht, das T4-Personal wurde am 10.1.1942 nach Osten abkommandiert, um dann an der Ermordung von Juden und Partisanen eingesetzt zu werden. Vgl. Klee, "Euthanasie", S.460

<sup>212</sup> HB 2/39-189, 307

<sup>213</sup> HB 2/39-189, 313 (Unterstreichung im Original)

mit, daß ihn der Brief vom 2.1.1943 nicht überzeugen konnte und forderte ihn auf, die Formulare auszufüllen.<sup>214</sup>

Zur gleichen Zeit hatte aber von Bodelschwingh sich in Abstimmung mit Nell in Kaiserwerth<sup>215</sup> direkt an den Reichsminister des Innern gewandt. In einem Schreiben vom 23.1.1943 wies er darauf hin, daß ein erneutes Ausfüllen der Meldebögen durch eine Kommission "in jedem Fall starke Beunruhigung weitester Kreise hervorrufen wird". Er bat für die von Bodelschwingschen Anstalten genauso wie für die Anstalten Wittekindshof bei Bad Oeynhausen, Ebenezer bei Lemgo, Tannhof bei Remscheid, Johannisberg in Kaiserwerth, Hephata bei München-Gladbach, Kreuznach und für Hausen bei Linz am Rhein auf das Einfordern von Meldebögen zu verzichten.<sup>216</sup>

Nach dem Eintreffen der Antwort Brandts wandte Bodelschwingh sich nochmals an ihn.<sup>217</sup>

Dieser Brief wäre nicht nötig gewesen. Der Verwaltungsleiter von Sarepta, Diplomkaufmann Kunze, erfuhr bei einem Treffen mit Linden, bei dem er lediglich den Bogen über die Anstalt abgab, daß das Anschreiben an Bethel und an die verbundenen Anstalten der Inneren Mission "auf ein Irrtum des Büros" zurückzuführen war und von Bethel das Ausfüllen der Bögen nicht erwartet wurde.

Obwohl dadurch die mögliche Gefahr eines erneuten Besuchs einer Ärztekommision nicht gebannt war, ließ sich von Bodelschwingh erleichtert diese für ihn erfreuliche Wendung am 6.2.1943 von Linden bestätigen und schrieb ihm:

"Im Blick auf die allgemeine Lage würde ich es dankbar begrüßen, wenn Sie es erreichen könnten, daß auch abgesehen von unseren Anstalten die Bearbeitung der Fragebogen und die Entsendung von Kommissionen zurückgestellt wird."<sup>218</sup>

Über die Rücknahme der Aufforderung, die Meldebögen auszufüllen, setzte von Bodelschwingh sofort Professor Brandt in Kenntnis.<sup>219</sup> Mit ihm kam es am 12.2. im Schloß Bellevue zu einem Gespräch, über das eine umfangreiche Notiz von Bodelschwinghs vorliegt. In diesem Gespräch bestätigte Brandt, daß die Fragebögen nicht ausgefüllt werden müßten und "auch an die Entsendung einer Kommission einstweilen nicht gedacht ist". Von

<sup>214</sup> HB 2/39-189, 321

<sup>215</sup> geht hervor durch Briefe an Nell vom 18.1.1943 (HB 2/39-189,318f) und vom 23.1.1943 (HB 2/39-189,320)

<sup>216</sup> HB 2/39-189, 323 (Unterstreichung im Original)

<sup>217</sup> HB 2/39-189, 326

<sup>218</sup> HB 2/39-189, 332

<sup>219</sup> HB 2/39-189, 333

Bodelschwingh bekam den Eindruck, daß Brandt noch zögerte, das Verfahren wieder aufzunehmen.<sup>220</sup> Trotz der gegensätzlichen Standpunkte schienen sie sich bei ihrem Gespräch nähergekommen zu sein. In seinem Schlußwort vor seinem Todesurteil im Juli 1947 sagte Brandt:

"Als ich in jener Zeit mit Pastor Bodelschwingh ... sprach, da erschien zuerst, wie wenn unsere Gedanken weit voneinander stünden. Aber je länger wir sprachen, und je offener wir dabei wurden, umso näher und enger wurde unser gegenseitiges Verstehen."<sup>221</sup>

Vorher hatte er am 4.2.1947 vor dem Nürnberger Militärgerichtshof erklärt:

"Die Berührung mit ihm lag nicht auf einer verwaltungsmäßigen Ebene, sondern sie lag in dem gegenseitigen Bedürfnis einer menschlichen Aussprache über diese Fragen. Es wurden Überlegungen der Geheimhaltung von ihm und mit mir durchgesprochen und die Frage der Gesetzmäßigkeit der Euthanasie. Im Prinzip wurde darauf eingegangen, daß irgendwelche eindeutigen Hinweise in der Schrift selbst nicht zu finden sind, und daß es sich vielleicht daraus erklärt, daß die christliche Kirche entgegengesetzte Auffassungen bringt. Es fiel damals der Hinweis, daß ein Mann wie Luther der Auffassung war, man muß derartige mißgeborene Kinder ertränken."<sup>222</sup>

Der intensive Austausch wird auch durch von Bodelschwingh bestätigt, der in seiner Gesprächsnotiz vom 13.2.1943 hervorhob, daß er von Brandt den gleichen guten Eindruck hat wie früher und daß sich Brandt sogar noch freier und offener geben würde.<sup>223</sup>

Der enge Kontakt von Bodelschwingh zu Brandt, besonders im letzten Gespräch - ein weiteres vereinbartes Gespräch scheiterte<sup>224</sup> - spielt genauso wie die Verlegungen aus Bethel nach dem offiziellen "Euthanasie-stop" eine wichtige Rolle bei einer Gesamtbeurteilung des Verhaltens der von Bodelschwinghschen Anstalten während der Auseinandersetzung um die Verlegung von Patientinnen aus Bethel in Tötungsanstalten. Dieser Versuch einer Gesamteinschätzung soll nochmals wichtige Aspekte herausstellen, eine Beurteilung über das Handeln der MitarbeiterInnen der von Bodelschwinghschen Anstalten wagen und auf offene Forschungsfragen und Perspektiven weiterer Arbeit innerhalb dieses Themenkomplexes hinweisen.

<sup>220</sup> HB 2/39-189, zw. 335 u. 336, t.w. abgedruckt bei Hochmuth, S.28ff

<sup>221</sup> zitiert nach Klee, "Euthanasie", S.424 (HB 2/39-192, 819ff)

<sup>222</sup> Ebd., S.423

<sup>223</sup> HB 2/39-189, zw. 335 u. 336

<sup>224</sup> Vgl. HB 2/39-189 342-345

## 6.) Gesamtbeurteilung des Verhaltens der von Bodelschwinghschen Anstalten während der NS-Krankenmordaktion

Im Zuge der Radikalisierung der Maßnahmen des NS-Staates gegen geistig Behinderte und psychisch Kranke konzentrierte sich die Auseinandersetzung der von Bodelschwinghschen Anstalten mit der NS-Behindertenpolitik und ihrer "rassenhygienischen Maßnahmen" immer stärker auf die Person des Anstaltsleiters Pastor Fritz von Bodelschwingh. Während in der Diskussion über "Rassenhygiene" vor 1933 noch ein relativ breiter Meinungspluralismus unter den AnstaltsmitarbeiterInnen zu erkennen war, führte der Totalitätsanspruch der NS-Politik und die Auseinandersetzung mit erstmals im größeren Umfang umgesetzten negativ-eugenischen Maßnahmen zu einer Homogenisierung der Positionen in den von Bodelschwinghschen Anstalten. Deswegen steht bei einer Betrachtung der Reaktionen der von Bodelschwinghschen Anstalten auf die NS-Behindertenpolitik zwangsläufig auch in meiner Arbeit die Person Bodelschwinghs im Mittelpunkt. Im Sinne eines patriarchalischen, fast autoritären Vertretungsanspruches gegenüber der Umwelt, der in den von Bodelschwinghschen Anstalten zur Zeit Fritz von Bodelschwinghs herrschte, war es abzusehen, daß sich in einer Krisensituation - und das waren für Bethel die Krankenmorde ohne Zweifel - die Auseinandersetzung auf die zentrale Führungsperson konzentrierte.

Man kann den Führungsstil insofern als autoritär bezeichnen, als daß von Bodelschwingh faktisch nicht gezwungen war, seine Haltung gegenüber anderen Organen der Anstalt durchzusetzen. Seine Führung beruhte auf einem durch Tradition gerechtfertigten Herrschaftsanspruch, der sich in einer Führung äußerte, die geprägt war von väterlicher Strenge und Wohlwollen.<sup>225</sup>

Da von Bodelschwingh schon 1910 die Anstaltsleitung von seinem Vater übernahm, der die Anstalten begründet hatte, waren die Macht und der Einfluß von Bodelschwinghs verständlich. Seine Herrschaft beruhte aber nicht nur auf seiner traditionellen Legitimation, sondern auch auf einer charismatischen Legitimation, die in der persönlichen Ausstrahlung von Bodelschwinghs begründet lag. Darüber hinaus stand seine Macht durch seine Wahl zum Anstaltsleiter auf einer legalen Basis.<sup>226</sup>

Dadurch, daß seine Herrschaft durch Wahl eine legale Basis bekam und daß er formal noch durch andere Instanzen, zum Beispiel dem Vorstand, noch kontrolliert werden konnte, erfährt die Bestimmung seines Führungsstils als autoritär eine Einschränkung. Die Beschneidung seiner Macht und seines Einflusses in den Anstalten war aber mehr formal als real. In Wirklichkeit war er ein väterlicher, patriarchaler Leiter der Anstalt, der

<sup>225</sup> Vgl. Definition von autoritär, in: W. Fuchs, in: ders., u.a.: Lexikon zur Soziologie, Opladen 1968, Stichwort: Staat, autoritärer

<sup>226</sup> Zu Herrschaftstypen, vgl. M. Weber: Wirtschaft und Gesellschaft, Tübingen 1972, S.122

faktisch die Autorität in Angelegenheiten der von Bodelschwingschen Anstalten war.

Aufgrund dieser herausragenden Stellung von Bodelschwings in Bethel ist eine Beurteilung des Verhaltens der von Bodelschwingschen Anstalten gegenüber der NS-Behindertenpolitik meistens auch eine Beurteilung des Verhaltens von Bodelschwings.

Im folgenden werde ich den Prozeß der Homogenisierung der Position der von Bodelschwingschen Anstalten gegenüber den NS-"Euthanasie"-Behörden beschreiben, um dann zu zeigen, welche Handlungsmöglichkeiten angesichts der Krankenmorde in Bethel möglich gewesen wären. Ich werde versuchen Gründe zu benennen, weswegen sich die von Bodelschwingschen Anstalten für eine Interventions- und Eingabepolitik und hinauszögernde Zusammenarbeit entschieden haben.

Daraufhin werde ich diskutieren, weswegen diese Vorgehensweise nur einen eingeschränkten, relativen Erfolg gehabt hat und wie das Verhalten aus heutiger Sicht zu beurteilen ist.

Charakteristikum der Haltung der von Bodelschwingschen Anstalten gegenüber den NS-Behörden war ein nach außen hin einheitliches Verhalten. Aus der Distanz heraus beurteilt der damalige Leiter der Bethelkanzlei Pastor Wörmann dieses Vorgehen als die Stärke der Anstalt während der Krankenmordaktion:

"Es ist uns eine seltene Einmütigkeit aller Verantwortlichen geschenkt worden, d.h. Einmütigkeit nicht nur in der Pfarrerschaft, sondern auch in der Ärzteschaft, Einmütigkeit unter denen, die verantwortlich mit in der Verwaltung standen."<sup>227</sup>

Diese Einmütigkeit war nicht selbstverständlich. Noch 1933/34 mußte sich von Bodelschwing während der Auseinandersetzung um seine Ernennung zum Reichsbischof gegen Denunziationen aus der eigenen Anstalt wehren. So wurde er sowohl von seinem damaligen Chefarzt Carl Schneider als auch vom Kreisleiter der NSDAP Bielefeld-Land und führendem Arzt in Bethel Hans Löhr bei Parteistellen als Landesverräter gemeldet.<sup>228</sup> Für die von Bodelschwingschen Anstalten war es ein Glücksfall, daß sowohl Löhr als auch Schneider, genauso wie der Nachfolger Schneiders Werner

<sup>227</sup> Wörmann, in: Hase, Evangelische Dokumente, S.126

<sup>228</sup> Zu diesem Themenbereich vgl. u.a. Klee, "Euthanasie", S.203f und Hellmann, Friedrich von Bodelschwingh, S.137ff. Aufschlußreich sind die Dokumente des Staatsarchivs in Münster über Meldungen von Löhr an den Regierungspräsidenten vom 21.11.1933 und vom 23.11.1933 (IP 561, 19ff und 37)

Villinger aufgrund ihrer stramm nationalsozialistischen Haltung eine steile Karriere in der NS-Hierarchie machten und so zu einem relativ frühen Zeitpunkt Bethel verließen.

Inhaltliche Kontroversen über den Umgang mit geistig Behinderten und psychisch Kranken bestanden allerdings auch nach dem Weggang Löhrs, Schneiders und Villingers. Gerade zwischen Schorsch und Jaspersen kam es in der Frage der Zwangssterilisationen immer wieder zu erheblichen Spannungen und Auseinandersetzungen. Schorsch, der nur sehr unwillig Sterilisationsgutachten über PatientInnen verfaßte, hielt Jaspersens Sterilisationspraxis für zu weitgehend.

Aber in der inhaltlichen Haltung zur "Euthanasie" herrschte bei den ab 1939 in Bethel beschäftigten Ärzten Konsens in der Ablehnung dieser Maßnahmen.<sup>229</sup> Ob man sie nach der Aufteilung Teppes alle eindeutig in die Gruppe der sich verweigernden Ärzte einteilen kann, ist nicht ganz klar. Teppe unterteilt das Verhalten der Ärzte in drei Gruppen. Neben den Ärzten, die bei der Aktion unterstützend mitgewirkt haben, und den Ärzten, "die sich dezidiert verweigert haben", nennt er eine Gruppe, die zahlenmäßig am größten war. Dazu gehören die Ärzte die in dienstlichen Stellungen handelten und Dienstpflichten erledigten, also zum Beispiel "Verlegungslisten zusammenstellten, Streichungsvorschläge machten, Transporte begleiteten, irreführende Benachrichtigungen an die Angehörigen schickten", aber auch diejenigen, "die im formellen Sinne verantwortungslos blieben" und sich trotz ihres Wissens um die Aktion nicht verhielten.<sup>230</sup> Inwiefern das Verhalten von Schorsch einer herauszögernden Zusammenarbeit und Vorkategorisierung unter Teppes dritte Kategorie fällt, erscheint nicht eindeutig. Eine inhaltliche Ablehnung der "Euthanasie" war nicht immer identisch mit einer dezidierten Verweigerung gegenüber der Krankenmordaktion. Von Verweigerung oder sogar Widerstand hätte man im Fall des Besuchs der Ärztekommision erst dann sprechen können, wenn sich die Betheler Ärzte einer Zusammenarbeit mit den NS-Ärzten verweigert hätten und ihren Widerstand für den Fall von Verlegungen klar zum Ausdruck gebracht hätten.

<sup>229</sup> Schwierigkeiten bereitet dabei eine Aufzeichnung Wilms über seine Rede 1940 auf der Vertrauensmänner-Versammlung der westfälischen Kirche:

"Innerhalb unseres Volkes besteht eine große Mannigfaltigkeit bezüglich der Stellungnahme: a) Das hört man in manchen Gesprächen: von völliger Gleichgültigkeit über Bejahung dieser Maßnahmen bis zur völligen Ablehnung und Entsetzen über dies furchtbare Geschehen, Ablehnung auch unter Nichtchristen (ebenso umgekehrt) - vgl. die Haltung der Betheler Ärzte - Wilms!" . In: Hase, Evangelische Dokumente, S.26 (Hervorhebung durch mich, S.K.)

<sup>230</sup> Teppe, S.31

Aber an dieser Stelle spielten die Ärzte Bethels gegenüber der theologische Leitung oder der Verwaltung keine besondere Rolle. Die homogene Auffassung gegenüber der Krankenmordaktion bezog sich nicht nur auf die inhaltliche Ablehnung, sondern auch auf die Strategie gegenüber den NS-Behörden. Hier scheint es von Bodelschwingh gelungen zu sein, Ärzteschaft, Pastoren, Diakonen- und Diakonissenschaft, die Hauseltern und die Verwaltung auf ein einheitliches Verhalten auszurichten. Diese "Homogenisierung der Abwehrstrategie" Bethels konnte auf der einen Seite durch die unumstrittene Führung von Bodelschwingh in Bethel gelingen und auf der anderen Seite durch die zentrale Position, die von Bodelschwingh in dem gesamtkirchlichen Kampf gegen die "Euthanasie" einnahm. Durch diese Position verfügte er über ein gewisses Informationsmonopol, das er nach eigenen Gutdünken öffnen konnte.<sup>231</sup> Darüber hinaus konnte er über seine und Braunes Kontakte zu Regierungsstellen die innerorganisatorische Strategie in Bethel recht gut steuern. Die "Einmütigkeit aller Verantwortlichen" in Bethel war vielleicht nur insofern ein Geschenk, als daß der von Bodelschwingh und bis zu seiner Verhaftung auch von Braune festgelegte Kurs nicht bei den leitenden Ärzten auf grundsätzliche Bedenken gestoßen war.

Dieser Kurs war nicht durch Sachzwänge, sondern durch einen bewußten Entscheidungsprozeß festgelegt, zu dem es auch Handlungsalternativen gegeben hätte. Neben einer Bejahung der Maßnahmen und einem aktiven Mitwirken an den Aktionen, was für die ab 1939 beschäftigten MitarbeiterInnen auf keinen Fall in Frage kam, gab es letztlich fünf Handlungsmöglichkeiten, die sich teilweise ergänzen konnten, sich aber auch teilweise gegenseitig in ihrer Effizienz behindert hätten:

1.) Öffentlicher Protest hätten die Krankenmorde innerhalb von kürzester Zeit publik gemacht. Widerstand über die Kanzel und durch Predigten an Gräbern von Krankenmordopfern, wie sie auf katholischer Seite von Bischof von Galen und auf evangelischer Seite von Pastor Wilm praktiziert wurden, hätten die T4-Verantwortlichen unter starken Druck gesetzt. Ihre Reaktionen aber wären schwer berechenbar gewesen. Schorsch vermutet darüber hinaus, daß diese Form sich auf die einzelnen Anstalten negativ ausgewirkt hätte, weil die Kommissionen dadurch gereizt worden würden.<sup>232</sup>

<sup>231</sup> Wörmann berichtet, daß von Bodelschwingh auf den monatlichen amtlichen Konferenzen, "soweit er es für richtig hielt", die anderen Bethelverantwortlichen informierte. In: Hase, Evangelische Dokumente, S.126

<sup>232</sup> Vgl. Schorsch, S.8

2.) Schorsch führte in seinen Aussagen als Zeuge vor Gerichtsverfahren gegen Krankenmörder als weitere Möglichkeit den aktiven Widerstand an, der darauf hinausgelaufen wäre die Herausgabe von Kranken zu verweigern. Schorsch meint dazu: "Das wäre eine Demonstration gewesen, aber ein Erfolg war davon nicht zu erwarten."<sup>233</sup>

3.) Eine Möglichkeit, die maßgeblich das Handeln von Braune und von Bodelschwingh bestimmten, ist die Strategie gewesen, vertrauliche Eingaben an staatliche Behörden zu machen. Dieses Vorgehen war durch eine loyale Haltung dem NS-Staat gegenüber geprägt und setzte darauf, über diese Eingaben auf die Rechtsverletzungen durch die Krankenmorde aufmerksam zu machen. Konsequente Form dieser Strategie waren die Strafanzeigen, die Jaspersen gegenüber der Stapo in Bielefeld und der Gestapo in Berlin gegen Unbekannt gestellt hatte. Schmuhl stellt fest, daß diese Protestform durch ein Staatsbild geprägt war, die am Lutherischen Obrigkeitgedanken und besonders an der Zwei-Reiche-Lehre orientiert war.<sup>234</sup> Für mich entsteht der Zusammenhang mit der Zwei-Reiche-Lehre erst dann, als die Vergeblichkeit der Eingabepolitik dazu geführt hat, die Maßnahmen des Staates als aus seiner Sicht legitim zu bezeichnen und für die evangelische Seite lediglich darum zu bitten, bei den Morden nicht beteiligt zu werden.

4.) Im Falle der von Bodelschwinghschen Anstalten wurde die Eingabepolitik ergänzt durch eine "verdeckte Obstruktionspolitik"<sup>235</sup> oder wie sie Schorsch beschönigend bezeichnet "Mitarbeit zum Zwecke der Sabotage"<sup>236</sup>. Diese Strategie sah vor, durch Mitarbeit an der Einteilung der Kranken eine möglichst große Zahl von Opfern zu retten und - soweit es geht - die Maßnahmen zu verzögern. Diese Politik beinhaltete die Bereitschaft, Pfleger den Mördern auszuliefern und lief, wie Schmuhl bemerkt, im Falle der Inneren Mission auf ein "pro-domo-Denken" hinaus. Dem Staat wurde nicht mehr grundsätzlich das Recht abgesprochen, "lebensunwertes Leben" auszulöschen. Die Perspektive war nur noch auf die Rettung der eigenen AnstaltspatientInnen ausgerichtet. Man gab den Kampf um die Pfleger in den öffentlichen Einrichtungen auf.<sup>237</sup>

<sup>233</sup> Ebd.

<sup>234</sup> Schmuhl, S.368f. In begrüßenswerter Klarheit kommt er danach zur Aussage, daß diese Haltung von einer Fehlbeurteilung des nationalsozialistischen Regimes ausging und kaum zur Beendigung des Massenmords beigetragen hat.

<sup>235</sup> Ebd., S.369

<sup>236</sup> Schorsch, S.8

<sup>237</sup> Schmuhl, S.369

3.) Die oben genannten Wege stellen eine bewußten Reaktion auf die Krankenmordaktion dar. Der Kurs, der teilweise von der evangelischen Kirche und dort auch von der Bekennenden Kirche gefahren wurde, bestand darin, sich mit den Maßnahmen nicht weiter auseinanderzusetzen. Diese Haltung ging davon aus, daß durch die Krankenmorde die zentralen Eckpfeiler des Protestantismus nicht berührt wurden, es sich also um eine Maßnahme der Obrigkeit handelte, gegen die man als Christ nicht zu protestieren brauchte. Die Kirche hatte zu schweigen. Sollte es sich um eine Ungerechtigkeit handeln, würde die Unruhe schon von unten zu den Verantwortlichen vordringen.<sup>238</sup>

Für von Bodelschwingh kam die Form des öffentlichen Protestes nicht in Frage. Hochmuth führt dafür eine Reihe von Gründen an. Bodelschwingh rechnete damit, daß er mit öffentlichen Protesten jede Einflußnahme von vornherein zerstören und bestensfalls seine Verhaftung erreichen würde. Er meinte, daß durch Predigten von der Kanzel diejenigen beunruhigt werden, um die es ihm ging, nämlich die Kranken. Hochmuth meint, daß Bodelschwingh "an dem Kampfabschnitt gehandelt hat, an den er gestellt war", und dort auch nicht hätte anders handeln können.<sup>239</sup> Diese Argumentation geht davon aus, daß es an der Funktionen Bodelschwinghs und Braunes lag, die einen offenen Protest als nicht sinnvoll erscheinen ließen. Bei Personen mit anderen Funktionen hätte diese Form der Reaktion durchaus Sinn haben können.

Bodelschwinghs Motivationen, sich nicht öffentlich zu äußern, müssen aber tiefer liegen, als sie in der recht oberflächlichen Beschreibung Hochmuths dargestellt werden. Von Bodelschwingh unterließ es nicht nur, andere KirchenvertreterInnen für einen offenen Widerspruch zu gewinnen, sondern versuchte sogar, andere Personen an öffentlichen Protesten zu hindern. Dafür sind die Distanzierung vom Verhalten seines Bruders Gustav, die Vermeidung der Zusammenarbeit mit Pastor Wilm und die Bitte an die BK, im Falle der Krankenmorde zu schweigen, nur einige Beispiele.<sup>240</sup> Er ging davon aus, daß durch Schweigen der Verantwortlichen, die "wirkliche Angst und Beunruhigung umso klarer nach oben dringe", und begründete darüber hinaus seine Auffassung theologisch: Im Verständnis der Kirche gegenüber den Leidenden liege für sie kein "Interesse", das sie gegen den Staat zu wahren habe, um ihre Eigenart

<sup>238</sup> Wilm hält diese Grundhaltung besonders für eine Richtung innerhalb der Bekennenden Kirche für charakteristisch. Vgl. dazu die Rede Wilms vor der Vertrauensmännerversammlung der Bekennenden Kirche, aber auch: Nowak, "Euthanasie", S.192f und Klee, "Euthanasie", S.284

<sup>239</sup> Hochmuth, S.32ff

<sup>240</sup> Zu der Bitte an die BK, siehe die Äußerung des Bodelschwingh Biographen Brandt, S.204f

und ihr Wesen zu behaupten, "sondern der Staat, der seine ärmsten Bürger ohne Rechtsgrundlage tötet, begeht Mord, und hebt sich selber auf. Das ist auf der politisch-rechtlichen Ebene die Entsprechung für die Wahrheit, die in der Kirche in ihrem eigentlichen Sinne und in ihrem tieferen Zusammenhang zum Ausdruck kommt (...). Auf dieser Ebene hat die irrationale Wirklichkeit, von der die Kirche lebt, auch rationale Gründe."<sup>241</sup>

Ein zentraler Aspekt allerdings, der dazu geführt hat, daß weder von Bodelschwingh noch Braune sich öffentlich geäußert haben, ist deren Loyalität dem Staat gegenüber gewesen. Aus ihrer protestantisch, lutherischen Haltung entsprang ein bestimmtes Bild vom Staat, das ausschloß, daß ein Staat sich selbst schuldig macht. Für sie kam höchstens in Frage, daß einzelne Mitglieder des Staates sich schuldig machten, aber nicht der Staat als Institution insgesamt. Daraus resultierte auch ihre Hoffnung, durch Hinweise auf die fehlende Gesetzesgrundlage der Krankenmorde die Aktion zu stoppen. Sie gingen sehr lange Zeit davon aus, daß die Morde nicht von Hitler angeordnet sein konnten, sondern ohne sein Wissen von übereifrigen Chargen der mittleren Ebene vollzogen wurden.

Diese Haltung verbot es von Bodelschwingh und Braune, zu Maßnahmen zu greifen, die ihnen selbst ungesetzlich vorgekommen wären. Ein öffentlicher Protest wäre ihnen aus ihrer Sicht wie Landesverrat vorgekommen. Diese unbedingte Staatsloyalität wird teilweise durch die politische Grundhaltung von Bodelschwinghs und Braunes verständlich. Bodelschwingh war vor 1933 Mitglied der Deutschnationalen Volkspartei (DNVP) und im Christlich-Sozialen Volksdienst aktiv.<sup>242</sup> Auch Braune war von seiner politischen Grundauffassung her national und während des gesamten 3.Reichs trotz etlicher Anfechtungen von außen Bürgermeister von Lobetal.

Bodelschwingh hatte sich bemüht, Bethel als einen unpolitischen Ort darzustellen. Dies versuchte er zum Beispiel dadurch, daß er von 1929 - 1933 keine Räume für politische Organisationen zur Verfügung stellt. Auch seine Schlichtungsversuche in den Fällen des Dozenten der theologischen Schule, dem Linzientaten Wilhelm Vischer<sup>243</sup>, und des Dozenten Samuel Jaegers<sup>244</sup> sind Beispiele für die Versuche, Bethel im Kaiserreich, in der Weimarer Republik und im Dritten Reich aus politischen Auseinandersetzungen herauszuhalten.

Aus dieser Grundauffassung heraus wird verständlich, weswegen von Bodelschwingh auch nicht seine vielfältigen Kontakten ins Ausland benutzte, um durch außenpolitischen Druck die gesamte "Euthanasieaktion" zu Fall zu bringen.

<sup>241</sup> Ebd., vgl. auch Nowak, "Euthanasie", S.153

<sup>242</sup> Dossier des Chefs des Reichssicherheitshauptamtes, das am 2.11.1938 an den Reichsführer-SS Heinrich Himmler geschickt wurde. Staatsarchiv Potsdam, Film Nr.3328, zit. nach Hellmann, Friedrich von Bodelschwingh, S.156

<sup>243</sup> Vgl. dazu Hellmann, Friedrich von Bodelschwingh, S.108ff

<sup>244</sup> Ebd., 69f

Bethels Möglichkeiten wurden also damit letztlich auf zwei Strategien begrenzt, einmal auf Einsprüche bei NS-Behörden, die in der Sache deutlich, aber in der Wahl der Mittel loyalitätsgebunden waren,<sup>245</sup> und auf eine Politik der hinauszögernden Zusammenarbeit, die ein Zusammenwirken mit den Verantwortlichen der T4-Zentrale erforderlich machten.

Die Konsequenz aus diesem Vorgehen war, daß ein Widerstand nur auf die Personen von Bodelschwings, Braunes und auf die leitenden Ärzte beschränkt war. Die strikte Geheimhaltung, die in Bethel praktiziert wurde, verhinderte letztlich, daß andere Personen in den Anstalten, wie die Hauseltern oder die Diakonissen und Diakone, eigene Abwehrstrategien entwickeln konnten. Sie wurden zum Beispiel erst zwei Tage vor dem Besuch der Ärztekommision über deren bevorstehendes Eintreffen und ihre Arbeit in Bethel informiert. Zu diesem Zeitpunkt hätte faktisch keine Möglichkeit mehr bestanden, sich gegen die Verkategorisierung durch Schorsch zu wehren.

Die einzige Abstimmung, die von Bodelschwing vornahm, geschah mit dem Spitzenverband der Inneren Mission und mit den NS-Behörden in Westfalen. Dies ist auch Ausdruck dafür, daß primär die eigenen Pfleger und die der mit Bethel verbundenen Anstalten im Vordergrund des Interesses standen. Eine Abstimmung mit katholischen oder öffentlichen Trägern schien sich wohl aufgrund der Loyalität gegenüber den durchführenden Behörden und fehlender Kontakte für von Bodelschwing nicht anzubieten.

An diesem Punkt stellt sich die Frage, ob es die Strategie der von Bodelschwingschen Anstalten war oder andere Faktoren eine Rolle spielten, die das Verhalten von Bodelschwings als relativen Erfolg erscheinen läßt - wenn man bei dem Abtransport von sieben PatientInnen während der T4-Aktion und über 100 während der "Wilden Euthanasie" überhaupt von Erfolg reden kann.

Man kann die Gründe, die dazu führten, daß die von Bodelschwingschen Anstalten vom vollen Ausmaß der Krankenmorde nicht erfaßt wurden, in drei Bereiche einteilen:

Der erste Bereich hängt mit der besonderen Lage Bethels in Westfalen zusammen, der zweite beruht auf Spezifika der von Bodelschwingschen Anstalten und der dritte Bereich sind Ergebnisse der besonderen Strategie der Anstaltsleitung.

Die von Bodelschwingschen Anstalten profitierten von der Tatsache, daß Westfalen und Rheinland relativ spät von der ganzen Aktion erfaßt wurden. So konnte man sich in den Anstalten in diesen Provinzen wesentlich

<sup>245</sup> Vgl. die in die gleiche Richtung zielende Argumentation von Nowak, Sterilisation, S.174, der dieses Vorgehen für die Reaktion der DEK auf die Krankenmord nachweist.

besser informieren und auf die Krankenmorde und die Meldebögenaktion einstellen, als es zum Beispiel Anstalten in Baden und Württemberg möglich war. Dort wurden Meldebögen ausgefüllt, ohne zu ahnen, wofür sie verwandt werden sollten. Als die Meldebögen in Bethel eintrafen, konnte man die Absicht, und man hatte in der Anstaltsleitung bereits entschieden, daß man sich dem Ausfüllen der Meldebögen so weit wie möglich entziehen wollte.

Weiterhin war für die von Bodelschwingschen Anstalten von Bedeutung, daß die örtlichen Behörden die Aktion nicht rigoros betrieben und daß gerade Bethel relativ umfangreiche Unterstützung durch den Regierungspräsidenten von Oeynhausen und durch den Oberpräsidenten Meyer erhielten. Diese standen der Durchführung der Aktion zwar loyal gegenüber, versuchten aber von sich aus nichts, die Aktion zu forcieren. Sie zeigten Verständnis für die Weigerung Bethels, sich bei dem Ausfüllen der Meldebögen nicht zu beteiligen. Für die mit Bethel verbundenen Anstalten im Rheinland war wichtig, daß man mit Rücksicht auf mögliche Beunruhigung der massiv im Rheinland stationierten Truppen die Aktion nicht mit gleicher Entschiedenheit durchführen konnte wie in anderen Gegenden. Auch Bethel konnte bei Fortdauer des Krieges auf die notwendige Rücksichtnahme auf die Ruhe in der Truppe verweisen, weil in den von Bodelschwingschen Anstalten eine nicht unerhebliche Anzahl von Betten für Verletzte der Armee zur Verfügung gestellt wurde.

Die besondere Stellung, die die von Bodelschwingschen Anstalten im Heil- und Pflegesystems Deutschlands einnahmen, mußte letztlich die T4-Verantwortlichen zu einem besonders vorsichtigen Vorgehen ihnen gegenüber veranlassen. Bethel war die größte und international wohl auch bekannteste Anstalt für Epileptiker, geistig Behinderte und psychisch Kranke. Angesichts dieser besonderen Stellung wurden die von Bodelschwingschen Anstalten auch von der NS-Presse als Musterbeispiel dienender Liebe gefeiert.<sup>246</sup> Die Bombenangriffe auf Bethel am 18./19. September 1940 und am 31.März 1941 brachten bei aller Tragik Bethel den Vorteil, auf dem Höhepunkt der Krankenmordaktion in der internationalen und nationalen Presse an zentraler Stelle Erwähnung zu finden. Die Politiker mußten davon ausgehen, daß Bodelschwing bei stärkeren Auseinandersetzungen oder einer eventuellen Verhaftung zum Märtyrer geworden wäre und das in weit stärkerem Maße als Pastor Braune. So gingen sie bei Bodelschwing, der ja immerhin ehemaliger Reichsbischof war, vorsichtig vor, um die Krankenmordaktion nicht zu gefährden.

Aufgrund der guten Kontakte, die sowohl Braune als auch von Bodelschwing auf strikt loyalem Weg zu den NS-Behörden aufgebaut hatten, war die Verhaftung Braunes aus Sicht der Nationalsozialisten auch nur dadurch verständlich, daß er mit seiner Denkschrift den "Euthanasiebehörden"

<sup>246</sup> Vgl. Nowak, "Euthanasie", S.150

die Möglichkeit der Enttarnung der Aktion deutlich vor Augen geführt hatte. An ihm konnte relativ gefahrlos ein warnendes Exempel statuiert werden.

Sowohl von Bodelschwingh als auch Braune hatten bei ihrer Eingabepolitik davon profitiert, daß sie schon vor dem Beginn der Krankenmorde gute Kontakte zu den bürgerlichen Kräften in der Reichsregierung unterhielten.

Nachdem die Eingabepolitik aber insgesamt nicht erfolgreich gewesen war, zeigten sich die von Bodelschwinghschen Anstalten zur hinauszögernden Zusammenarbeit bereit. Die Tatsache, daß bis zum "offiziellen Euthanasie-stop" keine umfangreichen Verlegungen aus Bethel stattfanden, beruhte unter anderem auf glücklichen Umständen, die durch die von Bodelschwinghschen Anstalten nicht beeinflußt wurden. Die Predigt Bischofs von Galen am 3.8.1941 und der Angriff auf die Sowjetunion am 22.6.1941 hatten einen solchen Druck auf den NS-Staat bewirkt, daß der Nutzen, den sich die Nationalsozialisten durch eine zentral geführte Krankenmordaktion versprachen, in keinem Verhältnis mehr zu deren negativen Wirkungen stand.

Die Aussage Nowaks, daß "geschickte Verschleppungstaktik das insgesamt erfolgreiche Mittel der Wahl gewesen ist",<sup>247</sup> stimmt nur insofern, als daß die von Bodelschwinghschen Anstalten bis zum offiziellen "Euthanasie-stop" Krankenverlegungen hinauszögern konnten. Ohne die obengenannten Umstände hätten aber auch die von Bodelschwinghschen Anstalten Kranke in die Tötungsanstalten geliefert.

Unter diesen Gesichtspunkten muß auch die Bezeichnung "Widerstand" für das Verhalten Bodelschwinghs relativiert werden. Bodelschwingh hatte mit seiner Verschleppungstaktik einen relativen Erfolg. Dieser Erfolg, der sich nur auf seine Pflegelinge bezog, basierte aber gerade darauf, daß er nicht Widerstand leistete, sondern zu einer Zusammenarbeit und zu einer Loyalität den "Euthanasiebehörden" gegenüber bereit gewesen war.

Eine Beurteilung des Verhaltens der von Bodelschwinghschen Anstalten darf nicht erst auf der direkten Auseinandersetzung mit der "Euthanasie" basieren, sondern muß auch die Übernahme des rassenhygienischen Paradigmas und die Durchführung der Sterilisationen mit in die Betrachtung einbeziehen.

Nowak hält das für den Protestantismus typische Streben nach Wissenschaftlichkeit und Modernität für ausschlaggebend, daß die Kirche und die Innere Mission für die "wissenschaftliche Verführung" der Rassenhygiene und Eugenik anfällig war.<sup>248</sup> Dadurch, daß von Bodelschwingh aber auch die

<sup>247</sup> Nowak, Sterilisation, S.176f.

<sup>248</sup> K. Nowak: Menschen, die anders sind. Zum Schicksal sogenannter "Minderwertiger" im Dritten Reich, in: Der Ring, 7-8/1981, S.19-22.

leitenden Ärzte der "Errungenschaft" der Eugenik und Rassenhygiene positiv gegenüberstanden und bereit waren, Elemente dieser neuen Wissenschaft in die kirchliche Diakonie zu übernehmen, konnte ihre Kritik erst ansetzen, als die Extremform negativer Eugenik, die "Vernichtung lebensunwerten Lebens" umgesetzt wurde.<sup>249</sup> Eine Sensibilität und Weitsicht gegenüber den Gefahren der Eugenik und Rassenhygiene, wie sie Pastor Braune zeigte, waren die Ausnahme. Insgesamt haben die MitarbeiterInnen der von Bodelschwinghschen Anstalten die Wendung von Treysa 1931 zu einer auch volksgesundheitlich orientierten Diakonie beeinflußt und nachvollzogen.

Daraus ist es verständlich, daß die Sterilisation von geistig Behinderten und psychisch Kranken begrüßt wurde. Sie war lediglich die konsequente praktische Umsetzung von dem, was die Rassenhygieniker gedacht hatten. Eine Erklärung für die bereitwillige Akzeptanz auch der zwangsweisen Sterilisation muß aber in eine andere Richtung gehen, denn zur Zwangssterilisation hatte die Konferenz von Treysa ein klares Nein der Inneren Mission verabschiedet.

In dem Verhalten der von Bodelschwinghschen Anstalten aber auch der Inneren Mission zur Zwangssterilisation zeigt sich bereits ein Muster, das sich auch bei der Auseinandersetzung um die Krankenmorde wiederfinden läßt. Zuerst Erschrecken über das Ausmaß der rassenhygienischen Maßnahmen, dann formale Eingaben bei den zuständigen Behörden, um dann bei Aussichtslosigkeit dieser Eingaben wenigstens zu versuchen, an der Durchführung dieser Maßnahmen in der eigenen Anstalt nicht beteiligt zu werden.

Das Verhalten der von Bodelschwinghschen Anstalten zur Zwangssterilisation unterscheidet sich bei aller Breite der Meinungen innerhalb der Mitarbeiterinnenschaft natürlich in einigen zentralen Aspekten von dem Verhalten gegenüber den Krankenmorden.

Während sich ein großer Teil der Mitarbeiterinnenschaft relativ schnell mit der Tatsache der Zwangssterilisation anfreunden konnte und auch eine erhebliche Anzahl von Zwangssterilisationen in Bethel durchgeführt wurden, bestand über die gesamte Zeit eine einheitliche Ablehnung der "Euthanasie".

Während sich die von Bodelschwinghschen Anstalten durch die Anzeige von PatientInnen, die für eine Sterilisation in Frage kämen, aktiv an dem Sterilisationsprozeß beteiligten und ja auch die freiwilligen Sterilisationen in der eigenen Anstalt durchführten, war es während der T4-Aktion das Ziel, die Mitarbeit bei der Krankenmordaktion zu verweigern.

Eine zusätzliche Legitimation erhielt der Protest gegen die Krankenmorde wegen der offensichtlichen Gesetzesverletzung. Auf der einen Seite stärkte dies die Position der von Bodelschwinghschen Anstalten, auf der anderen Seite aber führte der Druck bei öffentlichen Stellungnahmen des Landesverrates bezichtigt zu werden zu einer Schwächung der eigenen Position.

<sup>249</sup> Vgl. auch Schmuhl, S.368.

Trotz der viel größeren Entschiedenheit in der Ablehnung der Krankenmorde ist das Schema des Umgehens mit der NS-Behindertenpolitik schon beim "Gesetz zur Verhütung erbkranken Nachwuchses" geprägt worden.

Die Politik der Eingaben an staatliche Stellen und die hinauszögernde Zusammenarbeit wird von den Autoren unterschiedlich bewertet. Hellman meint, daß das Wirken Fritz von Bodelschwings nicht der Rechtfertigung bedarf, "auch da nicht, wo andere durch ihn irritiert sind". Er schreibt, daß von Bodelschwing sich schützend vor die ihm anvertrauten Kranken gestellt und sich zu ihren Fürsprecher gemacht hat:

"Er rang mit denen, die Hitlers Kranken-Mordprogramm in blutige Wirklichkeit umsetzen wollten. Aber die Feinde seiner Kranken waren nicht seine Feinde, sie waren allerdings Gegner, die für ihn 'im Herzen verrückt' waren und denen er sich auch ungerufen als Seelsorger verpflichtet fühlte. (...) Vieles an seinem Handeln wird für jene mißdeutbar, die die Zeit des NS-Regimes nur aus der ideologischen-theoretischen Rückschau betrachten: für sie wird christlich gebotene Feindesliebe zur Mittäterschaft."<sup>250</sup>

Hellmann beruft sich in dieser Argumentation auf Carl Friedrich von Weizsäcker, der von Bodelschwing während dieses Krieges kennengelernt hatte und der das Verhalten von Bodelschwing "in den meistens konkreten Fällen" als Ergebnis von nüchternem politischen Verstand bezeichnet.<sup>251</sup>

Eine diametral entgegengesetzte Ansicht vertritt Ernst Klee. In seiner Arbeit über Bethel versucht er nachzuweisen, daß die von Bodelschwingschen Anstalten in einem verhängnisvollen Maß mit den Mördern kooperiert haben, obwohl sie prinzipiell gegen die Morde eingestellt waren:

"Anstaltsleiter Fritz von Bodelschwing hat unter politischen Verrenkungen (...) die Tötung grundsätzlich abgelehnt. Gleichwohl hat er sich, um das Schlimmste zu verhüten, an Verhandlungen der Inneren Mission beteiligt, die Krankentötung auf 'schwerste Fälle' zu begrenzen. (...) Schorsch (...) hat im Dezember 1940 die Idee, um den Abtransport 'hochwertiger' Patienten vorzubeugen, Bethels Patienten selbst nach Euthanasiekriterien einzuordnen, worunter er auch schwer Körperbehinderte, bei 'normaler Psyche und Intelligenz' rechnet, als im Februar 1941 eine Selektions-Kommission erscheint, werden ihr die -nicht gefälschten- Diagnosen zur Verfügung gestellt. Die Nazi-Ärzte können deshalb früher

<sup>250</sup> Hellmann, Friedrich von Bodelschwing, S.210

<sup>251</sup> C.F. von Weizäcker: Pastor Fritz und die Bodelschwing-Tradition, in: Funke (Hg.), Reden und Ansprachen, S.14

als geplant wieder abreisen. Bethel ist wohl die einzige Anstalt, die ihre Bewohner selbst nach Euthanasie-Maßstäben selektiert hat, bei grundsätzlicher Mißbilligung der Tötung."<sup>252</sup>

Klee hätte sich von den von Bodelschwingschen Anstalten öffentlichen Protest erwartet und nicht nur herauszögernde Zusammenarbeit, eine Haltung, die auch von Ernst Wilm geteilt wird.

Neben der Frage, ob die von Bodelschwingschen Anstalten nicht aus prinzipiellen Gründen zu öffentlichen Protest verpflichtet gewesen wären, relativiert Schmulz die Effizienz der Verteidigungsstrategie von Bethel: Er meint zwar, daß durch das "Pro-domo-Denken" eine beträchtliche Zahl von Menschen gerettet wurde, aber kein Ende der Anstaltsmorde erreicht wurde. "Im Gegenteil: Nur dem Stopp der 'Aktion T4' war es zu verdanken, daß etwa aus den v.Bodelschwingschen Anstalten keine Krankentransporte in die Zwischenanstalten der 'Euthanasieaktion' mehr erfolgten. Vielleicht hat trotz des vorsichtigen Vorgehens v.Bodelschwings nur der Einmarsch der Alliierten die Betheler Anstalten vor der Auflösung bewahrt."<sup>253</sup>

Nowak versucht letztlich die Notwendigkeit öffentlichen Protestes zu betonen und meint, daß es verfehlt sei, den kirchlichen Widerstand auf evangelischer Seite in einen Sieg umzudeuten. Er zitiert den Neffen von Fritz von Bodelschwing, Friedrich von Bodelschwing, der bedauerte: "Es waren Einsame, wenige, die klar gesehen und gesprochen und tapfer gehandelt und gelitten haben."<sup>254</sup>

Die Möglichkeit für öffentlichen Protest sieht Nowak nicht so stark dabei in der Inneren Mission, die den Bestand der evangelischen Heil- und Pflegeanstalten dadurch eventuell gefährdet hätte, sondern vielmehr in anderen kirchlichen Kreisen, für die institutionelle Schutzermäßigungen nicht so bedeutsam gewesen wären.<sup>255</sup> Er sieht in der Themenbereich Kirche-Krankenmord nicht ein ethisch-moralisches Versagen des Protestantismus an sich, sondern einen kirchlichen Verhaltensstil, "welcher die Eindeutigkeit der ethischen Grundentscheidung in der Praxis nicht durchzuhalten vermochte."<sup>256</sup>

<sup>252</sup> E. Klee: Tod und seziert. Bilder eines Albums und die Schrecken der Euthanasie, in: Die Zeit, Nr.40 (1984), S.74

<sup>253</sup> Schmulz, S.343

<sup>254</sup> Nowak, "Euthanasie", S.151

<sup>255</sup> Nowak, Sterilisation, S.177

<sup>256</sup> Ebd., S.173

Die kontroversen Meinungen über die Haltung der von Bodelschwingschen Anstalten während des 3. Reiches sind teilweise dadurch geprägt, daß eine kirchenkritische Seite versucht, ein grundsätzlich ethisches Versagen nachzuweisen, während die andere Seite, das Verhalten von Bodelschwings und anderer leitender Mitarbeiter unkritisch als grundsätzlich richtig darstellt. Diese Intentionen spiegeln sich sogar in der Wiedergabe von Quellen wieder. Es muß gelingen die Diskussion über den Themenbereich "Bethel, Sterilisation und Euthanasie" auf eine wissenschaftliche Basis zu stellen, wie dies bereits von Nowak und Schmuhl in einem breiteren Zusammenhang versucht wurde.

Die von Bodelschwingschen Anstalten müssen heute durch die Freigabe aller verfügbarer Quellen ihren Teil dazu beitragen, daß eine genaue Rekonstruktion der Ereignisse und Handlungsmotivationen der beteiligten Personen ermöglicht wird.

Erst dann ist es gewährleistet, die von Bodelschwingschen Anstalten ohne eine verklärte Sichtweise in ihrer Zeit zu betrachten und Schlußfolgerungen und Lehren für die Zukunft zu ziehen.

## 7.) Abkürzungen

ADW	Archiv des Diakonischen Werks der Evangelischen Kirche in Deutschland, Berlin
CA	Central-Ausschuß (der Inneren Mission)
DEK	Deutsche Evangelische Kirche
DNVP	Deutschnationale Volkspartei
Gekrat	Gemeinnützige Krankentransport GmbH.
Gestapo	Geheime Staatspolizei
GzVeN	Gesetz zur Verhütung erbkranken Nachwuchses
HB	Hauptarchiv der von Bodelschwingschen Anstalten
IM	Innere Mission
L.F.V.	Landesfürsorgeverband
NSDAP	Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei
NSV	Nationalsozialistische Volkswohlfahrt
OKW	Oberkommando der Wehrmacht
RMI	Reichsministerium des Innern
R.I.M.	Reichsinnenministerium (von Braune gebrauchte Abk.)
SD	Sicherheitsdienst der SS
SS	Schutz-Staffel der NSDAP
Stapo	Staatspolizei
T4	Tiergartenstr. 4 (Krankenmordzentrale)

## 8.) Quellen- und Literaturverzeichnis

### 8.1.) Ungedruckte Quellen

Archiv des Diakonischen Werks der Evangelischen Kirche in Deutschland, Berlin  
Hauptarchiv der von Bodelschwingschen Anstalten. Bethel bei Bielefeld  
Landeskirchenarchiv Stuttgart  
Staatsarchiv Detmold  
Staatsarchiv Münster  
Stadtarchiv Bielefeld

### 8.2.) Zeitgenössische Zeitungen und Zeitschriften

Aufwärts. Christliches Tageblatt.  
Beth-El  
Bote von Bethel  
Gesundheitsfürsorge. Zeitschrift der evangelischen Kranken- und Pflegeanstalten  
Pastoralblätter  
Der Wanderer

### 8.3.) Veröffentlichungen

- Arbeitskreis "Geschichte Bethels" (Hg.): Lesetexte zum Problemkreis "Eugenik. Sterilisation, Euthanasie". Bielefeld-Bethel 1983
- Binding, K./A. Hoche: Die Freigabe der Vernichtung lebensunwerten Lebens. Ihr Maß und Ihre Form. Leipzig 1920
- Blasius, D.: Umgang mit Unheilbaren. Studien zur Sozialgeschichte der Psychiatrie. Bonn 1986
- ders.: Das Ende der Humanität. Psychiatrie und Krankenmord in der NS-Zeit. in: Pehle, W.H.(Hg.): Der historische Ort des Nationalsozialismus. Annäherungen. Frankfurt a.M. 1990. S.47ff
- Bock, G.: Zwangssterilisation im Nationalsozialismus. Studien zur Rassenpolitik und Frauenpolitik. Opladen 1986
- Brandt, W.: Friedrich v. Bodelschwingh 1877-1946. Nachfolger und Gestalter. Bielefeld-Bethel 1967
- Braune, B.: Hoffnung gegen die Not. Mein Leben mit Paul Braune 1922-1954. Wuppertal 1983
- Braune, P.G.: Der Kampf der Inneren Mission gegen die Euthanasie. in: Hase, Evangelische Dokumente. S.108ff
- Busch, J./H.J.Schwager: Die Dinge realistisch sehen. in: Der Ring 9/1989. S.1ff
- Dörner, K.: Tödliches Mitleid. Zur Frage der Unerträglichkeit des Mitleids oder: die Soziale Frage: Entstehung, Medizinisierung, NS-Endlösung, heute, morgen. Gütersloh 1989
- Eberhardt, H.: Euthanasie und Vernichtung "lebensunwerten" Lebens. Stuttgart 1965
- Emer, W./U. Horst/H. Schuler-Jung (Hg.): Provinz unterm Hakenkreuz. Diktatur und Widerstand in Ostwestfalen-Lippe. Bielefeld 1984
- Finzen, A.: Auf dem Dienstweg - Die Verstrickung einer Anstalt in die Tötung psychisch Kranker. Rehburg-Loccum 1984
- Funke, A. (Hg.): Reden und Ansprachen zum 100. Geburtstag von Fritz von Bodelschwingh. Bethel bei Bielefeld 1977
- ders. (Hg.): Paul Gerhard braune - ein Mann des kirchlichen Widerstandes. Bethel bei Bielefeld 1979
- Fuchs, W., u.a.: Lexikon zur Soziologie. Opladen 1988
- Gerhardt, M.: Ein Jahrhundert Innere Mission. Die Geschichte des Central-Ausschusses für die Innere Mission der Deutschen Evangelischen Kirche (2.Bd.). Gütersloh 1948
- Gramlich, B.: Bodelschwingh, Bethel und die Barmherzigkeit. Gütersloh 1966
- ders. (Hg.): Ein Jahrhundert Diakonie in Bethel. Bethel bei Bielefeld 1967
- Hans, R.: Psychiatrischer Alltag im Nationalsozialismus. Eine Studie zur Anstaltspsychiatrie in Westfalen. Bochum 1983
- Hardt, R. (Hg.): Unser Pastor Fritz. Bethel 1957
- Hase, H.Ch. (Hg.): Evangelische Dokumente zur Ermordung der "Unheilbar Kranken" unter der nationalsozialistischen Herrschaft in den Jahren 1939-1945. Stuttgart 1967

- ders.: Sozialpolitik und Diakonie unter der nationalsozialistischen Gewalt-herrschaft 1933-1945, in: Diakonie Jahrbuch 88/89, Stuttgart 1989, S.92ff
- Hellmann, M.: Friedrich von Bodelschwingh d.J., Widerstand für das Kreuz Christi, Wuppertal/Zürich 1988
- ders.: Die Todesboten kündigten sich mit grauer Dienstpost an, in: Der Ring 9/1989, S.12ff
- ders.: 1. September - der Tag der voller Stimmen war, in: Der Ring 10/1989, S.6ff
- ders.: Gemeinsames Wirken von Fritz von Bodelschwingh und Paul Gerhard Braune für "Judenchristen", in: Der Ring 4/1990, S.16ff
- Hey, B.: Die Kirchenprovinz Westfalen 1933-1945, Bielefeld 1974
- Hochmuth, A.(Hg.): Bethel in den Jahren 1939-1943. Eine Dokumentation zur Vernichtung lebensunwerten Lebens (Bethel-Arbeitshefte I), Bethel bei Bielefeld 1973
- Kaiser, J.Ch.: Sozialer Protestantismus zwischen Republik und Diktatur. Habilitationsschrift, Münster 1986
- ders.: Protestantismus, Diakonie und Judenfrage, 1933 bis 1941, in: Viertel-jahreshefte für Zeitgeschichte, H.4 (1989)
- Klee, E.: "Euthanasie" im NS-Staat. Die "Vernichtung lebensunwerten Lebens", Frankfurt a.M. 1983 (Tb. 1989)
- ders.: Tod und seziert. Bilder eines Albums und die Schrecken der Euthanasie, in: Die Zeit Nr.40/1984
- ders.: 40 Jahre Schweigen. Ein Wandel bahnt sich an, in: Die Zeit Nr. 52/1984
- ders. (Hg.): Dokumente zur "Euthanasie", Frankfurt a.M. 1986
- ders.: "Die SA Jesu Christi". Die Kirche im Banne Hitlers, Frankfurt a.M. 1989
- ders.: Der alltägliche Massenmord. Die "Euthanasie"-Aktion war der Probelauf für den Judenmord - Der Kreis der Opfer wurde bis Kriegs-ende immer mehr erweitert, in: Die Zeit Nr.13/1990
- Klügel, E.: Die lutherische Landeskirche Hannover und ihr Bischof 1933-1945, (2 Bd.) Berlin/Hamburg 1964
- Kluppe!, M.: Euthanasie und Lebensvernichtung am Beispiel der Landes-heilanstalt Haina und Merxhausen - Eine Chronik der Ereignisse 1933-1945, in: Nationalsozialismus in Nordhessen. Schriften zur regionalen Geschichte, 4/1984
- Kogon, E.u.a.: Nationalsozialistische Massentötung durch Giftgas, Frankfurt a.M. 1983
- Küppers, B.: Chronik einer Lüge, in: Stadtblatt Nr. 39/1990, S.5
- Langbein, H.(Hg.): ...wir haben es getan. Selbstporträts in Tagebüchern und Briefen, Wien u.a. 1964
- Lifton, R.J.: The Nazi doctors: medical killing and the psychology of genocide, New York 1986
- Mader, E.T.: Das erzwungene Sterben von Patienten der Heil- und Pflege-anstalt Kaufbeuren-Issee zwischen 1940 und 1945 nach Dokumenten und Berichten von Augenzeugen, Bückebach o.J.(1982)

- Minninger, M./J. Meynert/F. Schäfer: Antisemitisch Verfolgte registriert in Bielefeld. Eine Dokumentation jüdischer Einzelschicksale, Bielefeld 1985
- Mitscherlich, A./F. Mielke: Medizin ohne Menschlichkeit. Dokumente des Nürnberger Ärzteprozesses, Frankfurt a.M. 1960
- Müller-Hill, B.: Tödliche Wissenschaft. Die Aussonderung von Juden, Zigeunern und Geisteskranken 1933-1945, Reinbek 1984
- Niemöller, W.: Hitler und die evangelischen Kirchenführer, Bielefeld 1959
- ders.: Chronik des Kirchenkampfes in der Kirchenprovinz Westfalen, Bielefeld 1962
- Nowak, K.: "Euthanasie" und Sterilisierung im "Dritten Reich". Die Konfrontation der evangelischen und katholischen Kirche mit dem "Gesetz zur Verhütung erbkranken Nachwuchses" und der "Euthanasie"-Aktion, Göttingen 1978
- ders.: Menschen die anders sind. Zum Schicksal sogenannter "Minderwertiger" im Dritten Reich, in: Der Ring 7-8/1984, S.19ff
- ders.: Sterilisation, Krankenmord und Innere Mission im "Dritten Reich", in: Thom, A./G.I. Caregordcev (Hg.): Medizin unterm Hakenkreuz, Berlin (Ost) 1989, S.167ff
- ders.: Das Faktum und seine Deutung. Interpretationsmodelle zu Sterilisation und Euthanasie im Dritten Reich, in: Theologische Literaturzeitung 4/1990, S.248ff
- Pergande, K.: Bodelschwingh. Der Einsame von Bethel, Stuttgart 1958
- Platen-Hallermund, A.: Die Tötung Geisteskranken in Deutschland. Aus der Deutschen Ärztekommision beim amerikanischen Militärgericht, Frankfurt 1948
- Runge, G.: "Das machen wir nicht mit", in: Der Ring 10/1983, S.4ff
- Schlaich, L.: Lebensunwert? Kirche und Innere Mission Württembergs im Kampf gegen die Vernichtung "lebensunwerten" Lebens, Stuttgart 1947
- Schmidt, G.: Selektion in der Heilanstalt 1939-1945, Stuttgart 1965
- Schmuhl, H.W.: Rassenhygiene, Nationalsozialismus, Euthanasie. Von der Verhütung zur Vernichtung "lebensunwerten Lebens" 1890-1945, Göttingen 1987
- Schorsch, G.: Aktive Sabotage, in: Der Ring 10/1983, S.7ff
- Sick, D.: "Euthanasie" im Nationalsozialismus am Beispiel des Kalmenhofs in Idstein im Taunus, Frankfurt a.M. 1983
- Siemen, H.L.: Menschen blieben auf der Strecke. Psychiatrie zwischen Reform und Nationalsozialismus, Gütersloh 1987
- Teppe, K.: Massenmord auf dem Dienstweg, Greven 1989
- Weber, M.: Wirtschaft und Gesellschaft, Tübingen 1972
- Weingart, P.: Eugenik-Eine angewandte Wissenschaft. Utopien der Menschen-züchtung zwischen Wissenschaftsentwicklung und Politik, in: Lundgreen, P. (Hg.): Wissenschaft in Dritten Reich, Frankfurt a.M. 1985, S.314ff
- Weizächer, V.v.: "Euthanasie" und Menschenversuche, Heidelberg 1947
- Wilms, E.: So sind wir denn Botschafter, Witter/Ruhr 1953

